Taschenbuch
Kur.
914 w
(1

DEUTSCHE
BIBLIOTHEK
IN
GENF
1888.

Digitized by Google

Taschenbuch

des

Rheinischen Postillon.

Ohne Stahlstiche.

Erster Jahrgang.

Das Jahr 1838.

Mannheim.

Verlag von Heinrich Hoff.

1839.

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MÜNCHEN

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

Vorrede.

Man könnte dem Rheiniſchen Poſtillon vielleicht den Vorwurf machen, daß er, ſtatt vorwärts zu gehen, rückwärts geht, d. h. daß er, ſtatt mit ſeinem Taſchenbuche vom letzten Tage des alten Jahres aus in's neue hinzufahren, nun hinten nach kommt. Indeß dieſer Vorwurf läßt ſich damit beſeitigen, daß man erſt ein Jahr ganz hinter ſich haben muß, ehe man über daſſelbe Randgloſſen machen und die Ereigniſſe erzählen

kann, die sich in demselben zugetragen. Hoffentlich wird Jeder, der billig denkt, diesen Grund gelten lassen, und wer es nicht thun will, der mag es nicht thun; deshalb soll er nicht minder unser Freund sein.

Zu dem, was im Buche steht, eine Einleitung zu geben, ist freilich sehr in der Mode, und oftmals sind diese Einleitungen das Beste an den Büchern, jedoch hierzu fühlt sich der Rheinische Postillon auch nicht sonderlich veranlaßt, denn was er erzählt, ist ja nicht so schwer zu begreifen, daß es erst langer Vorerinnerungen bedürfte. Er hat das mitgetheilt, was das Jahr **1838** gebracht, was es uns vorgeführt hat, und ist bemüht gewesen, diese Ereignisse in einem gewissen Zusammenhange wieder zu geben, damit sie denen wiederum erinnerlich würden,

welche dieſelben vergeſſen haben oder denen ſie vielleicht abſichtlich entfallen ſind. Dies war und iſt der eigentliche Zweck des Taſchenbuchs, und damit iſt denn auch noch die Nebenabſicht verbunden, den entfernten Freunden des Poſtillon, die auf dieſe oder jene Weiſe verhindert wurden, ſich in fortlaufender Reihe die Stücke zu verſchaffen, welche während des Jahres **1838** geblaſen worden ſind, die Gelegenheit zu bieten, ſich damit im Zuſammenhange bekannt zu machen.

Vielen wird damit ein Dienſt erwieſen ſein, aber es wird auch eben ſo Viele geben, die darüber ihre Unzufriedenheit äußern und dabei Zwecke unterſchieben, an die gar nicht gedacht ward. Allen, die ſo denken, ruft der Rheiniſche Poſtillon das alte Sprichwort zu: „Man ſucht Keinen hinter der

Thür, man habe denn vorher dahinter gesteckt.“ —

Der Postillon hat im Laufe des verflossenen Jahres diese Wahrheit zu wiederholten Malen bestätigt gefunden; man hat ihm Absichten angedichtet, die ihm stets fern lagen; ja man hat ihm den Vorwurf der Schonungslosigkeit gemacht, und doch hat er Niemand persönlich verletzen wollen. Wer an einem äußeren Uebel leidet, kann von demselben nicht befreit werden, ohne einigen Schmerz auszuhalten. So ist es auch im öffentlichen Leben. Wo Mißbräuche gerügt werden müssen, kann es wohl nicht gut geschehen, ohne auch den zu treffen, der entweder die Mißbräuche geschaffen hat oder sie vertritt. Aus heiler Haut entstehen solche Uebel nicht, sie werden durch Ursachen her-

vorgerufen, die von ſterblichen Menſchen, aus Selbſtſucht oder Unerfahrenheit, oft aus böſem Willen geſchaffen worden ſind. Wie kann man nun gegen dieſe Uebel ankämpfen und doch ihrer Urheber ſchonen? Wer ſich dazu berufen fühlt, der möge dies Kunſtſtück zu Tage fördern; der Lohn ſeiner Zeitgenoſſen wird ihm nicht entgehen, und der Rheiniſche Poſtillon erbietet ſich im Voraus, davon ſtets Gebrauch zu machen.

Räthſel und Charaden hat der Rheiniſche Poſtillon in ſein Taſchenbuch nicht aufgenommen, weil ſchon Vieles darin iſt, was räthſelhaft genug klingt. Daran iſt er aber nicht ſchuld, ſondern die Ereigniſſe ſelbſt oder vielmehr diejenigen, welche ſie herbeigeführt haben. So viel in ſeinen Kräften ſtand, hat er die Räthſel zu löſen geſucht, wo es

ihm nicht gelungen ist, mag der Leser sein Heil versuchen.

Stahlstiche sind in dem Buche nicht zu finden, indeß ist zwischen den einzelnen Zeilen so viel Platz gelassen, daß es Jedem freisteht, der mit Licht und Schatten umzugehen weiß, sich allerlei Bilder hinein zu denken. —

Der Rheinische Postillon.

Welt-Bühne des Jahres 1838.

In Deutschland wie in vielen anderen Reichen Europa's sah es in den letzten Monaten des Jahres 1837 eben nicht sehr tröstlich aus. Ohne Zweifel war für diese Zeit im politischen Kalender „heiteres Wetter" angesetzt, und wenn so etwas im Kalender steht, dann erlebt man in der Wirklichkeit gewöhnlich das Gegentheil. Und siehe, so war es auch.

Unter den deutschen Staaten war es vorzüglich Hannover, das seit der Thronbesteigung des Königs Ernst August sonderbare Erfahrungen machte. Die schlimmste machte es aber am

1. November. An dieſem Tage erſchien das königliche Patent, welches das Staatsgrundgeſetz vom Jahre 1833, eine in der That ſehr unſchuldige Verfaſſung, aufhob und zwar aus keinem anderen Grunde, als um das Wohl des Volks zu bezwecken.

Ob eine neue Einrichtung und Verordnung, zumal wenn ſie der alleinige Wille eines Einzelnen hervorruft, wohlthätige Folgen haben kann, läßt ſich nie vorher beſtimmen. Das war auch hier der Fall. Das Patent erwies ſich dem Wohle des Volks nachtheilig, brachte Verſtimmung hervor und regte zur Unzufriedenheit auf. Ein wirklicher Schaden traf aber zunächſt die Stadt und Univerſität Göttingen.

Hier traten ſieben der ausgezeichnetſten Profeſſoren auf und proteſtirten gegen die Aufhebung der Verfaſſung. Dies nahm man ihnen um ſo mehr übel, da man Sorge getragen hatte, ihre Gewiſſen durch Eidesentbindung zu erleichtern.

Indeß dieſe ſieben Profeſſoren, unter denen einige ſehr tüchtige Staatsrechtslehrer waren, kannten die Paragraphen des neuen Staatsrechts, in denen von der Eidesentbindung abgehandelt wird, noch nicht, oder hatten ſie nicht eingeſehen, genug ſie blieben bei ihrer Proteſtation und wurden deshalb ihrer Aemter entſetzt, zum Theil auch verwieſen. Sie verließen Hannover, und wohin ſie kamen, empfing man ſie, öffentlich oder in der Stille, je nach Zeit und Verhältniß, mit großem Jubel.

Aber in Göttingen herrſchte nach ihrem Abgange nichts weniger als Freude, denn eine große Anzahl Studenten, und beſonders ſolche, welche die Univerſität der Studien und nicht des Biertrinkens wegen beſuchten, ſagten der Hochſchule und ihren Wirthsleuten Lebewohl und gingen fröhlich fort; die Wirthsleute aber ſahen ihnen traurig nach, denn ihre Stuben blieben leer ſtehen, und Ausſicht auf neue Miether war nicht vorhanden.

Alle Bürger Göttingens, denen es ſo erging, hielten dies für eine Folge des Patents vom 1. November und konnten nicht begreifen, warum man gerade ſolche Maßregeln gewählt habe, um ihr Wohl zu bezwecken. Man begriff jetzt zum erſten Male, daß leere Stuben und Patente in einem gewiſſen Zuſammenhange ſtehen.

So zeigte ſich denn in Göttingen Unzufriedenheit und Mißmuth, obgleich viele Sprößlinge aus den edlen Geſchlechtern des Landes dort ihre Studien fortſetzten und vor Freude über die Ausſicht, nun endlich wieder zu allen alten Rechten gelangen und das ziemlich verroſtete Junkerthum aufputzen zu können, hochgeborene und hochwohlgeborene Schlittenfahrten anſtellten. Ernſtere Beobachter ſchüttelten bedächtig den Kopf über den Jubel der ſtudirenden Nobleſſe, und zu ſolchem Kopfſchütteln war wirklich viel Grund vorhanden, denn von allen Seiten hörte man, wie nicht nur einzelne Perſonen, ſondern ganze Körperſchaften

und Städte, und unter diesen nahm Osnabrück die erste Stelle ein, zwar die Huldigungsreverse unterschrieben, sich aber zugleich das Recht vorbehielten, an allen gesetzlichen Schritten Theil zu nehmen, welche zur Erhaltung des Staatsgrundgesetzes etwa gethan werden möchten. Nur die Hoffnung, durch die Stände, deren Einberufung man in den ersten Monaten des nächsten Jahres erwartete, eine günstige Aenderung herbeigeführt zu sehen, gewährte etwas Trost. Diesen Trost wollte man sich überhaupt im Umfange der hannöverschen Staaten nicht versagen.

Während die deutsche Welt vorzugsweise mit den erwähnten Vorgängen beschäftigt war, wurde um dieselbe Zeit die Aufmerksamkeit nach den westlichen Provinzen des preußischen Staats gelenkt, und zwar nach Köln.

Mit Erstaunen las man in den Zeitungen, der dortige Erzbischof Clemens August, aus dem Geschlechte derer von Droste-Vischering, sei

in aller Stille (oder auch nicht) nach Minden abgeführt worden. Widerſetzlichkeit gegen die weltliche Gewalt, hartnäckiges Verharren in ultramontanen Grundſätzen, d. h. in ſolchen, die man in Rom für paſſend und bequem hält, ferner ſtrenges Verbieten ſogenannter gemiſchten Ehen und allerlei geheime Abſichten des Erzbiſchofs, welche letzteren aber bis jetzt nicht offenbar geworden ſind, hatten dieſe Maßregel gegen ihn nothwendig gemacht. Dennoch überraſchte ſie außerordentlich, und mit geſpannter Erwartung ſah man den Schritten entgegen, die der Papſt thun würde. Derſelbe that auch noch vor dem Schluſſe des Jahres einen Schritt, er hielt an die Kardinäle eine Allokution oder Anſprache, die ſo mittelalterlich klang, daß man die Aechtheit derſelben bis weit in's neue Jahr hinein bezweifelte. Nur die gläubigen Seelen in Rheinpreußen, im Münſter'ſchen, die geweihten Heerden von Würzburg, München und anderen Orten hielten

sie, und zwar mit vollem Rechte, für ächt und wahr und jammerten, daß die Schaafe des Kölner Sprengels, plötzlich ihres Hirten beraubt, in der Irre umhergehen müßten.

So war man denn noch im alten Jahre, namentlich in Rheinpreußen, mit großen Seelenleiden geplagt und zum Theil in arger Bekümmerniß, wie man den Durst nach dem Wasser des Lebens stillen sollte. In anderen Staaten tauchten dagegen sehr irdische Plagen auf, die ihre Quelle zunächst in Sachsen-Koburg und in den Sechsern (Sechs-Kreuzerstücken) und Groschen (Drei-Kreuzerstücken) hatten, die dort seit einer Reihe von Jahren geschlagen und für vollgültig ausgegeben worden waren. Daß sie keinen Ueberfluß an Silber enthielten, wußte man längst, indeß sie wurden nach dem Werthe behandelt, den sie an der Stirn trugen, und diesen hatte noch Niemand öffentlich bestritten. Allein plötzlich that dies der regierende Herzog von Sachsen-

Koburg selbst, und erregte dadurch einen Skandal, der eben nicht sehr dazu beitragen dürfte, ihn in der Geschichte rühmlich zu verewigen.

Die südlichen Staaten Deutschlands protestirten auf das entschiedenste dagegen; allein es half nichts; man mußte zu Repressalien schreiten, und diese beugten wenigstens großem Schaden vor. Solche Mittel standen jedoch den Unterthanen von Sachsen-Koburg nicht zu Gebote, sie erlitten Verluste über Verluste, und als endlich sogenannte Sechser-Obligationen ausgestellt wurden, die 2 Procent tragen, aber erst nach den Jahren eingelöst werden, da glaubte man, etwas Rechtes gethan zu haben. Bei Lichte besehn, war jedoch dies Manöver nicht viel besser, als das andere, und wer obenein nicht hundert Gulden schlechter Sechser und Groschen hatte, der konnte nicht einmal Herr solcher Obligation werden, sondern behielt seine Paar Kreuzer und war so übel daran wie vorher.

Dieſe politiſchen, kirchlichen und Kreuzerintereſſen machten in Deutſchland ein gewaltiges Aufſehn und wurden in bezahlten und unbezahlten und zugleich ſo langen Zeitungsartikeln abgehandelt, daß, wer unglücklicher Weiſe nicht einen ganz loyalen Magen beſaß, ſich gewiſſer Uebelkeiten ſchwer erwehren konnte. Man wünſchte ſich einen anderen Stoff, und ſiehe, er blieb nicht aus.

Zuerſt, gerade als das Jahr 1838 nach dem Heile die Welt begrüßte, erſchien mit dieſem ein heilloſer Winter und bot Gelegenheit, ſich über das Wetter, das Lieblingsthema der deutſchen Converſation, zu unterhalten. Wenn es recht kalt iſt, wird der Uebergang von Froſt auf Holz nicht ſchwer, und ſo fügte es denn das Geſchick, daß man ſich, gerade als die Kälte von Grad zu Grad ſtieg, recht viel über Holz, oder viel mehr über recht viel Holz, über einen Wald, und zwar über den Grünewald, erzählen konnte.

Der Grünewald liegt in der Nähe von Luxemburg, jener deutschen Bundesfestung, die in Bezug auf Belgien und Frankreich als politische Sternwarte benutzt wird. Dieser Grünewald nun, den Holland ausbeuten wollte, wurde Veranlassung, daß die Belgier und Holländer, die beiden feindlichen Brüder in der neuesten Geschichte Europa's, wiederum hart an einander geriethen.

Die Belgier wollten nicht leiden, daß im Grünewald Holz gefällt werde, die Holländer wollten es sich nicht verbieten lassen. Es kam zu ärgerlichen Auftritten, und es dauerte nicht lange, so waren die Diplomaten von England, Frankreich und Deutschland beschäftigt, schrieben sich Noten und lieferten gleichsam den Text zu den Reden, mit denen sich die Belgier und Holländer in eben nicht schmeichelhaften Ausdrücken gegenseitig bekomplimentirten. Das alte deutsche Sprichwort: „Wo gehauen wird, fallen Spähne" —

bewährte sich hier in auffallender Weise, nur waren die Spähne, die hier abfielen, eigentlich nur drohende Worte, doch fachten diese eine solche Gluth an, daß man wirklich glaubte, es würde trotz der strengen Kälte ein helles Kriegsfeuer auflodern.

Indeß dazu kam es nicht, die Sache wurde auf diplomatischem Wege beigelegt, der Grünewald für neutrales Gebiet erklärt, in dem also weder Holland noch Belgien Holz fällen durften, und als dies geschehen, zog das holländische Kabinet die ganze Sache in's Lächerliche, worin sie sich eigentlich immer befunden hatte, und erklärte: Holland habe im Grunde nie die Absicht gehabt, im Grünewald Holz fällen zu lassen, sondern es habe den ganzen Streit nur deshalb erregt, um zur Gewißheit zu gelangen, ob der Status quo auch auf den genannten Wald anwendbar sei.

Der Ausdruck Status quo ſpielt jetzt in der Geſchichte Europa's eine Hauptrolle, und wer es noch nicht weiß, der möge erfahren, daß dieſer Ausdruck kein ruſſiſcher, ſondern ein lateiniſcher iſt.

Unter Status quo verſteht man den Zuſtand, worin ſich eine Perſon oder Sache, ein Land oder Volk befindet, und zwar in Folge gewiſſer Verträge oder während eines Zeitraums, in welchem irgend ein noch ſchwankendes Recht der Perſon oder des Volks durch Schiedsrichter ausgemittelt wird.

Dieſer Zuſtand wird faſt immer durch Gewalt herbeigeführt, ſo daß Einer dem Anderen, in der Meinung, er habe ein Recht dazu, etwas wegnimmt. Der Andere kann ſich gewöhnlich ſein vorgebliches oder gegründetes Recht nicht ſelbſt verſchaffen, und nun kommen noch vier oder fünf Andere dazu und ſuchen die beiderſeitigen Rechte auszumitteln. Dieſe Ausmittelung

dauert in der Regel sehr lange, oft erfolgt sie auch nie, und der Zustand, in welchem sich beide Partheien unterdessen befinden, heißt der Status quo. Eines solchen Zustandes erfreut sich Belgien, denn Holland, welches sich auch darin befindet, freut sich nicht darüber, und zwar weil es dabei nicht nur an sich schon offenbaren Schaden hat, sondern vor der Hand auch die Schulden verzinsen muß, von denen von Rechtswegen ein Theil auf Belgien fällt.

Bekanntlich wurde dem Kampfe zwischen Holland und Belgien vorläufig Einhalt gethan durch die sogenannten 24 Artikel, welche die Londoner Konferenz am 15. November 1831 den streitenden Partheien vorlegte. Holland verwarf diese Artikel, wurde dann von Frankreich mit Gewalt zur Herausgabe von Antwerpen gezwungen, und ließ sich bis zu Anfang d. J. durch nichts bewegen, die genannten Artikel anzunehmen.

Der Hauptinhalt derselben bezog sich auf die Schuld, welche Belgien als früherer Theil der Niederlande mit übernehmen sollte, und auf die Abtretung bedeutender Gebiete von Limburg und Luxemburg. Da Holland von den Artikeln nichts wissen wollte, so blieben die erwähnten Gebiete bei Belgien und sind es in diesem Augenblick noch. Sie sind also ein Besitzthum Belgiens durch den Status quo, und um zu erfahren, ob dieser Status quo auch auf den Grünewald anwendbar sei, hatte Holland, wie bemerkt, den Grünewaldstreit angefangen, sich aber dann bei der Neutralitäts-Erklärung des streitigen Gebiets scheinbar beruhigt. Scheinbar! so wie der ganze Streit scheinbar angefangen war. Im Hintergrunde lag eigentlich die Aufrührung der sogenannten holländisch-belgischen Frage, oder mit anderen Worten, die Aufrührung der 24 Artikel. Sechs Jahre hindurch hatten die phlegmatischen Holländer dem Zustande zugesehen, nun aber

war ihnen mit einem Male die Geduld gerissen, der Grünewald hatte sie warm gemacht, und diese Wärme drang auch in die zweite Kammer der Generalstaaten, deren Mitglieder überdieß schon sehr in Hitze waren. Sie sollten nämlich Geld bewilligen, ein Akt, der ganz dazu geschaffen ist, an seine Vollziehung gewisse Bedingungen zu knüpfen. Das thaten die Herren auch und erklärten: „sie würden nicht eher einen Heller bewilligen, bis die Sache mit Belgien in's Reine gebracht sei."

Auf solche Weise fing der 24 Artikel-Skandal wieder an, wozu Holland klugerweise eine Zeit gewählt hatte, die seinen Absichten sehr günstig sein konnte. Indeß in menschliche Berechnungen, also auch in holländische, schleichen sich bisweilen Irrthümer ein, die erst später bemerkt werden. Einer dieser Irrthümer Hollands beruhte darauf, daß es glaubte, die Vormünder Belgiens, England und Frankreich, würden, da sie eben

mit anderen wichtigen Dingen beſchäftigt waren, beſonders aber, da ſich die politiſchen Grundſätze des Julithrones ſeit ſechs Jahren auffallend geändert und der guten, alten Zeit genähert hatten, ſich der Belgier nicht ſonderlich annehmen; auch konnte dieſe eine drohende Stellung Preußens ſchrecken, wozu das Letztere Grund finden mochte in den Umtrieben, welche, wie viele deutſche Zeitungen behaupteten, von den belgiſchen Jeſuiten und überhaupt von der dortigen römiſch-geſinnten Geiſtlichkeit ausgingen, um die katholiſchen Bewohner der preußiſchen Rheinprovinzen aufzureizen.

Man muß geſtehen, die Holländer ſpekulirten gar nicht übel, aber doch ging es nicht ſo, wie ſie gedacht hatten.

Um zuerſt von Frankreich zu reden, ſo war man hier mit großem Jubel aus dem alten in's neue Jahr getreten, und vielleicht nur die Spieler von Profeſſion theilten dieſen Jubel nicht,

weil die Räuberhöhlen mit den grünen Tischen ihnen seit der Neujahrsnacht verschlossen waren.

Jener Jubel der großen Nation floß aus den Siegen, die das Heer in Afrika durch die Erstürmung von Konstantine errungen, eine Waffenthat, welcher auch des Königs zweiter Sohn, der Herzog von Nemours, mehr zugesehen als beigewohnt hatte. Zugleich ward auch viel Stoff zur Freude durch die Thronrede gegeben, denn darin wurde Frankreich als frei und ruhig dargestellt, auch viel von der Beruhigung schlechter Leidenschaften gesprochen, obgleich man fast gleichzeitig ein Komplott entdeckt hatte, das Hubert'sche, dessen Theilnehmer, wie die Polizei angab, sich mit der Verfertigung von Höllenmaschinen beschäftigt haben sollten.

Nichts desto weniger erfolgten am Neujahrstage von Seiten aller hohen Beamten und des diplomatischen Korps pomphafte Gratulationen, und gleich darauf fingen in der Pairs- und

Deputirtenkammer die Verhandlungen über die Antwortadresse an, wobei namentlich in der Pairskammer über Belgien, den Erzbischof von Köln, Spanien, Algier, Rußland, Krakau und Polen so viel raisonnirt wurde, daß man fast glauben mochte, die Herren wollten die Welt einreißen. Indeß sie waren so gut, sie diesmal noch stehen zu lassen, denn hätten sie das nicht gethan, so würde die Welt um den Genuß gekommen sein, den die interessanten Debatten der Deputirtenkammer boten.

Diese Kammer nahm zuerst in der spanischen Interventionsfrage einen so wüthenden Anlauf, daß den Freunden des edlen Don Carlos für seine gerechte Sache sehr bange wurde. Als Hauptverfechter der spanischen Freiheit trat Hr. Thiers auf. Er sprach mit hinreißender Beredsamkeit für die Rechte des spanischen Volks und stellte dabei die trostlose Lage der jungen Königin Isabella II. in so rührenden Ausdrücken

dar, daß man die eigentlichen Nebenabsichten des Redners, sich nämlich durch eine Intervention in Spanien aus einer verunglückten *Finanzspekulation* herauszuziehen, gar nicht merkte. So gut versteht es Hr. Thiers mit heiligen Interessen auch die materiellen zu verbinden. Er stützte sich bei allen seinen Reden auf die Quadrupel-Allianz, ein Bündniß, das schon vor längerer Zeit zwischen Spanien, Portugal, Frankreich und England abgeschlossen worden war, und das nur in so fern von Bedeutung ist, weil es beweist, daß auch Staaten, also moralische Personen, sich mit ernster Miene gegenseitig zum besten haben können.

Doch wie grell auch Hr. Thiers das Unglück des constitutionnellen Spaniens schilderte, wie eindringend er auch an die, durch die Quadrupelallianz eingegangenen Pflichten mahnte: dennoch wurde aus der Intervention nichts. Der Conseilpräsident, Graf Molé, dem in den Tui-

lerien ganz andere Ideen für das Wohl Frankreichs eingetrichtert worden waren, bewies das Unthunliche jeder Einmischung mit den Waffen, stichelte dabei auf den Osten Europa's, d. h. auf Preußen, Oesterreich und Rußland, und goß zuletzt, um das unglückliche Spanien nicht ohne allen Trost zu lassen, über dasselbe einen so reichen Strom von Sympathien oder Mitgefühlen, daß, wenn nur jede Sympathie einen Centime werth gewesen wäre, Spanien alle seine Schulden hätte bezahlen, neue Heere ausrüsten, und die Carlisten mit einem Schlage vernichten können.

Nach der Niederlage der Interventionsfrage nahmen die Debatten der Deputirtenkammer einen Gang an, wie ihn sich fromme Pilgrimme in alten Zeiten zur Buße auferlegten, d. h. sie machten einen Schritt vorwärts und zwei rückwärts, wodurch sie, nach dem Urtheile sachverständiger Männer ihr Ziel nie erreichten, aber dennoch eben so viele Schuhe zerrissen. Statt

überaus wichtiger Dinge, besonders aber statt die sehr durchlöcherte Charte * wieder auszuflicken, ward die Frage wegen der Uniform der Deputirten auf's Tapet gebracht. Lange Zeit stritt man sich darüber, ob man blaue, mit Silberstickerei dekorirte Uniformen oder schwarze Fracks tragen, ob man den Stern auf die linke oder rechte Brust heften (an das Herz dachte nämlich Niemand), ob man öffentlich husten oder niesen sollte, und über eine Menge anderer Lächerlich-

---

* Und dazu war Grund genug vorhanden, denn in offener Kammersitzung nannte Arthur von Labourdonnaye, ein eingefleischter Legitimist, die Juli-Revolution ein „unglückliches Ereigniß," und blieb dabei, obgleich man ihm bewies, die Ereignisse von 1830 würden die „glorreiche Revolution" genannt. Gleicher Ansicht mit ihm war der bereits verstorbene Herzog Fitz-James, der sogar behauptete, Louis Philipp habe in einem Briefe an den Kaiser von Rußland die glorreiche Revolution auch ein unglückliches Ereigniß genannt.

keiten. — Dann ging es über die Herabsetzung der 5procentigen Renten und über die geheimen Fonds her, in welchen Dingen die Regierung, da sie theils militärische Promenaden nach der belgischen Gränze anordnen, theils viele Verhaftungen vornehmen, auch genaue Berichte über das Hubert'sche Komplott verbreiten ließ, mit Hülfe der Pairskammer, welche sich, beiläufig gesagt, sehr lange über Geisteskranke und Irrenhäuser unterhalten hatte, den entscheidendsten Sieg davon trug.

Um der Langweiligkeit die Krone aufzusetzen, wurde auch die algierische Frage hervorgeholt, die um so wichtiger schien, da sich schon vorher das Gerücht verbreitet hatte, man wolle dort für einen der königlichen Prinzen, und zwar für den Herzog von Nemours, den angeblichen Helden von Konstantine, einen Thron aufrichten. Die Deputirten konnten sich übrigens in der Stille Glück dazu wünschen, daß der Araber Milud-ben-Arasch,

der Gesandte Abd-el-Kader's, der zu wiederholten Malen den Kammerverhandlungen beiwohnte, kein Wort französisch verstand, denn sonst hätte er Gelegenheit gehabt, in die Kenntnisse und Erfahrungen der französischen Volksvertreter über Länder- und Völkerkunde von Afrika sehr gerechte Zweifel zu setzen.

Nach allen diesen nutz- und fruchtlosen Verhandlungen, und nachdem man es mit großer Mühe dahin gebracht hatte, daß die Eisenbahnunternehmungen an Privatgesellschaften überlassen wurden, ruhten die Herren Deputirten von ihren Anstrengungen aus und boten der Opposition einen unerschöpflichen Stoff zu heftigen und eben nicht ungerechten Angriffen.

Zugleich wurden die Regierung und die Minister auf jede Weise verhöhnt, und selbst der Tod Talleyrands (er starb am 17. Mai um die vierte Nachmittagsstunde) ward benutzt, um aus den politischen Ansichten und Grundsätzen des

Dahingeſchiedenen einen Maaßſtab für die des Königs und ſeines Kabinets zu entlehnen. Man machte ſich luſtig über die Truppenbewegungen nach der belgiſchen Gränze und meinte ſehr naiv, es müſſe doch etwas geſchehen, da die Herren Volksvertreter ſo bereitwillig einen Zuſchußkredit von 4½ Mill. Franken bewilligt hätten, um die Artillerie auf den Kriegsfuß zu ſetzen. Dann lobte man den Seeminiſter als einen Mann, der doch wenigſtens Gutes beabſichtige und ſeinen Beamten befohlen habe, ihre Namen leſerlich zu ſchreiben. Dann fiel man über das Hubert'ſche Komplott und über das Urtheil der dabei Betheiligten her, unter denen beſonders Laura Grouvelle, eine ſehr empfindſame Seele und ſchwärmeriſche Republikanerin, das Intereſſe und Mitleid der Pariſer Welt erregte. Auch die klägliche Nationalgarde-Revue, die bei abgeſperrten Straßen und unter Aufſicht zahlloſer Polizeiſoldaten ſtattfand, mußte herhalten; genug,

man verschonte nichts, und wußte dabei mancherlei Gerüchte über den bevorstehenden Sturz des Ministeriums und über die Intriguen der Minister, besonders Molé's und Montalivet's, gegen einander so geschickt zu verbreiten, daß namentlich Graf Molé in fortwährender Sorge schwebte und sich in stille Klagen über den Verlust der königlichen Gnade ergoß.

In alle diese, nur für den Augenblick und auf Verspottung berechneten Angriffe mischten sich jedoch von Zeit zu Zeit auch sehr ernste Beschwerden über die geheimen Bestechungen der Beamten, über die Unterdrückung der Preßfreiheit in den Provinzen, über die offenbaren Verletzungen der Charte durch allerlei Kunstgriffe und über die königlichen Ordonnanzen in Betreff der Beförderungen in der Armee. Man fragte mit Entrüstung nach den Thaten, worauf sich die Rangerhöhungen der königlichen Prinzen stützen; man prophezeihte mit bitterer Ironie,

der Prinz von Joinville würde von seinen Lust-Seereisen nächstens als Admiral zurückkehren, und dann pries man den Muth des Herzogs von Orleans, und wie er förmlich vor Tapferkeit glühe und nichts sehnlicher wünsche, als an der Spitze der Nordarmee für oder wider Belgien zu kämpfen. Ueberhaupt war der Herzog von Orleans, obgleich ganz Frankreich mit großer Theilnahme der Niederkunft seiner Gemahlin entgegensah, den Angriffen der Opposition am meisten ausgesetzt, und wiewohl man seine humanen Gesinnungen anerkannte, so tadelte man doch mit scharfen Worten sein ehrgeiziges Streben nach dem Oberfeldherrnstab.

Zu diesen großentheils auf Wahrheit basirten Verspottungen kamen auch wirkliche Protestationen, und namentlich protestirten die Offiziere des 13. Artillerie-Regiments bei dem Kriegsminister gegen die erwähnten königlichen Ordonnanzen ein Ereigniß, das die Zeitung, der „National,"

mit vieler Freude bekannt machte und zur Nachahmung aufforderte. Gleich energisch trat der Unwille hervor gegen die Art und Weise, wie man zu öffentlichen Aemtern gelangen könne, und der Richter von Valenciennes hielt es für seine Pflicht, bei Einführung seines Substituten und eines königlichen Prokurators offen zu erklären: „In Zeiten, wie die jetzigen, wo der Nepotismus (auf deutsch: niedrige Fuchsschwänzerei), Gunstbuhlerei und politische Partheistimmung die Gewalt verleihen, gereicht es zum wahren Troste, nur mit solchen Ernennungen zu thun zu haben, welche aus keiner von jenen Ursachen herfließen.'

Außerdem ließen sich auch Stimmen über noch ärgere Gebrechen hören, und in Bezug auf den Volksunterricht erfuhr man mit unwilligem Erstaunen, daß es in Frankreich noch 5 bis 6000 Gemeinden gäbe, die gar keine Schulen hätten, und daß der Staat für seine Stutereien mehr Sorge trage als für die Volkserziehung.

Wirft man auf das bisher kurz Angedeutete nur einen flüchtigen Blick, so wird man zugestehen, daß Holland, um so mehr, da sich die französischen Truppenbewegungen nach der belgischen Gränze als leere Gerüchte und Faseleien erwiesen, mit ziemlicher Gewißheit darauf rechnen konnte, die belgische Sache würde von Frankreich aus sich nicht sonderlicher Unterstützung erfreuen.

Wie stand es aber mit England, mit dem stolzen Großbritannien? Das machte noch im Jahre 1837 eine Erfahrung, die es bereits vor einem halben Jahrhunderte schon einmal gemacht hatte. Eine seiner bedeutendsten Kolonien, d. h. bedeutend durch äußeren Umfang, die Provinzen Ober- und Unter-Canada, erhob sich gegen das Mutterland, weil ihr dieses das Recht der Selbstbesteuerung verweigerte, auch nicht zugeben wollte, daß Canada's innere Verwaltung von der englischen Vormundschaft unabhängig würde.

Die Engländer sind komische Leute; sie selbst wollen immer frei sein, und genießen auch, neben den Bewohnern Norwegens, der ausgedehntesten politischen Freiheit unter allen europäischen Völkern, aber in ihren Kolonieen sind sie sparsam mit Verleihung englischer Einrichtungen, und wenn sie dieselben gewähren, geschieht es nicht selten nur deshalb, um sich einer augenblicklichen Bedrängniß zu entreißen.

Gegen die canadischen Provinzen waren sie bisher noch nicht so freigebig gewesen, was ohne Zweifel unklug genannt werden muß, da diese die nordamerikanischen Freistaaten als nahes Beispiel vor sich hatten. Also um gewisse Rechte zu erringen, standen die Canadier auf, doch scheinen sie auch durch die Verletzung schon bestehender Rechte hierzu veranlaßt worden zu sein. Dies behaupteten wenigstens die Empörer, und daß sie nicht ganz Unrecht hatten, bewies die kräftige Sprache ihrer Agenten im englischen

Unterhause, unter denen wir besonders die furchtlosen Männer Harvey, Leader und Roebuck nennen wollen.

Es verging übrigens eine lange Zeit, ehe man über den eigentlichen Zustand Canadas etwas Wahres erfuhr; denn die Blätter des dortigen englischen Gouvernements schämten sich, die Wahrheit zu sagen; die Journale der nordamerikanischen Freistaaten logen, weil es in ihrem Interesse lag, und was die französischen Blätter meldeten, war ein Gemisch von Wahrheit und Lüge, dem man jedoch die Freude über die Verlegenheit anmerkte, in welche das stolze Britannien durch dies Ereigniß gestürzt war.

Als nun nach langer Ungewißheit über den Stand der canadischen Sachen sogenannte amtliche Berichte vorlagen, brauſ'te im Parlament ein Sturm gegen die Minister, namentlich gegen den Kolonialminister Lord Glenelg, daher, daß es fast schien, als sollte das britische Ministerial-

ſchiff umgeworfen werden. Hier war es beſonders der ſchon erwähnte Roebuck, der freilich mit zu großer Leidenſchaftlichkeit das Verwaltungsſyſtem der Kolonieen angriff, gerade zu erklärte, er verdenke es den Canadiern nicht, daß ſie auf Rechte Anſpruch machten, die ihnen von Gott und Rechtswegen zukämen, und zum Schluſſe den Verluſt der Kolonie vorherſagte, wenn man nicht zur Beruhigung derſelben ſchleunig Maßregeln ergriffe.

In der Prophezeiung Roebuck's lag unglücklicherweiſe viel Wahrſcheinlichkeit, und zwar deshalb, weil man nicht wußte, welche Rolle die nordamerikaniſchen Freiſtaaten ſpielen würden. Das freundſchaftliche Vernehmen, welches zwiſchen ihnen und der engliſchen Regierung beſtand, ließ zwar hoffen, daß ſie den Canadiern keine Unterſtützung zukommen laſſen würden; indeß wenn es ſich bei Staaten um Mein und Dein handelt, und noch dazu eine Gelegenheit ſich darbietet,

der Eroberungsluſt, einen humanen Anſtrich zu geben oder dieſelbe an die Nothwendigkeit der Selbſterhaltung zu knüpfen; dann pflegt man auf freundſchaftliche Verhältniſſe nicht viel zu geben und nimmt, deſſen man irgend habhaft werden kann. Die Geſchichte Europa's, und zwar aus der jüngſten Zeit, liefert dafür ſo viel Beweiſe, daß es gar nicht ſchwer fallen dürfte, wenigſtens ein Dutzend Beiſpiele anzuführen, wenn es deren überhaupt bedürfte.

In Bezug auf den vorliegenden Fall erfuhr jedoch die britiſche Regierung ſehr bald, daß die Vereinigten Staaten, ſo ſchien es wenigſtens, aus den canadiſchen Unruhen einige Vortheile ziehen wollten, ohne ſich gerade thätig in den Streit einzumiſchen. Sie brachten nämlich die nordöſtliche Gränzberichtigung zwiſchen dem Unionsſtaat Maine und der britiſchen Beſitzung Neu-Braunſchweig zur Sprache und wünſchten, daß dieſe endlich ausgeglichen werde, ein um ſo

schwierigeres Geschäft, da man vor langer Zeit Flüsse und Berge als Gränzen angenommen, die zum Theil nicht vorhanden waren oder wenigstens nach einer ganz andern Richtung hinliefen. Solche unsichere Gränzen zwischen zwei Staaten, die immer noch mehr haben wollen, als sie schon besitzen, haben das Verdrießliche an sich, daß sie zu sogenannten Entdeckungsreisen verlocken, woraus nachher in der Regel Kriege entstehen.

Das konnte auch hier leicht eintreten, und deshalb beeilte sich das britische Kabinet, eine Kommission zur Ausgleichung der Gränzmarken zu ernennen, sagte bei dieser Gelegenheit der Regierung der vereinigten Staaten viel Artiges und brachte es dahin, daß sich diese in dem bevorstehenden Kampfe für neutral erklärte, jedoch mit der komischen Versicherung, daß sie nicht die Macht besitze, um die Bürger ihres Staates von aller Theilnahme abzuhalten. Es wurde auch einem nordamerikanischen General befohlen, die

Gränzen zu hüten, sich jedoch wohl vorzusehen, daß er seine Macht nicht überschreite. Das hieß mit andern Worten: „Laß keinen über die Gränze nach Canada, aber wenn er darauf besteht, hindere ihn nicht; denn bei uns hat Jeder seinen freien Willen.“

In England war man mit der Neutralitätserklärung zufrieden, bald aber hätte es doch zu einem Bruche derselben kommen können, denn das nordamerikanische Dampfschiff „Karoline,“ auf welchem sich, wie nordamerikanische Zeitungen versichern, nur Neugierige befanden, um einem etwanigen Gefechte bei der Navy-Insel, dem Hauptpunkte der obercanadischen Insurgenten, zuzusehen, wurde zur Nachtzeit von englischen Booten angegriffen, die darauf befindlichen Personen zum Theil niedergehauen, das in Brand gesteckte Schiff in die Mitte des Lorenzostroms gezogen und den reißenden Wellen preis gegeben, die es pfeilschnell fortführten dem Niagarafalle zu, von welchem es

herabstürzte und von den gewaltigen Wassermassen zertrümmert ward.

In den vereinigten Staaten brachte dies Ereigniß eine wilde Bewegung hervor: laut forderte man Rache für die Verletzung des Völkerrechtes, und es bedurfte von Seiten der nordamerikanischen Staatsmänner energischer und vorsichtiger Anstrengungen, um die rachedürstenden Bürger zu besänftigen. Ohne Zweifel stellte sich später heraus, daß die Passagiere der „Karoline" auch Leute unter sich gehabt, die ihre Büchsen geprobt und wahrscheinlich auf Engländer geschossen hatten. Genug, die Sache wurde beigelegt, und Nordamerika blieb nach wie vor, d. h. in der schon erwähnten Weise, neutral und drückte ein Auge zu, wenn hin und wieder ein Bürger Waffen oder sonstigen Kriegsbedarf an die Canadier lieferte. Auf solche Kleinigkeiten kommt es bei großen Ereignissen gar nicht an.

Während noch an der Beruhigung der nordamerikaniſchen Bürger gearbeitet wurde, erfochten die engliſchen Truppen wirklich einige Siege über die Canadier, und die Botſchaft davon kam in ſo großem Maaßſtabe nach London, daß alle die jungen Helden, welche ſich bereits dazu gemeldet hatten, mit dem edlen Lord Durham nach Canada zu gehen, in der That befürchteten, ſie dürften nicht mehr ſo viele Feinde finden, um ihren Muth zu kühlen und ihre loyale Geſinnungen zu beweiſen. Und wirklich ſchien es ſo, denn eine Siegesnachricht folgte der anderen, und mit dieſen erfuhr man auch, daß die bisher in Canada beſtandene Verfaſſung vorläufig aufgehoben ſei und mit ihr das erſte Geſetz Englands zum Schutze der perſönlichen Freiheit, die Habeas-Korpus-Akte. Faſt jedes Schiff brachte ganze Ladungen von Journalen und offiziellen Berichten, in denen man die Niederlage der Rebellen, die Achtserklärungen über die Haupträdelsführer, un-

ter denen besonders Herr Papineau sich befand, die loyalen Gesinnungen des größten Theils der Einwohner, die heldenmüthige Tapferkeit der britischen Soldaten, den wüthenden Haß, von welchem die meisten Bürger gegen die Empörer entbrannt waren, und endlich die Einkerkerung der Gefangenen, so wie die Art und Weise, wie über sie gerichtet werden sollte, auf das umständlichste und weitläufigste geschildert fand. Ganz zuletzt kam nun noch die fröhliche Botschaft an, daß Lord Gosford, ein Mann, der nach der Ansicht mehrerer Mitglieder des Unterhauses sich stets mehr auf den Zufall als auf seinen Verstand verlassen habe, zu Quebek feierliche Dankgebete zur glücklichen Beendigung der canadischen Revolution halten lasse.

Es gab jedoch im Parlamente mehrere ganz gescheidte Männer, die sprachen einige bescheidene Zweifel über die Wahrheit dieser Nachricht aus, und beobachtete man die großen Rüstungen, welche

der zum Generalgouverneur aller britisch-amerikanischen Besitzungen ernannte Graf Durham machte, so standen diese mit der glücklichen Beendigung der Revolution in grellem Widerspruche. Indeß hier fanden die Freunde der Regierung und Lord Durhams einen sehr bequemen Ausweg. Sie bewiesen in den, ihnen zu Gebote stehenden Zeitungen, der Generalgouverneur müsse wie ein König auftreten. Er sei zwar von kriegerischer Macht umgeben, allein er sei doch eigentlich ein Friedensbote und biete den Canadiern den Palmzweig, der nur dann Wurzel schlagen und gedeihen könne, wenn er vom Schwerte der Gerechtigkeit beschirmt werde. Durham's Weisheit und Milde werde die Wunden Canada's heilen, und diese wichtige Kolonie von neuem mit unauflöslichen Banden an das Mutterland fesseln.

Solchergestalt bemühten sich die Freunde des edlen Grafen, seinen schweren Beruf in ein poetisches Gewand zu hüllen, während er selbst

nur Sorge trug, ſich ſo prächtig wie möglich einzurichten und ſich mit königlichem Glanze zu umgeben. Es offenbarte ſich hierbei nicht nur ſeine Prachtliebe, ſondern auch ſein Kunſtſinn. So ließ er Flügel-Fortepiano's, elegante Möbel, Teppiche, Tapeten u. ſ. w. an Bord bringen, und um ſich immer in einer harmoniſchen Stimmung zu erhalten, mußte ihn ein großes Muſikkorps begleiten. Hierzu lieferte ihm nun freilich die Oppoſition, ſowohl im Parlament wie in öffentlichen Blättern, nicht die beſten Noten, ja noch ehe er den geliebten Boden von Altengland verließ, bekam er Dinge zu hören, die ihm die Seereiſe wohl hätten verbittern können, wären ſie von ihm nicht für zu unbedeutend gehalten worden. Der edle Durham vergaß im Augenblick, was entſchloſſene Oppoſitionsmänner, auch wenn das Recht nicht ganz auf ihrer Seite iſt, im Parlamente durchſetzen können. Hätte er daran gedacht, ſo würde er ſich vielleicht eine

ſchmerzliche und tiefkränkende Erfahrung erſpart haben.

Während Monate hindurch die canadiſche Revolution für das britiſche Parlament in Betreff ſeiner Thätigkeit nach Außen hin der Hauptgegenſtand blieb, nichtsdeſtoweniger aber die nahe liegende belgiſche Angelegenheit vergeſſen, die Spannung zwiſchen der Pforte und dem Vicekönig von Aegypten im Auge behalten, und in Konſtantinopel ganz beſonders dahin gearbeitet wurde, den durch den Frieden von Adrianopel (1829) von Seite:: Rußlands geſchwächten, man könnte faſt ſagen vernichteten Einfluß Englands wieder zu gewinnen, gab es auch im Innern Großbritanniens und Irlands Stoff genug zu ſehr intereſſanten Verhandlungen und Zänkereien. In London ſelbſt blieb einige Zeit hindurch der Brand der Börſe das ergiebigſte Tagesgeſpräch, und da überhaupt innerhalb eines kurzen Zeitraums zu Petersburg der Winterpalaſt des Kaiſers, zu Lon-

don ein Handelstempel und zu Paris ein Opernhaus durch Feuer zerstört worden waren: so fehlte es nicht an Bemerkungen, daß das Element in diesen an sich so verschiedenen Staaten gerade die empfindlichste Seite angegriffen habe. Im absoluten Norden die Wohnung des Alleinherrschers, im freien England den äußeren Mittelpunkt des Handels, und im vergnügungssüchtigen Paris einen Tempel, in welchem außer der Kunst auch andere Ergötzlichkeiten stattgefunden haben sollen. Als zu diesen Feuersbrünsten nun auch der Brand des herzoglichen Schlosses (des Münzgebäudes wäre bezeichnender gewesen) in Gotha, und der Augustinerkirche in Gent hinzukamen: da gerieth man wirklich in Versuchung, alle diese, in ihrer Art wunderbaren Unglücksfälle für Vorbedeutungen noch größerer zu halten.

Wir kehren indessen nach England zurück, wo man sich bei aller Aufregung doch vielfältig über die Angriffe belustigte, welche in den Zeitungen

gegen die Miniſter, namentlich gegen Lord Melbourne, den Präſidenten des Miniſterraths, gerichtet wurden. Der alte Herr mußte für ſeinen Dienſteifer, für ſeine Galanterie und den ſchweren Beruf, täglich der Unterhalter der jungen Königin zu ſein, unendlich viel leiden, und daß dabei der jungfräulichen Majeſtät nicht geſchont ward, verſteht ſich von ſelbſt. Einige Blätter machten es ſich ſogar zur Pflicht, hierüber fortlaufende Berichte abzuſtatten, ja man rechnete dem Publikum vor, daß Lord Melbourne in einem halben Jahre nicht weniger als 170 Audienzen bei der Königin gehabt und hundertmal bei Ihrer Majeſtät geſpeiſt habe. Mit ſolchen Berichten wurden dann ſehr unangenehme Raiſonnements verbunden. Man ſagte dem Premierminiſter, ſeine erſte Pflicht ſei, ſich um die Verwaltung des Staats zu bekümmern, und das Wohl des Volkes im Auge zu haben; wenn er dies gewiſſenhaft thue, würde ihm wenig Zeit

bleiben, Ihrer Majeſtät die Schleppe oder den Arbeitsbeutel nachzutragen. Hatte man ſich hierüber hinlänglich Luft gemacht, ſo ging es über die zärtliche Neigung der jungen Königin her; man erſchöpfte ſich in Muthmaßungen, mit welchem Glücklichen ſie wohl den Thron theilen würde, und hierbei ließ man den Rath einfließen, Ihre Majeſtät möchten doch recht bald über Ihr Herz beſtimmen, weil man ſonſt in den Irrenanſtalten nicht mehr Platz für diejenigen habe, welche aus Liebe zu Ihrer Majeſtät wahnſinnig geworden. Das Letztere war übrigens keine Erfindung, ſondern in ganz kurzer Zeit hatte man vier Perſonen einſperren müſſen, welche die Liebe zur Königin närriſch gemacht. Unterdeſſen kamen auch im Parlamente Verhandlungen vor, welche die Aufmerkſamkeit von ganz England in Anſpruch nahmen und vorzüglich die Damenwelt in Aufregung brachten. Es waren dies die Verhandlungen über die völlige Negeremancipation, in welcher

bereits vor längerer Zeit dadurch ein wichtiger Schritt geschehen war, daß man durch Festsetzung einer sogenannten Lehrlingszeit die unglücklichen Schwarzen auf die Erlangung der Freiheit vorbereiten, sie also zu dem Genusse derselben reif machen wollte. Diese Lehrlingszeit sollte bis zum **1. August des Jahres 1840** dauern, dann aber in allen britischen Kolonien auch der letzte Schein der Sklaverei für immer aufgehoben und vernichtet sein.

Da die Sklaverei, ohne Zweifel der fluchwürdigste Frevel, den unser Jahrhundert als Erbtheil der vorhergehenden überkommen hat, lange bestand, und diese Entwürdigung auf Herz und Geist der Neger verderblich eingewirkt, Rachsucht, Verstocktheit und Trägheit erzeugt hatte, so kann man diese Maßregel im allgemeinen nur billigen. Sie sollte die Uebergangsperiode von der Sklaverei zur Freiheit sein, und während der Lehrzeit wollte oder sollte man (nämlich die englische Re-

gierung wollte und der Sclavenbesitzer sollte) den Neger besonders zu der Einsicht bringen, daß er als freier Mann auch arbeiten und für sich selbst und seine Familie sorgen müsse.

Es liegt in diesen Worten gewissermaßen ausgesprochen, daß der Neger die Ansicht habe, als freier Mann brauche er nicht zu arbeiten. In der That, diese Ansicht hat der größte Theil der Schwarzen, und zwar aus dem Beispiele hergenommen, das sie an ihren Herren vor Augen haben. Diese sind frei, leben herrlich und in Freuden, stehlen Gott den Tag ab und begehen oft, aus langer Weile oder aus Uebermuth, die schlechtesten Streiche, ja Grausamkeiten. Kann man es nun dem Neger auf seiner Kulturstufe verdenken, wenn er glaubt, als freier Mann könne er auch so handeln? Wer eine Idee hat von der gewaltigen Einwirkung des Beispiels auf ein rohes, durch Leiden und Qualen zur Rache und zum Bösen geneigtes Herz, der wird

und muß den Neger entschuldigen. Dies Alles war von der britischen Regierung zur Genüge eingesehen worden, daher die Festsetzung einer Lehrlingszeit.

Einige Jahre dieser Frist waren vergangen, aus den Kolonieen liefen von Zeit zu Zeit günstige Berichte über die Umwandlung der Neger ein, und dies so wie die Achtung vor den heiligen Rechten der Menschheit trieben den Lord Brougham, als Verfechter der Schwarzen aufzutreten und die gänzliche Freilassung derselben am 1. August 1838 zu beantragen, zu fordern. Lord Brougham hat, wie alle großen Männer, seine Fehler, aber wir behaupten kühn, daß er noch größere Tugenden besitzt und neben diesen einen reichen Schatz an gelehrten Kenntnissen, und dabei die seltene Kunst, seinen Humor und übersprudelnden Witz mit den übrigen Talenten so zu vereinigen, daß sie als ein nothwendiges Ganze erscheinen. Vermöge aller dieser Eigen-

schaften gehört er ohne Zweifel zu den besten der jetzt lebenden Parlamentsredner, wenn er nicht etwa der beste ist. In diesem Rufe steht er auch bei seinen Feinden, und als er sich zum Verfechter der unglücklichen Schwarzen aufwarf, bedurfte es von seiner Seite nur einer Rede, um ganz Großbritannien für diese Sache zu begeistern.

Aber er hielt nicht eine Rede, er hielt deren drei, die, abgesehen von ihrem edlen Zwecke, auch noch den Werth hatten, daß sie die Blüthezeit der englischen Parlamentsberedsamkeit lebhaft in's Gedächtniß zurückriefen, ja sie verjüngten. Der Erfolg derselben war zunächst eine Fluth Petitionen um Aufhebung der Lehrlingszeit, und Brougham sagte nicht zu viel, als er bemerkte, die Tafel des Hauses würde unter der Last der Bittschriften brechen; denn siehe, es waren deren 663 eingegangen, und darunter eine, die von beinahe einer halben Million englischer und schot-

tischer Damen unterzeichnet war. Auf ein solches Resultat mochte vielleicht der Redner selbst nicht gerechnet haben, und zwar um so weniger, da im Parlament nach langen und heftigen Debatten beschlossen wurde, von der einmal angesetzten Frist nicht abzugehen, wobei man sich darauf berief, daß die Sklavenbesitzer als solche auch ihre Rechte hätten. Was jedoch vom Staate nicht gut geheißen wurde, fand inzwischen in den Kolonieen selbst einen mächtigen Anklang, und noch vor der Krönung der Königin liefen von allen Seiten Nachrichten über die Freilassung der Neger ein, so daß man mit Recht sagen konnte, der Krönungstag Victorias werde auch in den entferntesten Theilen des britischen Reichs von freien Männern gefeiert werden. Dies veranlaßte endlich den Lord Brougham, der bis dahin nicht aufgehört hatte, theils im Parlament, theils in den, zur Negeremancipation gebildeten Vereinen immer wieder auf seinen Antrag zurückzu-

kommen, auf denſelben für dies Jahr zu verzichten, in der Ueberzeugung, eine Wiederholung deſſelben werde in der nächſten Parlamentsſitzung nicht mehr nöthig ſein. Wahrſcheinlich hat ſich der edle und gelehrte Lord nicht getäuſcht.

Nach dem erſten Sturme, den die canadiſche Revolution in dem Parlamente hervorgebracht hatte, miſchten ſich auch unter die ernſteſten Verhandlungen von Zeit zu Zeit Bemerkungen und Anfragen über die Krönung der Königin, eine Angelegenheit, die von dem engliſchen Volke, das bei ſeinen Fortſchritten in faſt allen Zweigen der Kunſt, Wiſſenſchaft und Induſtrie, doch auch eine große Vorliebe für alte und ehrwürdige Formen hat, für überaus wichtig angeſehen wurde. Wir werden indeß hierauf gleich zurückkommen, wenn wir erſt einige andere, unſerer Anſicht nach, weit intereſſantere Sachen als die Krönung mitgetheilt haben.

So lange die Whigpartei, diejenige, welche hervorgegangen aus dem Volke, auch nur das Wohl und Vorwärtsschreiten des Volks im Auge haben soll und muß, wiewohl es nicht immer der Fall ist, am Staatsruder steht, ist man in England Schritt vor Schritt in den Reformen zur zweckmäßigeren Umbildung der Staatsverfassung vorgeschritten. Dies ist der Grund, warum seit einer Reihe von Jahren in jeder Parlamentssitzung der Kampf der beiden politischen Hauptpartheien, der Whigs und Tories, oder Reformfreunde und Conservativen, von neuem beginnt. Die letzte Parthei, aus dem reichen Adel, den Grundbesitzern und der höheren Geistlichkeit bestehend, will die Rechte, die sie einmal hat, erhalten oder konserviren, und verficht dieselben mit einer Hartnäckigkeit, die es den Reformfreunden zur Pflicht macht, mit gleicher Hartnäckigkeit bei ihren Grundsätzen zu verharren, zugleich aber mit großer Vorsicht und Mäßigung zu Werke gehen.

Bisher sind die Reformfreunde diesem Grundsatze treu geblieben und haben, wenn auch langsam, doch schon viele und große Vortheile errungen. Ihre Thätigkeit erscheint jedoch einer anderen Parthei, die alle Mißbräuche nicht nur von Grund aus, sondern auf das schnellste abgestellt wissen will, viel zu langsam, und diese Parthei ist die der Radikalen, welche freilich bei dem Volke einen großen Anhang hat, und es sich besonders angelegen sein läßt, die arbeitende Klasse für sich zu gewinnen. Sie will allgemeines Wahlrecht, und weil sie dies für den Grundstein aller ihrer Forderungen ansieht, stellt sie diese als die erste oben an, woran sich dann gleich die andere knüpft, die Abschaffung der Korngesetze, die freilich ganz dazu geeignet ist, die Macht der Tories bis auf die Wurzel zu erschüttern.

Ueber die Abschaffung der Korngesetze, die Quelle unsäglichen Uebels für England, ist bisher vergebens verhandelt worden, doch dürfte die

Gewalt, welche in der nächsten Parlamentssitzung gegen sie anzurücken droht, ihnen doch einen Stoß versetzen. Wie es mit dem Wahlgesetz gehen wird, muß ebenfalls von der nächsten Zukunft erwartet werden, aber mit einer Aenderung desselben und mit der Einführung der geheimen Abstimmung (durch welche letztere insbesondere die Chikanen des Reicheren gegen den Aermeren nicht mehr gut möglich wären) würden wahrscheinlich auch die Vorwürfe aufhören, welche man bisher den Wahlkommissionen gemacht hat.

Gegen diese zog namentlich O'Connell in der letzten Parlamentssitzung ganz gewaltig her und beschuldigte sogar öffentlich die Tories des Meineids, wofür er dann eben so öffentlich zur Rechenschaft gezogen ward und Abbitte leisten mußte. Ueberhaupt zeichneten sich die Sitzungen in beiden Häusern in diesem Jahre durch eine Aufregung und Leidenschaftlichkeit der Partheien aus, die

sehr oft in arge Schimpfereien ausartete, und streng genommen, der Würde des Parlaments Eintrag that.

Dies geschah nicht nur in den Verhandlungen über die für Irland berechneten Gesetze, namentlich über die Städteordnung und die Armen- und Zehntenbill, sondern auch bei der Besprechung des Nutzens, den die Verwendung englischer Truppen für Spanien gehabt habe. Tories, oder wenigstens ein Theil derselben, suchten absichtlich die Dienste der Hülfslegion zu verkleinern und gründeten hierauf den Antrag, daß die Königin gebeten werden solle, fortan keinen Befehl zur Absendung frischer Truppen zu erlassen. Indeß die Freunde des konstitutionnellen Spaniens merkten den Kunstgriff und traten mit großer Heftigkeit hiergegen auf, wobei ihnen dann eine schöne Gelegenheit geboten wurde, über Don Carlos und seine Freunde ihren Grimm auszuschütten.

Wie nun in dieſer Sache die Tories im Unterhauſe auf keinen grünen Zweig kommen konnten, ſo auch im Oberhauſe. Hier nahm beſonders der Herzog Wellington, gerade als ſich der Graf von Ripon über den ſchlechten Bericht beklagte, den eine nach Malta für ſchwere Koſten geſandte Kommiſſion über den Zuſtand der Inſel abgeſtattet, Gelegenheit, ſich auf das mißfälligſte über die, der genannten Inſel verliehene Preßfreiheit auszuſprechen. Er verhehlte dabei im Allgemeinen ſeine Anſichten über Preßfreiheit nicht, erklärte ſie, mit Bezug auf Portugal, Spanien und Canada, für die Quelle aller Revolution, und ſchloß ſeinen abſoluten Sermon mit der Bemerkung, die freie Preſſe auf Malta würde in kurzer Zeit Sicilien, Neapel und Sardinien in die wildeſte Aufregung verſetzen, und eben deshalb ſei es nöthig, ſie ſofort wieder aufzuheben.

Der Herzog Wellington glaubte ohne Zweifel, die Erinnerung an seine Heldenthaten würde den Freunden der Freiheit den Mund stopfen, allein er irrte sich, was ihm übrigens im Leben schon oftmals begegnet sein soll. Lord Melbourne nahm sich der Malteser wie überhaupt der Preßfreiheit an, erklärte sie für den Lebensnerv aller geistigen Entwicklung, für das einzige Palladium gegen jede Revolution, und gab dem edlen Herzog durch die Blume zu verstehen, daß er sich um Sachen, von denen er offenbar schiefe und verkehrte Ansichten habe, nicht bekümmern möge. Der Sieger von Waterloo steckte die Pille ein, die ihm Melbourne unter großem Beifall vieler anderen Pairs gab, aber zu seinem großen Verdrusse brachte schon einige darauf die Zeitung, „der Courier," die Sache zur Oeffentlichkeit und ließ sich also darüber vernehmen: „Die Einführung der Preßfreiheit in Malta scheint in einigen kleinen Staaten Italiens Argwohn erregt zu

haben, und wenn man den Nachrichten in einigen deutschen Zeitungen glauben kann, hat der König von Neapel ernstliche Klagen bei der britischen Regierung dagegen erhoben. Die Minister werden, wie wir hoffen, durch solche unbegründete Vorstellungen sich nicht bewegen lassen, von dem eingeschlagenen Wege abzugehen. Die Malteser sind britische Unterthanen, wiewohl sie, gleich den Irländern, noch nicht alle Vortheile genießen, zu welchen sie ihre Verbindung mit diesem freien Lande längst berechtigt hat. Nichts kann ungereimter oder anmaßender sein als das Verlangen, daß die Grundsätze der britischen Verfassung in einer britischen Kolonie unausgeführt bleiben sollen, damit nicht die Wirksamkeit derselben die minder freisinnige Verwaltung einer benachbarten Regierung in Verlegenheit bringe. In welchem ungünstigen Lichte erscheinen die italienischen Regierungen, wenn sie ihre Furcht vor den Wirkungen eingestehen, die in ihren

Staaten durch die heimliche Einbringung einer malteſer Zeitung hervorgebracht werden können." —

Eine Erwiederung erſchien auf dieſen Artikel nicht, und Wellington verſchluckte ſeinen Aerger, oder vergaß ihn vor Freude über die anſehnliche Summe, welche die Subſcription für die ihm zu errichtende Statue bereits eingebracht. Allein auch hier ſollte der alte Kriegsheld nicht ungerupft davon kommen, denn die Nachricht, daß auch in Oſtindien für bewußten Monumentenzweck eine ziemlich ergiebige Sammlung ſtattgefunden habe, ward von der Oppoſition benutzt, eine grauſenerregende Darſtellung von der in Indien herrſchenden Hungersnoth zu geben und daran die Bemerkung zu knüpfen, daß es weit edler geweſen wäre, für das Geld, welches der Eitelkeit eines Einzelnen zum Opfer gebracht werde, das Leben von hundert Unglücklichen zu erhalten. Gegen ſolche bittere Wahrheit laſſen ſich

nicht leicht Einwendungen machen, und dies sah auch der Herzog Wellington ein und schwieg.

Um diese Zeit geschah es, das die Zänkereien im Parlament durch einen Auftritt unterbrochen wurden, der sich in der Nähe von Canterbury zutrug. In der dortigen Gegend suchte nämlich ein gewisser Courtenay, auch Tom genannt, die Bauern aufzuwiegeln, daß sie sich nicht länger von der Regierung chikaniren lassen, sondern ein anderes Regiment einsetzen und allgemeine Gleichheit herstellen sollten. Er erbot sich, ihnen zu diesem Werke, mit welchem das tausendjährige Reich Christi auf Erden beginnen werde, behülflich zu sein, und sagte ihnen, er sei eigentlich dazu berufen, denn er sei der Heiland und könne vermöge der ihm inwohnenden göttlichen Kraft von keiner weltlichen Gewalt verletzt werden. Zum Beweise seiner Behauptung zeigte er den Bauern die Nägelmale an seinen Händen, auch die Narbe einer Wunde an der Seite, aus welcher einst Blut

und Waſſer geſloſſen ſei. Courtenay fand bei ſeinen Anhängern unbedingten Glauben und verſetzte ſie in einen Fanatismus, der aus einem Gemiſch von politiſcher und religiöſer Schwärmerei beſtand. Es wurden nun große Verſammlungen gehalten, und als ſich zu einer derſelben auch Soldaten einfanden, kam es zu einer gräßlichen Prügelei, in welcher der Heiland mit den Nägelmalen ſo wie einige andere den Tod fanden. Die Sache erregte Aufſehen, und bei näherer Unterſuchung ergab ſich, daß Courtenay oder Tom im Irrenhauſe geweſen, von dort aber vor einiger Zeit entlaſſen worden war, ein Umſtand, der im Parlament zu heftigen Streitigkeiten Veranlaſſung gab, auch den Antrag hervorrief, daß man künftig Wahnſinnige nicht eher in Freiheit ſetzen dürfe, bis man genügende Beweiſe ihrer Heilung habe. Hätte man daran vorher gedacht, ſo wäre der blutige Auftritt gar nicht vorgefallen, aber es ſcheint in England auch Mode zu

ſein, daß man den Brunnen erſt dann zudeckt, wenn das Kind hineingefallen iſt.

Während aller dieſer Ereigniſſe waren die Krönung der Königin ſo wie die dabei ſtattfindenden Feierlichkeiten mehr als hundertmal zur Sprache gekommen. Aber wie in allen Dingen, welche der Oeffentlichkeit angehören, ſo bildeten ſich auch für dieſe Angelegenheit verſchiedene Partheien, von denen die eine den verſchwenderiſchten Pomp zeigen wollte, die andere dagegen eine übertriebene Sparſamkeit empfahl. Ob die Letzteren dies deshalb für nöthig hielten, weil der Kanzler der Schatzkammer, Hr. Spring-Rice, nicht nur ein Deficit von 2½ Mill. Pfund Sterling für das abgelaufene Finanzjahr in der Staatseinnahme, ſondern auch ein muthmaßliches Deficit von 2 bis 500,000 Pfund Sterl. für das beginnende Jahr angegeben hatte, oder ob ſie es nur aus Luſt zum Widerſpruch thaten, mag dahin geſtellt bleiben. Genug, es ward darüber viel

gestritten, bis endlich die prachtliebende Parthei die Oberhand behielt.

Kaum war jedoch dies Kapitel abgethan, so ging es an die einzelnen, zum Theil sehr alten Ceremonien, unter denen besonders die Küsse, welche die Pairs nach dem Huldigungseide dem Könige auf die linke Wange zu geben hatten, als etwas Anstößiges und für die jungfräuliche Königin Verletzendes angesehen wurden. Man rechnete aus, daß Victoria **600** Küsse bekommen müßte, und da unter den Pairs sich sehr junge und alte Herren befanden, und man deshalb annehmen konnte, es würden vielleicht Einige aus reiner Ergebenheit der hohen Gebieterin mehr als einen Kuß aufdrücken: so kam man endlich zu dem Entschlusse, diesen zärtlichen Huldigungsakt einem Einzigen zu überlassen, den anderen aber zu erlauben, sich in der Stille den Mund wischen zu dürfen.

Unterdeſſen zeigten die großartigſten Rüſtungen, daß die Weltſtadt London einem hohen Feſttage entgegen ſehe. Zugleich ſtrömten aus allen Ländern der gebildeten Welt, auch aus ſogenannten ungebildeten Erdtheilen, d. h. ſolchen, wo Eiſenbahnen, Gaserleuchtung und Trottoirs noch nicht eingeführt ſind, ſehr hohe, ziemlich hohe und hohe Gäſte zuſammen, um der Krönung für ihr eigenes Geld, oder für das Geld des Staats beizuwohnen, der es für ſeine Pflicht hielt, einen beſonderen Stellvertreter zu ſchicken. Auch eine Menge Prinzen hatten ſich eingefunden, und zwar in keiner andern Abſicht, als um ihre Liebenswürdigkeit zu zeigen und wo möglich auf das Herz der jungen Königin einigen Eindruck zu machen. Das Gerücht ſagt, an ſolcherlei Beſtrebungen habe es beſonders der Herzog von Nemours nicht fehlen laſſen, auch hätten mit ihm die Sprößlinge verſchiedener deutſchen Fürſtenhäuſer, die freilich weder bei der

Erstürmung von Konstantine zugegen gewesen, noch ihren Teint der brennenden Sonne Afrika's ausgesetzt, gewetteifert und ihre verschiedenen Naturgaben zur Schau getragen. Ob die jungfräuliche Inselkönigin diesen oder jenen mit günstigeren Augen angesehen, darüber sind nur Muthmaßungen, aber keine officiellen Berichte zur öffentlichen Kunde gekommen, daß aber das englische Volk von den Prinzen und den Meisten der anwesenden Gesandten, obgleich diese eine beispiellose Pracht entwickelten, nicht sonderlich Notiz genommen, ist ein geschichtliches Factum, auch weiß man den Grund, warum dieses geschehen ist.

Es gab nämlich unter allen anwesenden erlauchten Herren und Krönungsgesandten einen Mann, der **1769** als der Sohn eines Landmannes in die Welt, später als gemeiner Soldat in das französische Heer getreten war, **1791** Unterlieutenant wurde, **1805** den Marschallstab von Frank-

reich und 1807 den Titel eines Herzogs von Dalmatien erhielt und sonst schlechtweg Soult heißt. Auf diesen Mann, der auch ein Stück von der neuesten Geschichte Europa's auf seinen Schultern trägt, richtete ganz England seine Aufmerksamkeit und noch ehe er die Insel betreten hatte, waren Vorbereitungen getroffen worden, um den alten Helden, wie er es gewohnt war, mit Kanonendonner und kriegerischem Pomp zu empfangen. Er kam ja diesmal als Friedensbote, und es schien billig, für ihn, der den britischen Heeren so manchen heißen Tag bereitet hatte, nun auch einen festlichen anzuordnen. Mit einem Worte, der alte Marschall Soult, der sich seinen Stammbaum selbst gepflanzt hatte, feierte in England einen, vielleicht von ihm selbst nicht geahnten Triumph, und wurde überall, wo er sich sehen ließ, mit einem Beifall begrüßt, der den übrigen erlauchten und hohen Personen um so mißfälliger sein mußte, da sie doch Ehren

und Würden an sich trugen, die sich zum Theil noch aus der Völkerwanderung herschrieben. Daß übrigens während der Krönungsfeierlichkeiten, für deren Ausmalung unsere schlichte Sprache nicht geeignet ist, der politischen Verhältnisse Europa's nicht gedacht wurde, versteht sich von selbst, und obgleich Belgien und Holland, England und Rußland, Spanien und Neapel, Preußen und Bayern auf einem sehr gespannten Fuße lebten: so begegneten sich doch die Abgeordneten aller dieser Staaten mit Höflichkeit oder sie gingen sich aus dem Wege.

Hierzu hatten die Krönungsbotschafter Hollands und Belgiens, so wie die von Preußen und Bayern einen besonderen Grund, und zwar die ersteren wegen der wiederum angeregten 24 Artikel, über welche zu London abermals konferirt und protokollirt werden sollte, und die beiden anderen wegen des kirchlichen Zwiespalts, der in hellen Flammen aufgelodert war, jedoch

vorläufig nur einen Federkrieg hervorgerufen hatte, der in Zeitungen und Flugschriften mit fürchterlicher Erbitterung geführt wurde.

Es dürfte jetzt Zeit sein, dem Krönungspompe in London den Rücken, und das Gesicht den Dingen zuzuwenden, die sich seit dem Anfange des Jahres in Deutschland zugetragen hatten und die uns, weil wir Deutsche sind, eigentlich sehr nahe angehen. Eine Grundfarbe für die Bewegungen der deutschen Welt im Jahre 1838 anzugeben, ist sehr schwer, und wer das nicht glauben will, der sehe nur die Karte von Deutschland an und zähle die Farben zusammen, die er darauf findet. Er wird staunen, und denkt er sich etwa zu helfen und mischt alle diese Farben unter einander, so dürfte das Unmögliche noch unmöglicher werden, denn das Resultat dieser Mischung würde über das Aschgraue hinausgehen. Das Taschenbuch des Rheinischen Postillon macht indessen auch nicht die entferntesten Ansprüche

darauf, seinen Lesern eine allgemeine deutsche Grundfarbe aufzutischen, sondern es will in einfacher Weise das wieder erzählen, was sich ereignet hat. Hierbei wird es aber am besten sein, wenn man die Ereignisse zuerst hervorhebt, die das allgemeine Interesse von Deutschland, sein Wohl und Wehe, mehr oder minder berührten, und deshalb sprechen wir zuerst von Preußen und Hannover.

Der innere Friede der preußischen Rheinprovinzen erhielt, wie wir zu Anfang dieser Blätter angedeutet haben, einen argen Stoß durch die Abführung des Erzbischofs von Köln nach Minden, und trotz der Verheißungen Jehovah's, die er kund werden ließ durch den Mund seiner Knechte: „es solle die sündige Menschheit nicht wiederum durch Wasser vertilgt werden;" — strömte doch eine solche Fluth wässeriger Broschüren über Deutschland daher, daß es kaum dem geübtesten Schwimmer gelang, sich oben zu

erhalten. Sowohl die Abführung des Erzbischofs selbst, als auch die erste Allokution des Papstes boten hierzu Stoff, dann aber schrieen auf der einen Seite die Kämpfer für Preußen in Bewahrung seiner Macht, auf der anderen die für die verletzte Kirche und ihre Rechte, und zwischen durch ertönte der Jubel der aufgeklärten katholischen Welt und das Wehklagen der Römlinge, welche beide letzte Partheien sich gegenseitig Verrath, Treulosigkeit und andere Frevel vorwarfen.

In Preußen selbst erkannte man nach dem ersten päpstlichen Dokumente, eben jener Allokution, die Nothwendigkeit, mit einer ernsten Schrift, worin die Stellung der katholischen Kirche zur weltlichen Macht auseinandergesetzt, die Verordnungen und Verträge, welche diese Stellung herbeigeführt, genau angegeben werden sollten, aufzutreten, und diesem Entschlusse gemäß erschien jene sogenannte Staatsschrift, die

jedoch die ultramontane Parthei, ſtatt ſie zum Schweigen zu bringen, nur noch mehr aufregte. Während auf dieſe Weiſe die preußiſche Regierung ihre ſchwere Artillerie (ſo hatte man die erwähnte Staatsſchrift im Voraus getauft) vorfuhr, wurden diejenigen, welche an dem wichtigen Ereigniſſe ein fortlaufendes Intereſſe nahmen, durch die Zeitungsartikel auf das ergötzlichſte beluſtigt. Faſt jeder Tag brachte wenigſtens fünfzig Berichte über die verſöhnenden Schritte, die von beiden Seiten gethan würden; und ganz beſonders ſpaßhaft war es, daß der preußiſche Geſchäftsträger in Rom, Hr. Bunſen, bald abgereiſ't war, bald daran noch gar nicht dachte, dann gar nicht zur Audienz gelangen konnte, und wieder plötzlich eine ſo zuvorkommende Aufnahme gefunden, daß die Beſeitigung der „Kölner Wirren" nahe bevorſtände. Wochen, ja Monate hindurch wurde das Publikum mit ſolchen Berichten unterhalten, und wer ſchwach

genug war, namentlich die Hälfte der versöhnenden Schritte für baare Münze zu nehmen, der mußte jeden Augenblick an eine Zusammenkunft der preußischen mit der päpstlichen Regierung denken. Aber leider haben alle diese versöhnenden Schritte auch nicht einen Schritt vorwärts, sondern, wie sich jetzt als traurige Wahrheit herausgestellt hat, mehrere Schritte rückwärts geführt, und dies ist nicht etwa blos sinnbildlich, sondern in handgreiflicher Wahrheit zu verstehen. Denn von der westlichen Vorderseite des preußischen Staats ist der kirchliche Zwiespalt bis nach der östlichen Rückseite geschritten, d. h. dieselbe Widersetzlichkeit, welche der Erzbischof von Köln dem Staatsoberhaupte gegenüber zeigte, eben diese zeigten auch bald darauf die westphälischen Bischöfe, und ihnen folgten der Erzbischof von Posen mit dem größten Theile seiner Prälaten, nämlich den Bischöfen von Thorn und Kulm und ihrem Anhange.

Es wäre ein überaus ermüdendes, wenig lohnendes Geschäft, wollte man alle die Erklärungen und Noten, alle die Vermuthungen und Ansichten, alle die Lehr- und Grundsätze, welche in diesem heillosen Streite für und wider Preußen, im Sinne der alleinseligmachenden Kirche und gegen ihre finsteren und verfinsternden Satzungen zu Tage gefördert wurden, hier anführen, um so mehr, da sie, bei Lichte besehen, zu nichts, aber auch zu gar nichts geführt haben. Seit den Zeiten Samuels bis auf diese Stunde, sagt ein großer Dichter, hat es der weltlichen Macht wenig genutzt, sich mit der Kirche in Streit einzulassen, und in der That, die Wahrheit dieses Ausspruchs scheinen auch die Ereignisse unserer Tage zu bestätigen, und doch gab es zu Samuels Zeiten keine Dampfschiffe und keine Eisenbahnen, kein Asphaltpflaster und keine Runkelrübenzuckerfabriken, vielmehr tanzten die Könige zur selbigen Zeit, d. h. die Könige der Juden, um ihre

Ehrfurcht und Freude zu bezeugen, vor der Bundeslade her, wie denn geschrieben steht: Und David tanzte mit aller Macht vor dem Herrn und war begürtet mit einem leinenen Leibrock.

Die weltliche Macht hat in dieser Sache zum Theil auf ihr gutes Recht, zum Theil auf die Riesenschritte gerechnet, welche gerade in unserer Zeit der menschliche Geist in allen Zweigen des Wissens und der Industrie gemacht, und hätte die weltliche Macht, oder im engeren Sinne Preußen, diese Riesenschritte ungehindert für sich in die Schranken treten lassen, die ganze Sache wäre vielleicht, wenn auch nicht bereits abgethan, doch auf dem Wege, ihre Endschaft zu erreichen. Indeß dies ist leider nicht geschehen, und ob es geschehen wird, darüber sind Gelehrte und Ungelehrte noch nicht einig. Und doch dürfte gerade jetzt der günstigste Augenblick dazu sein.

Wohin aber verirren wir uns, wir wollen weder Rathschläge angeben, noch berechnen, wie

sich etwa die Dinge in der nächsten Zukunft gestalten könnten, wir wollen nur erzählen, was sich im Laufe des verflossenen Jahres zugetragen hat. Dies haben wir bis jetzt, kleine Abwege abgerechnet, gethan, sind bis zu den Kölner und Posener Wirren gekommen, und wollen sie, um nicht wieder mit dieser Sache in Berührung zu kommen, für immer abthun.

In aller Kürze zusammengedrängt, stellt sich die Sache etwa so heraus: der Erzbischof von Köln sitzt noch immer in Minden, hat lange Zeit hartnäckig geschwiegen und dann erst an den König von Preußen geschrieben und nicht um Gnade gefleht, sondern Gerechtigkeit gefordert. Für seine Wiedereinsetzung haben sich mehrere niederrheinische Gemeinden bittweise an den König gewendet, doch, so viel man weiß, ist hierauf bis jetzt keine Antwort erfolgt. Dagegen haben sich viele Schaafe der hirtenlosen Heerde, sowohl in den Rheinprovinzen wie im Münsterschen, be-

deutend verirrt, d. h. ſie haben ihren Unmuth, vielleicht auch ihre Erbitterung (dies geſchah in recht auffallend roher Manier zuerſt in Paderborn) auf dieſe und jene Weiſe ausgelaſſen, die Ruhe geſtört, zu Bewegungen Veranlaſſung gegeben, auch hin und wieder arge Widerſetzlichkeit gezeigt. Im Münſterſchen, dem eigentlichen Feldlager der ultramontanen Adelspartei, fand der zweite Sohn des Königs, der Prinz Wilhelm, eine überaus kalte Aufnahme, und in Köln trugen ſich in den letzten Tagen des Oktobers Ereigniſſe zu, die, wie man ganz gewiß weiß, durch den fanatiſchen Paſtor Beckers mittel- und unmittelbar herbeigeführt wurden. Ob der bald darauf ſtattgehabte, hinterliſtige, ja meuchelmörderiſche Angriff auf eine einzelne Schildwache bei Köln mit den vorgegangenen Ereigniſſen im Zuſammenhange ſteht, läßt ſich nicht mit Beſtimmtheit ſagen. Es mag vielleicht ein Akt gemeiner Rachluſt geweſen ſein, hat aber

die Folge gehabt, daß das dienstthuende Militär von jetzt an mit scharfen Patronen versehen ist. Bald nach diesem Vorfalle zu Köln wurden zu Koblenz mehrere Kanonen vernagelt, ein Ereigniß, das manchen auf die Idee gebracht hat, als herrsche unter dem unruhigen Volke eine Erbitterung gegen das Militär. Ob dem so sei, mag dahin gestellt bleiben, gewiß ist es aber, daß in allen den Orten der Rheinprovinzen und des Münsterlandes, wo die Geistlichkeit einen überwiegenden Einfluß hat, eben nicht die friedlichsten Gesinnungen herrschen; und daß diese von den belgischen Jesuiten unterhalten werden, daran darf man um so weniger zweifeln, da ja selbst deutsche Blätter, und hier nennen wir besonders die Neue Würzburger Zeitung und die in München erscheinenden politischen Blätter, es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Samen des Unfriedens und der Zwietracht mit vollen Händen auszustreuen. Wenn das aber von einer deutschen

Regierung, die noch dazu dem preußischen Regentenhause eng verwandt ist, geduldet wird, welche Rücksichten sollten die fanatischen Jesuiten Belgiens gegen Preußen zu nehmen haben, da ja bekannt genug ist, daß sie in ihrem eigenen Lande mit wildem Grimme gegen die freisinnige katholische Parthei wüthen? Aus diesem Allen den Schluß zu ziehen, daß in Folge der kirchlichen Händel in den preußischen Rheinlanden mindestens eine große Verstimmung herrscht, dürfte weder schwer sein noch voreilig erscheinen.

Eine solche Folge hat das Auflehnen des Erzbischofs Dunin von Posen und Gnesen, obgleich dasselbe in vieler Beziehung weit energischer war, nicht gehabt, vielmehr ist sie großentheils auf den Adel des Großherzogthums Posen beschränkt geblieben, der seit dem Augenblicke, wo ein gerichtliches Verfahren gegen den Erzbischof eingeleitet worden ist, keine Gelegenheit versäumt hat, demselben seine Hochachtung und Ehrfurcht zu bewei-

sen. Es geschah dies in früheren Zeiten niemals, oder von so Wenigen, daß es im Allgemeinen unbeachtet blieb, so daß man mit Recht glauben darf, jene Beweise der Aufmerksamkeit, die der Adel jetzt dem Kirchenfürsten zollt, fließen weit mehr aus einer Abneigung gegen die Regierung als aus wirklicher Hochachtung vor dem Prälaten. Derselbe verweigert übrigens bis jetzt, den weltlichen Richter als befugt anzuerkennen, sich in kirchliche Angelegenheiten zu mischen, und wird ohne Zweifel darin beharren, da die Lobsprüche, welche ihm der heilige Vater in seiner zweiten im September gehaltenen Allokution ertheilt hat, ihn hierzu noch mehr ermuntern müssen. Anfangs glaubte man, der Posener Prälat sei besonders durch Gewissensskrupel, wie sie hin und wieder alten Herren eigen sein mögen, dazu veranlaßt worden, den Hirtenbrief, in welchem er auf das strengste die Einsegnung gemischter Ehen verbot, zu erlassen, und würde, sollte der

Eine oder der Andere davon keine Notiz nehmen, dies mit Stillschweigen übergehen: allein hierin hat man sich gewaltig geirrt. Denn als neulich ein Priester jenem Hirtenbriefe zu wider handelte und ein gemischtes Brautpaar traute, ohne sich die Erziehung der künftigen Nachkommenschaft im katholischen Glauben verbürgen zu lassen, strafte er diesen damit, daß er ihm befahl, gedachten Hirtenbrief an acht hintereinander folgenden Sonntagen von der Kanzel herab vorzulesen. Dies sieht einer offenen Widersetzlichkeit so ähnlich, wie ein Ei dem anderen, und daß die Regierung es dafür ansehen wird, unterliegt um so weniger einem Zweifel, da man oftmals weit geringfügigere Dinge dafür angesehen hat.

Mit dem Erzbischofe Hand in Hand gehen die Bischöfe von Kulm und Thorn, und ihr Benehmen in kirchlichen Dingen machte um so größeres Aufsehen, da man noch kurz vorher ihre Duldsamkeit, ihre Achtung vor dem weltlichen Gesetz,

ihre Liebe zum Frieden und zur Eintracht bis in den Himmel erhoben hatte. Auf dies Lob ſcheinen aber die Herren nicht viel gegeben zu haben, denn ihr Verfahren war und iſt um kein Haar beſſer als das des Herrn von Dunin.

Nach Verlauf eines Jahres iſt demnach der kirchliche Zwieſpalt vom Niedergange bis zum Aufgange der preußiſchen Staaten geſchritten, hat manches Band zerriſſen, das für die Dauer dieſes und des jenſeitigen Lebens geknüpft werden ſollte, und hat auch in anderen Staaten Nachahmung gefunden, wiewohl man hier, namentlich in Würtemberg, weit einfachere Maßregeln dagegen ergriff und ergreift, d. h. theils den widerſpenſtigen Prälaten keinen Gehalt giebt, theils ihre etwanigen Erklärungen unbeachtet läßt. Ferner haben die kirchlichen Händel den Bruch zwiſchen Preußen und Rom faſt unheilbar gemacht, und erſt, nachdem dies Alles geſchehen, denkt man an eine Radikalkur, und zu dieſem Ende

haben sich die Oberpräsidenten verschiedener Provinzen nach Berlin begeben, um dort mit den Ministern die Mittel zu berathen, welche zur gänzlichen Beseitigung dieser „Wirren" am geeignetsten scheinen. Gleichzeitig ist nach Rom noch ein letzter Vorschlag gegangen, dessen Annahme oder Zurückweisung wahrscheinlich den Weg bestimmen soll, den man künftig einzuschlagen gedenkt. Wir wollen wünschen, daß es kein Dornenpfad ist.

Während solchergestalt in den, von der Hauptstadt der preußischen Monarchie entfernteren Provinzen allerlei Uebel gleich Pilzen emporschossen, überließen sich die lebenslustigen Berliner (denn auf Lebenslust und Witz machen sie selbst die meisten Ansprüche) dem Treiben, wie es Zeit und Verhältnisse mit sich bringen. So lange die strenge Kälte anhielt, fuhr man besonders Schlitten; dann sprach man über die erwartete Ankunft des türkischen Gesandten, schimpfte auf

die Frechheit der Spitzbuben, unterhielt sich heimlich und offen über die hannöverschen Vorgänge, schüttelte den Kopf über den Athanasius von Görres, der freilich sehr bald verboten ward, und belustigte sich über das Auftauchen sogenannter Mäßigkeitsschriften, die dem übermäßigen Branntweinsgenusse steuern sollten und deshalb wahrscheinlich bei den Eckenstehern keine große Aufnahme finden würden. Dabei gab es denn auch Stoff zu manchen ernsten, ja sogar traurigen Betrachtungen wegen der steigenden Noth der ärmeren Bewohner der Hauptstadt, und wegen der Klagen, die von Ostpreußen her über die fürchterliche strenge Gränzsperre von Seiten Rußlands nach Berlin drangen. Man konnte dies System Rußlands um so weniger begreifen, da es doch mit Preußen in so vertrautem Verhältnisse stand, der Kaiser Bürger von Berlin geworden war, dem Magistrate 5000 Dukaten zu einer Stiftung geschickt hatte, und, wie aus lan-

gen Zeitungsartikeln hervorging, mit seiner Familie abermals in Berlin auf Besuch eintreffen würde.

Hierbei sei übrigens bemerkt, daß die Reise der russischen Herrscherfamilie vom Anfang des Jahrs an für alle Hauptblätter Deutschlands täglicher Stoff war. Fast jeden Tag gab man eine andere Reiseroute und eben so oft eine andere Veranlassung zu dieser Reise an, bis man sich endlich darauf festsetzte, der russische Thronfolger werde sich eine Gemahlin suchen. Kaum hatte man diesen Grund zur Reise aufgefunden, der einigen Zeitungen von hochgestellten und mithin wohlunterrichteten Männern mitgetheilt worden war, so ging das Rathen an, aus welchem Fürstenhause der Thronfolger sich eine Braut wählen würde. Auch über dies Kapitel ward lang und breit gesprochen, bis endlich in diesem oder jenem Salon eine sichere, verbürgte Quelle entsprang, aus welcher dann die wichtige Nach-

richt floß, der künftige Thronerbe werde eine mecklenburgiſche Prinzeſſin heimführen, und zwar ſollte dies noch im Laufe des Sommers geſchehen. Indeß der Sommer iſt gekommen und iſt vergangen, aber aus der Brautwerbung und Vermählung des Thronfolgers iſt nichts geworden.

Daſſelbe Schickſal haben auch viele anderen, aus guten Quellen gefloſſenen Weiſſagungen gehabt, auf die wir nach dieſer Abſchweifung, die eigentlich nur dazu dienen ſollte, den Werth ſogenannter Nachrichten von hochgeſtellten und wohlunterrichteten Männern ſchätzen zu lernen, zurückkommen.

Aus dem zu ſchließen, was über Berlin geſagt wurde, war alſo in dieſer Hauptſtadt viel Stoff zu allerlei Hoffnungen vorhanden, und ſiehe, auch Schriftſteller und Spekulanten gingen dabei nicht leer aus. Was die erſten betrifft, ſo glaubten dieſe, der angeregte kirchliche Streit müßte nothwendig ein milderes Cenſurgeſetz herbeiführen.

Gott mag wiſſen, welcher von den Berliner Schriftſtellern zuerſt auf dieſe Idee verfiel und ſie in leiſen, ja man kann ſagen in ziemlich unſicheren Schattenriſſen der deutſchen Welt mittheilte. Genug dieſe Idee tauchte plötzlich auf und flog, als kaum der Puppe entſchlüpfter Schmetterling, in ſüddeutſche Blätter, bis wohin ihm dann natürlich die Flügel ſchon etwas gewachſen waren, ſo daß er ſie ſehr breit machte. Er flog von einem Blatte in das andere, und wirklich war man über ſein Erſcheinen ſo überraſcht, daß man ganz vergaß, zu prüfen, zu welcher Gattung dieſer Schmetterling gehöre.

Mit dieſer Unterſuchung beſchäftigte man ſich zuerſt in Berlin ſelbſt, und da ergab es ſich denn, daß er von der gewöhnlichſten Art war und eine Raupe zur Mutter gehabt hatte, wie man ſie überall in großer Menge vorfindet. Nach dieſer Entdeckung hätte man alſo die angeregte Idee gänzlich aufgeben ſollen, indeß dies geſchah

nicht, denn man ging dem Frühlinge entgegen, und in nördlichen Ländern, wo der Frühling eben nicht zu den Alltagserscheinungen gehört, knüpft man an diesen lachenden Jüngling fröhliche Aussichten für die Zukunft. Warum man dies gerade im Frühlinge 1838 in Berlin that, nimmt um so mehr Wunder, da etwa um dieselbe Zeit in verschiedenen deutschen Blättern (wenn wir nicht irren, zuerst im Frankfurter Journal) der Brief veröffentlicht wurde, welchen der Herr von Rochow, preußischer Minister des Innern und der Polizei, an den Kaufmann J. van Riesen in Elbing gerichtet hatte, und zwar als Antwort in Betreff der Addresse an die sieben Göttinger Professoren. Dieser Brief lautete wörtlich so:

„Ich gebe Ihnen auf die Eingabe vom 30. v. Mts., mit welcher Sie mir die, von mehreren Bürgern Elbings unterzeichnete Addresse an den Hofrath und Professor Albrecht überreicht

haben, hierdurch zu erkennen, daß mich dieſelbe mit unwilligem Befremden erfüllt hat. — Wenn ich annehmen will, daß es nur Gewiſſenszweifel geweſen, welche den Profeſſor Albrecht bewogen haben, die ihm angeſonnene Eideserklärung für unſtatthaft zu halten, ſo bin ich doch ſo weit entfernt, die in der Erklärung des Albrecht und ſeiner Göttinger Amtsgenoſſen ausgeſprochene Beurtheilung des Verfahrens Sr. Maj. des Königs von Hannover dadurch gerechtfertigt oder auch nur entſchuldigt zu finden, daß ich ſolche vielmehr für eine eben ſo unbeſonnene als tadelnswerthe und nach dieſſeitigen Landesgeſetzen ſelbſt ſtrafbare Anmaßung halte. Die Unterzeichner der Addreſſe laden daher mit Recht denſelben Vorwurf auf ſich, indem ſie jene Erklärung billigen und loben, und dadurch die Gründe derſelben zu den ihrigen machen. — Es ziemt dem Unterthanen, ſeinem Könige und Landesherrn ſchuldigen Gehorſam zu leiſten und ſich bei Beſol-

gung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit übernimmt, und es ziemt ihm nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen, und sich in dünkelhaftem Uebermuthe ein öffentliches Urtheil über die Rechtmäßigkeit desselben anzumaßen. — Deshalb muß ich es eine recht bedauerliche Verirrung nennen, wenn die Unterzeichner der Addresse in dem Benehmen der Göttinger Professoren eine Vertheidigung der gesetzmäßigen Ordnung, einen Widerstand gegen die Willkühr zu erkennen geglaubt haben, während sie darin ein unziemendes Auflehnen, ein vermessenes Unternehmen hätten wahrnehmen sollen. — Eines noch beklagenswertheren Irrthums haben Sie sich aber schuldig gemacht, wenn Sie wähnen, daß solche Gesinnungen und Ansichten von allen guten Bürgern und loyalen Preußen getheilt würden; dies ist —

Gottlob! — so wenig der Fall, daß ich überzeugt sein darf, selbst die große Mehrzahl werde Ihre Schritte ernstlich mißbilligen und beklagen, daß durch den Irrthum der unberufenen Urheber der Addresse die gute und patriotische Gesinnung der Stadt Elbing verdächtigt worden ist. — Ich überlasse Ihnen, diese meine Eröffnung den Unterzeichnern der Addresse bekannt zu machen. Berlin, den 15. Januar 1838. Der Minister des Innern u. s. w. (gez.) von Rochow."

Wie gesagt, nach der Veröffentlichung dieses Briefes an ein milderes Preßgesetz zu denken, war unter allen Umständen eine der abgeschmacktesten Ideen, wenn gleich bald darauf hin und wieder bemerkt wurde, in höheren Kreisen habe dieser Brief keine Billigung gefunden. Indeß abgesehen davon, trug auch die Tagesliteratur, namentlich aber die preußische Staatszeitung, einen Charakter an sich, der die Hoffnung auf eine freiere Presse in das Reich der Träume

verwies. In der Staatszeitung fand man Alles, nur keine Besprechung der zunächst liegenden Angelegenheiten, ja die Zeitung selbst wanderte von einem Redakteur zum anderen, oder umgekehrt, sie blieb an Ort und Stelle, aber ihre Redakteure wechselten so oft, daß man schon daraus den Schluß ziehen konnte, es sei immer noch unentschieden, welcher Geist in der Zukunft dies Organ beleben solle. In diesem Zustande des Zweifels befindet sich dieses Blatt bis diesen Augenblick, doch steht zu hoffen, daß sie mit dem Beginne des nächsten Jahres ihren halbofficiellen Charakter verlieren und in dieser Beziehung der „Preußischen Landeszeitung," welche eben mit dem kommenden Jahre ins Leben treten soll, weichen und dann vielleicht in Privathände gelangen wird. Merkwürdig bleibt es hierbei, daß Preußen mit mehr als deutscher Langmuth die Schmähungen und Angriffe der bayerischen Zeitungen ertrug und seiner eigenen Presse keine Wiedervergeltung

erlaubte. Erſt gegen Ende des Jahres ſoll es, wie man ſagt, geſtattet worden ſein, in den Antworten auf bayeriſche Artikel ſich freier bewegen zu dürfen.

Nicht ſo ſchlecht wie den Schriftſtellern erging es den Spekulanten mit ihren Hoffnungen, und zwar den Eiſenbahn-Spekulanten. Nach jahrelangem Berathen war man nämlich zu dem Entſchluſſe gekommen, das intelligente Preußen dürfe in den Eiſenbahnen, die in der Induſtrie unſer Jahrhundert eben ſo verewigen werden wie der Name Napoleons es in der Taktik verewigt hat, nicht zurückbleiben. Man nahm auch zuerſt große Anläufe und wollte ganz Preußen, d. h. den größeren öſtlichen Theil der Monarchie mit einem Bahnennetz überziehen, allein man ſtieß bei dieſem Unternehmen auf Hinderniſſe, ohne die Erdarbeiten begonnen zu haben. Dieſe Hinterniſſe gingen von der Poſt aus, die, obgleich die preußiſche Poſt eine Ehre in die möglichſt ſchnellſte

Beförderung der Reisenden setzt, doch deshalb von den Eisenbahnen nichts wissen wollte, weil sie eine Beeinträchtigung ihres Regals mit Recht befürchtete. Demnach kamen die weitaussehenden Pläne auf ganz kleine zurück, und man begnügte sich zuvörderst mit einer Eisenbahn zwischen Berlin und Potsdam, um einen Versuch im Kleinen zu machen.

Niemand wird uns zumuthen, ein Bild von der Langsamkeit zu entwerfen, mit welcher diese Unternehmung betrieben wurde, und wenn es irgend möglich wäre, das, was einmal geschehen ist, aus dem Gedächtniß der Mitwelt zu vertilgen, damit der Nachwelt der Stoff, der gerechteste Stoff zur grellsten und giftigsten Verspottung genommen werde: so müßte Jeder, der nicht ein besonderes Vergnügen darin findet, den kommenden Geschlechtern lächerlich zu erscheinen, von ganzem Herzen wünschen, daß der Eisenbahnskandal dieses Jahres, mit einem Mühlstein

daran, in das Meer der Vergessenheit gesenkt würde, und zwar an der Stelle, wo es am tiefsten ist. Das mag sehr hart klingen, aber es soll auch hart klingen, denn mit dem, was eben gesagt ward, ist das Jämmerliche der Sache noch gar nicht erschöpft. Wir würden über diese Angelegenheit, obgleich sie unter den sogenannten Lebensfragen der civilisirten Welt die erste Stelle einnimmt, geschwiegen, sie wenigstens in solcher Weise nicht besprochen haben, hätte man in Deutschland mit diesem Riesenunternehmen den ersten Anfang gemacht, wären nicht Musterbilder in England und Belgien (der nordamerikanischen gar nicht zu gedenken) vorhanden, und gäbe es nicht in Deutschland selbst einige kleinere und einen großen Staat, in denen man mit Glück und Erfolg den Eisenbahnenbau betrieben hat und noch betreibt. Eben weil so nahe Beispiele vorliegen, ist die Langsamkeit der meisten anderen deutschen Staaten nicht zu entschuldigen, und

am allerwenigsten zu entschuldigen ist es, wenn kleinliche Rücksichten, Privatinteressen, Ränke aller Art, Habsucht, Neid und der schmutzigste Egoismus dabei im Spiele sind. Daß es mit den bloßen Worten: „Kommt, wir wollen eine Eisenbahn bauen!“ — nicht abgethan ist, daß vielmehr ein solches Unternehmen reiflicher Ueberlegung und vor allen Dingen der Leitung erfahrener Männer bedarf, versteht sich von selbst; aber jahrelanges Berathen, Zeitungs- und sonstige Berichte, die oft länger sind als die projektirte Bahn, Aktienschwindeleien und ermüdende, oft mit großen Kosten verknüpfte Versammlungen, die bisher großentheils ausgegangen sind wie das Schießen bei Hornberg, diese Dinge und Uebel sind dazu nicht nöthig. Sie, aber nicht die Erdarbeiten, sind die einzigen und wahren Hindernisse, was sich recht deutlich dadurch herausstellt, daß gerade in den Staaten, wo man, statt viel zu schreiben und lange zu berathen,

rüstig ans Werk ging, und nicht ausposaunte, was man vollbringen wollte, sondern es ernst und ruhig vollbrachte, die Eisenbahnen am glücklichsten gediehen sind und zu den überraschendsten Resultaten geführt haben.

So viel im Allgemeinen über dieses Thema, auf das wir bei der Erwähnung anderer Staaten noch einmal, in schlimmer und guter Weise, zurückkommen müssen. Um nun von der Bahn von Berlin nach Potsdam zu reden, so wandelte man bei dieser den angedeuteten Weg, d. h. man kam nicht von der Stelle, erzählte täglich in den öffentlichen Blättern, wie einträglich das Unternehmen sein würde, wenn es erst in vollem Gange wäre, berichtete, wie weit die Arbeiten vorgeschritten, oder daß sie durch dieses oder jenes unvorhergesehene Hinderniß gestört worden (und dies trat wirklich einigemal durch Regen und Ueberschwemmungen ein), und solchergestalt wußte man jeder Zeit andere Entschuldigungsgründe.

Dem Publikum war aber damit keineswegs gedient, es murrte, und siehe, da griff man zu anderen Mitteln: man zeigte nämlich den Ungeduldigen die Lokomotive, um ihnen einen Vorgeschmack von der künftigen, schnellen Beförderung nach Potsdam zu verschaffen. Solcher Genuß kostete aber, wie alle Genüsse in Berlin, Geld, und die Direktion der Eisenbahn schlug, um sprichwörtlich zu reden, zwei Fliegen mit einer Klappe, sie beruhigte die Gemüther und hatte noch eine ansehnliche Einnahme.

Endlich wurde die Hälfte der Bahn fertig, und nun prüften die Unternehmer die Sache eine Zeit lang, ehe das Publikum an dieser Prüfung Theil nehmen konnte. Die civilisirten und intelligenten Berliner kamen bei dieser Prüfung am schlechtesten weg, denn da die vollendete Hälfte der Bahn von Potsdam bis zur nächsten Station, dem Dorfe Zehlendorf, sich erstreckte: so mußten die Berliner erst vier Poststunden zu

Wägen machen, ehe sie einige zwanzig Minuten auf der neuen Eisenbahn fahren konnten. Indeß war der Andrang doch so groß, daß die Direktion sich mit Vollendung der ganzen Bahn beeilte. Dies Ziel hat man jetzt erreicht, und, wie aus öffentlichen Berichten hervorgeht, ist man im Allgemeinen mit dem Resultate zufrieden.

Diese Zufriedenheit äußert sich jedoch nur bei den Mitgliedern des Vorstandes, keineswegs aber im Publikum. Dies wurde seit dem kurzen Bestehen der Bahn durch die Grobheit der Beamten, durch die Fehler, welche sich die Maschinenmeister zu Schulden kommen ließen, und durch einige, zum Glück nicht bedeutende Unfälle einzelner Personen bereits so eingeschüchtert, daß, wie man hört, der Zudrang schon jetzt sehr abnimmt und statt der Theilnahme sich eine unverkennbare Lauheit zeigt. Hierzu kommen freilich noch andere Gründe als die schon angegebenen, nämlich einmal die traurige Erfahrung, daß man

ſtatt 38 oder 40 Minuten, innerhalb welcher ſonſt der Weg zwiſchen Berlin und Potsdam zurückgelegt ward, jetzt zwei Stunden und darüber nöthig hat, und dann, daß das jetzt erſchienene Eiſenbahngeſetz zwar die Anlage neuer Eiſenbahnen durch neue Geſellſchaften geſtattet, dieſe aber im Weſentlichen ſo von der Poſt abhängig macht, und dem Gutdünken der Regierung ſo unterordnet, daß ſich ſchwerlich viele Liebhaber zu neuen Bahnanlagen finden werden.

Schon die einzige Beſtimmung des §. 42 des neuen Geſetzes:

„Dem Staate bleibt vorbehalten, das Eigenthum der Bahn mit allem Zubehör gegen vollſtändige Entſchädigung anzukaufen.“ —

legt dem Unternehmungsgeiſte gewaltige Hemmſchuhe an, wiewohl gleich hinterher beſtimmt wird, daß dieſe Abtretung erſt nach Verlauf von dreißig Jahren, von dem Zeitpunkte der Transporteröffnung an, gefordert werden kann. Dadurch

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MÜNCHEN

ſcheint man die Luſt zu neuen Bahnanlagen begünſtigen zu wollen, aber es ſcheint nur ſo; denn die Anlage einer Eiſenbahn erfordert ein Drittel eines Menſchenalters, ehe man zu einem ordentlichen Reſultate gelangen kann, und wenn nun ein Familienvater denkt, er habe den Seinigen eine ſichere Einnahme durch thätigen Antheil an einem ſo großartigen Unternehmen geſichert, ſo kann nach Verlauf von zwanzig und weniger Jahren dieſe geſicherte Einnahme oder der ungleich größere Gewinn aus einem, verhältnißmäßig kleineren Kapitale aufhören, und zwar auf Grund eines beſtehenden Geſetzes.

Von dem langen Geſetze, das, beiläufig geſagt, aus 49 Paragraphen beſteht, haben wir hier nur einen Punkt herausgehoben, in der Ueberzeugung, daß dieſer eine Punkt hinreichen dürfte, um ſich einen ohngefähren Begriff von dem Geiſte des ganzen Geſetzes zu machen. Es iſt, man mag es mit noch ſo günſtigen Augen anſe-

hen, durchaus nicht darauf berechnet, dieſem, für die eigentlichen Volksintereſſen ſo bedeutungsvollen Induſtriezweige die Hand zu bieten, und deshalb dürfte an ein Eiſenbahnnetz über den öſtlichen Theil der preußiſchen Monarchie nicht zu denken ſein. Die jetzt beſtehende Bahn zwiſchen Berlin und Potsdam kann, ſobald nicht eine Vereinigung der anſehnlichſten Provinzialſtädte mit der Hauptſtadt eintritt, für nichts anderes als eine Spielerei im Großen angeſehen werden; auch ſcheint man ſie an Ort und Stelle für nichts anderes zu halten, denn ſonſt würde man ernſtlich darauf bedacht geweſen ſein, Böcke zu vermeiden, die eine an ſich würdevolle Sache zur Lächerlichkeit herabziehen.

Die bisher über Preußen mitgetheilten Nachrichten bezogen ſich auf die kirchlichen Verhältniſſe, auf die Hoffnungen leichtgläubiger Schriftſteller in Betreff eines milderen Preßgeſetzes und auf die Ausſichten, welche ſich der Spekulations-

geist für die Zukunft von den Eisenbahnen machte. Nimmt man an, daß in diesen, ihrer Natur nach so verschiedenen Angelegenheiten manche Wünsche auftauchten, so läßt sich jetzt am Schlusse des Jahres das Resultat dahin angeben, daß keiner dieser Wünsche erfüllt wurde. Von einem Preßgesetze ist nicht mehr die Rede; wie es mit den Eisenbahnen steht, haben wir gesehen, und in Bezug auf die kirchliche Sache ist jetzt, um die Mitte des Decembers noch nichts entschieden. Unangenehm mußte es übrigens berühren, daß, während man mit Rom in Zwiespalt gerathen war, namentlich in Schlesien die Alt-Lutheraner oder Separatisten ihr Wesen trieben, und dies war nicht etwa deshalb verdrießlich, als ob diese Sekte jemals der Staatsgewalt hätte gefährlich werden können, sondern vielmehr des Stoffes halber, der durch Verfolgung dieser Leute von Seiten der Behörde den Anhängern der römischen Kirche gegeben wurde, um die Duld-

ſamkeit der preußiſchen Regierung anzugreifen. Jene Separatiſten, friedfertige, arbeitſame Menſchen, ſind nach Auſtralien ausgewandert, und haben dadurch, daß ſie ſich lieber einem ganz unſicheren Schickſale preisgaben als den ihren Anſichten widerſprechenden Geſetzen ſich fügten, den Beweis geliefert, wie ſchwer, ja wie unmöglich es iſt, gegen eine feſtgewurzelte Meinung mit äußerer Gewalt anzukämpfen.

In die Geſpräche und Betrachtungen über alle dieſe Ereigniſſe traten inzwiſchen auch glänzende Erſcheinungen, und etwa um die Mitte des Jahres hatte Berlin ein ſeltenes Schauſpiel. Die erſte Scene deſſelben begann mit der Ankunft der ruſſiſchen Herrſcherfamilie, und nach und nach ſtrömten der Reſidenzſtadt Preußens ſo viele regierende Häupter, Fürſten, Diplomaten und andere hochgeſtellte Perſonen zu, daß es allgemein hieß, es finde dort ein Fürſtenkongreß ſtatt, um die wichtigen politiſchen Fragen

Europa's zu beſprechen und den ſchwankenden Zuſtand der Dinge zu befeſtigen. Dieſe Gerüchte wurden dann wieder durch andere verdrängt, man ſprach von engen Familienverbindungen, und dazu war Grund genug vorhanden, denn es fehlte nicht an erlauchten Damen, die zur Zeit noch unvermählt waren. Indeß alle, theils aus guter Quelle gefloſſenen, theils noch der Beſtätigung bedürfenden Nachrichten löſ'ten ſich in Nichts auf, ja man ſchrieb ſogar aus Berlin, in den höchſten Cirkeln werde durchaus nicht von Politik geſprochen; man beſchränke ſich vielmehr auf Familienfeſtlichkeiten und wolle die Heiterkeit derſelben nicht mit Sorgen trüben. Der Nachſatz dieſes Berichts giebt ihm eine gewiſſe Bedeutung, denn es iſt darin ausgeſprochen, daß politiſche Unterhaltungen Sorgen hervorrufen, Beweis genug, daß der Stand der Verhältniſſe eben kein erfreulicher war.

Was nun die Festlichkeiten anbetrifft, womit sich die hohen Gäste unterhielten und durch welche sie unterhalten wurden, so bedarf es eben keines großen Scharfsinns, um diese zu errathen. Militärische Schauspiele aller Art wechselten, und die Festung Spandau, deren Erstürmung vor 25 Jahren den Russen und Preußen viel Blut gekostet haben würde, wäre sie nicht von den Franzosen übergeben worden, wurde diesmal ohne Blutvergießen erstürmt, weil die Vertheidiger derselben angewiesen waren, sie erstürmen zu lassen. Bei diesen militärischen Schauspielen, Manövern, Paraden u. s. w. spielten zum Theil auch die höchsten Herrschaften eine Rolle, und dies thaten auch Se. Majestät der König von Hannover, aber ohne sich von den zahlreich versammelten Zuschauern des Beifalls zu erfreuen, mit welchem der Kaiser von Rußland zu wiederholten Malen begrüßt wurde. Ob die Berliner dies in der Zerstreuung vergaßen, oder ob sie dazu

besondere Gründe hatten, weiß man nicht; es ist dies auch ganz gleichgültig; genug, es ist geschehen, wenigstens haben es verschiedene Zeitungen berichtet. Für die letzteren war diese Fürstenversammlung überhaupt eine ergiebige Erndte, und als sie sich ihrem Ende nahte und sich die hohen Herrschaften nach allen Himmelsgegenden wieder zerstreuten: da las man manchen seltenen Zug von diesem oder jenem gekrönten Haupte, zahlreiche Geschenke, Handlungen der Wohlthätigkeit und Ordensvertheilungen, bei welchen besonders auch die Berliner Polizei von Seiten des russischen Kaisers bedacht worden war.

Nach der Abreise der hohen Häupter schien Berlin wie verödet, und diejenigen, denen Beruf oder Mangel an Geldmitteln es verboten, eine sogenannte Badereise zu machen, würden, bei lebhafter Erinnerung des so schnell entschwundenen Glanzes, vor langer Weile gestorben sein, hätten sie nicht in den öffentlichen Blättern die

herrlichſte Unterhaltung gefunden. Zuerſt die Reiſe des ruſſiſchen Kaiſers und ſeiner Gemahlin, dann die des Großfürſten Thronfolgers, die Beſchreibung der Anſtalten und die Vorbereitungen zu ihrem Empfange, die endloſen Badeliſten, und dann die großen Vorrichtungen, welche zur Krönung des öſterreichiſchen Kaiſers zum König der Lombardei gemacht wurden. So unterhielten ſich die genügſamen Leute in der Hauptſtadt und in den Provinzen, hörten von Zeit zu Zeit einige Stoßſeufzer aus Köln und Poſen, oder wirkliche Klagen aus Oſtpreußen, bis ſich endlich der Sommer ſeinem Ende nahte, wo theils die Militärfeſte bei Magdeburg, theils die Ankunft der ruſſiſchen Herrſcherfamilie in Potsdam wieder neues Leben hervorriefen. Diesmal waren auch die beiden ruſſiſchen Großfürſtinnen ihren erlauchten Eltern entgegengereiſ't; ſie trafen ſich in Potsdam, und da der Kronprinz von Bayern auch dort anlangte, und, wohl zu merken, der

ruſſiſche Kaiſer längere Zeit in Bayern geweſen war und ſich dort beſonders über die Artillerie ſehr belobigend ausgeſprochen hatte; ſo verkündigte man als lautere Wahrheit: der Kronprinz von Bayern würde ſich mit einer der ruſſiſchen Großfürſtinnen verloben. Daß dieß unbedingt geſchehen müſſe, darauf hätte damals Jedermann einen körperlichen Eid abgelegt, jetzt aber weiß die ganze Welt, daß es nicht geſchehen iſt. Man ſieht daraus, daß es gut iſt, die Zeit abzuwarten, und ihr nicht mit ſeinem Urtheile vorzugreifen. Uebrigens dauerten diesmal die Feſtlichkeiten nicht lange, die ruſſiſche Herrſcherfamilie reiſ'te ab; es trat die alte Ruhe wieder ein, und man wandte ſich nun mit allem Ernſte beſonders den kirchlichen Dingen zu.

Während ſich die preußiſche Regierung hiermit faſt ausſchließlich beſchäftigte und noch beſchäftigt, hat ſie noch außerdem zwei Schritte gethan, die in der deutſchen Welt mit allgemeinem Beifalle

aufgenommen worden ſind. Zuerſt hat der König durch eine beſondere Kabinetsordre das Geſetz aufgehoben, welches bisher der ſtudirenden Jugend Preußens den Beſuch fremder Univerſitäten unterſagte, und dann hat das preußiſche Kabinet in Verbindung mit dem öſtreichiſchen, eine ernſte Note an den König von Hannover ergehen laſſen, worin dieſer an ſeine Pflicht als Mitglied des deutſchen Bundes und zugleich daran erinnert worden iſt, ſeinen Unterthanen keine Veranlaſſung zur Unzufriedenheit zu geben.

Dieſer, in jeder Beziehung wichtige Akt führt uns auf die Verhältniſſe Hannovers, die, wie wir bereits am Anfange dieſer Blätter geſehen haben, eben nicht ſehr beneidenswerth waren und eine düſtere Zukunft erwarten ließen. Die Abſendung der ſieben Göttinger Profeſſoren (Dahlmann, Albrecht, Ewald, Weber, Gervinus und Jakob und Wilhelm Grimm) und die Verweiſung einiger derſelben aus dem Königreiche hatte

Göttingen in tiefe Trauer verſetzt, die nicht etwa eine vorübergehende war, ſondern ſich aller Gemüther ſo dauernd bemächtigte, daß ſelbſt, zum größten Leidweſen der tanzluſtigen Damen, die ſonſt üblichen Weihnachtsbälle großentheils unterblieben oder doch höchſt ſparſam ſtattfanden.

Indeß Göttingen war nicht allein mit Trauernden und Wehklagenden angefüllt, nein im ganzen Lande herrſchte eine drückende Stimmung, die ſich auch der Beamten- und Militärwelt mittheilte, als die Regierung mit neuen Geſetzen, beſonders mit einer ſogenannten Kleiderordnung hervortrat. Dieſe Kleiderordnung ſetzte nicht nur eine beſtimmte Uniform für die Civildienerſchaft und Ritterſchaft feſt, ſondern ſie beſtimmte auch, daß ſich jeder dieſe, genau vorgeſchriebene Kleidung bis zum 15. Februar für ſein Geld angeſchafft haben ſollte. Der letzte Punkt war für Viele ein Stein des Anſtoßes, ja ein faſt unüberwindliches Hinderniß für den, der bereits

bei seinem Schneider gut angeschrieben stand und im Voraus überzeugt war, er würde den Hartherzigen zu keinem neuen Kredit bewegen. Und doch war er genöthigt, Schulden zu machen, er mußte in diesen saueren Apfel beißen, und konnte sich vielleicht nur mit dem Gedanken trösten, daß eben diese Schulden mit der Erfüllung seiner Dienstpflicht im engsten Zusammenhange ständen.

Für die Militärpersonen lag der Grund zur Unzufriedenheit theils auch in der Kleidung, denn die rothen Uniformen, für die hannöversche Armee eine große geschichtliche Erinnerung, sollten dem solideren, preußischen Dunkelblau weichen, mehr aber noch in der grausamen Verfügung, daß den Offizieren in Zukunft nur ein 14tägiger Urlaub gestattet sein sollte. Wer ihn auf längere Zeit ausgedehnt haben wollte, dem stand der Verlust seines Soldes auf ein halbes Jahr bevor, und wem es gar einfiel, um einen Urlaub auf sechs Wochen zu bitten, der sollte zwar nicht vergeb-

lich gebeten haben, aber ein ganzes Jahr hindurch keinen Groschen Sold erhalten. Wie niederschlagend diese Bestimmung für die Offiziere sein mußte, bedarf eben nicht ausführlicherer Erörterung, denn der Sold eines Offiziers ist so knapp zugemessen, daß man eher einen weißen Raben als einen Lieutenant finden wird, der im Stande ist, bei seinem kärglichen Gehalte noch zu sparen. Wer nicht von den Eltern oder Angehörigen Zuschuß und nicht, wie das bisher in Hannover üblich war, die Aussicht hatte, als Beurlaubter jährlich eine Zeit hindurch im elterlichen Hause zu leben, der mußte Schulden machen. Uebrigens kann ein Lieutenant in dieselbe Verlegenheit kommen, in welche zufällig die hannöversche Civildienerschaft gekommen war, d. h. Ehre und Dienstpflicht können ihn zum Schuldenmachen zwingen, wobei wir nur an die Diners oder Abschiedsmähler oder Bälle erinnern, die einem verdienstvollen Obristen oder General

einmal Ehre halber gegeben werden müssen, dann aber auch, um das große Verdienst anzuerkennen, daß er für Gott, König und Vaterland gefochten habe. Solche erhabene und zweckmäßige Schmausereien darf nicht gut ein Offizier versäumen, und wenn ihm die Mittel dazu fehlen, so muß er sich Ehre halber bemühen, sie herbeizuschaffen.

So war also durch erlassene Gesetze und Verordnungen die Civil- und Militärwelt Hannovers nicht in der besten Laune, diejenigen ausgenommen, welche so viel Geld und so ausgezeichnet loyale Gesinnungen besaßen, daß jene äußere Moral mit dieser inneren nicht in Widerspruch kam. Damit nun denen, die etwa gegen diese Gesetze unterthänige Vorstellungen einreichen würden, hierzu wenig oder gar keine Zeit gelassen werde, so folgte ein Gesetz dem anderen, und sämmtliche trugen den Charakter an sich, die guten alten Tage der Adelsherrschaft, der Zöpfe

und Rohrstöcke, der Leibeigenschaft, und wie die Dinge und Institute alle heißen, die dem Mittelalter und dem vorigen Jahrhundert solchen eigenen Reiz verliehen, wieder einzuführen. Es sollte ganz besonders das alte Unterthänigkeitsverhältniß und mit diesem die Rechte des Adels, als der Stütze des Thrones, wieder hergestellt werden, und in Bezug auf das Erstere erschien denn auch alsbald eine Verordnung, in welcher die bisherigen Staatsdiener in Königliche Diener umgetauft wurden, mit der Erklärung, daß Staatsdiener und Königliche Diener ein und dasselbe seien. Auf den Namen kommt im Allgemeinen nicht viel an, daß er aber im vorliegenden Falle eine tiefere Bedeutung hatte, ging daraus hervor, daß dieselbe Verordnung zugleich auch alle königlichen Diener des, auf das aufgehobene Staatsgrundgesetz geleisteten Eides entband. Eine solche Verordnung erinnerte recht lebhaft an den Ablaßhandel, nur daß hier für

die Eidesentbindung kein Geld, sondern blinder Gehorsam für das verlangt wurde, was etwa nach jener Eidesentbindung noch Alles gefordert werden sollte.

Während solchergestalt durch diese und ähnliche Gesetze das Kabinet deutlich offenbarte, was es eigentlich bezwecke, ward rastlos an dem Entwurfe zu der neuen Verfassung gearbeitet, mit deren Berathung die Stände beauftragt werden sollten. Man kehrte sich während dieser Arbeit an vielerlei Ausbrüchen des Unwillens sehr wenig, und das Volk selbst blieb eigentlich in den Schranken, weil man immer noch der Meinung war, die Stände würden kräftig gegen alle diese Akte der Willkühr einschreiten. Endlich erschien am 7. Januar die königliche Verfügung, welche die Stände von 1819 einberief. Als Eröffnungstermin ward der 20. Februar angesetzt. Mit dieser Ständeeinberufung gab das Kabinet das Signal zu der lauteren Aeußerung der Volks-

meinung, die ſich jedoch ſchon vorher laut genug durch die Weigerung, die Huldigungsreverſe zu unterſchreiben, ausgeſprochen hatte.

Es begann nun bei den Wahlen ſich ein eigener Geiſt zu regen. War eine Wahl irgendwo zu Stande gekommen, oder ſtand ſie auf dem Punkte, zu Stande zu kommen: ſo erhob ſich ein energiſcher Mann, legte dagegen Proteſtation ein und erklärte den Wahlakt für null und nichtig. Man berief ſich hierbei, und zwar mit gutem Rechte, daß nur nach der Verfaſſung von 1833 gewählt werden könne, da dieſe aber aufgehoben ſei, ſo könne eben kein Wahlakt vollzogen werden. Solches geſchah in vielen Städten, und oben an vor allen Korporationen ſtand Osnabrück, deſſen Gemeinderath ſich des Raths eines tüchtigen, vielerfahrenen Mannes, des berühmten Stüve erfreute. Proteſtationen folgten auf Proteſtationen, und obgleich die Regierung in einigen Städten ihren Willen durchſetzte, und

dieſe namentlich mit der Drohung zwang, ihnen die ſtehende Garniſon zu entziehen, mehreren auch wirklich die Garniſonen entzog: ſo waren dieſe Zwangsmaßregeln doch nicht hinreichend, um den Geiſt der Unzufriedenheit auch nur einigermaßen zu unterdrücken.

Unter ſolchen Auftritten und Umtrieben rückte der **20.** Februar heran und es erfolgte zwar von Seiten des Königs eine pomphafte Eröffnung der Stände zu Hannover, aber die eigentliche Ständeverſammlung ſelbſt ſah in Bezug auf die Zahl der verſammelten Mitglieder ſehr kläglich aus. Nicht ſo verhielt es ſich mit der Stadt Hannover ſelbſt, denn nach derſelben waren noch vor der Eröffnung der Kammern zahlreiche Streitkräfte zuſammengezogen worden, ſo daß Viele glaubten, man wolle die ankommenden Deputirten mit vollſtändiger Janitſcharen-Muſik begrüßen.

Hätte man wirklich dieſe Abſicht gehabt, ſo würden die Begrüßungsfanfaren oder ſonſtige Muſikſtücke kein Ende genommen haben, denn die Deputirten zogen ſehr ſparſam ein, weil ſich viele Städte direkt weigerten, überhaupt einen Abgeordneten zu ſchicken. Von denjenigen jedoch, die wirklich angekommen waren, mußte alsbald wieder ein Theil die Stadt, oder wenigſtens die Ständeverſammlung verlaſſen, denn da ſie theils aus eigenem Willen den Entſchluß gefaßt hatten, gegen die Aufhebug der Verfaſſung von **1833** zu proteſtiren, theils hierzu von denen, welche ſie zur Vertretung ihrer Willensmeinung und ihres Rechtes abgeſandt, beſonders beauftragt waren.

Auf dieſe Weiſe hatte das Ständehaus lange Zeit hindurch die größte Aehnlichkeit mit einem Bienenkorbe; Deputirten kamen und zogen davon, denn es geſchahe, daß einige Wahlen zu wiederholten Malen verworfen oder kaſſirt, anderen

Gewählten aber der Urlaub von ihren Dienstgeschäften verweigert wurde, was dann nicht ganz wie eine Wahlverwerfung aussah, aber doch eine war. Als man endlich in solcher Zahl beisammen war, um gesetzlich an sich selbst die Frage richten zu können: „Was wollen wir — und wer sind wir denn eigentlich?“ — da ging der wahre Skandal erst an. Dem Willen des Königs zufolge sollten sie, als Abgeordnete des Volks, die neue Verfassung berathen, indeß sie sahen ein, daß sie keine Volksvertreter seien, denn diese konnten nur nach der, von allen anerkannte Verfassung von 1833 gewählt werden. Da sie sich nun nicht für Deputirte hielten, so sprachen sie sich auch das Recht ab, irgend einen Gegenstand, am allerwenigsten eine Verfassung zu berathen.

Dieses Hin- und Herreden dauerte einige Wochen, da wurde dem Kabinette die Zeit lang, und es erschien ein königliches Schreiben, welches

dieſem ſchwankenden Zuſtande ein Ende machen ſollte. In dieſem Schreiben hieß es ganz kurz: „daß die, den Unterthanen vortheilhaften Grundſätze der neuen Verfaſſung auch dann zur Anwendung gebracht werden ſollen, wenn die Allgemeine Ständeverſammlung ſie nicht annehme.“ — Jetzt fielen denjenigen, die bisher Schuppen auf den Augen gehabt hatten, dieſe plötzlich herab, ſie ſahen die ganze Ständeverſammlung für ein Marionettenſpiel an, und ohne Zweifel hätte gleich nach dem erwähnten königlichen Schreiben die Mehrzahl von ihnen den Ständeſaal und nach dieſem die Reſidenzſtadt Hannover verlaſſen, wäre nicht glücklicher Weiſe, nach langen vergeblichen Anſtrengungen, der Deputirte der Stadt Göttingen, der wackere Hugo eingetroffen. Auf den erſten Blick erkannte er die Lage der Dinge, brachte es aber durch kräftige Worte dahin, daß ſämmtliche Mitglieder, mit Ausnahme von zweien, erklärten: ſie wären, ſtreng genommen, zwar

keine Stände, aber als Landesdeputirte hätten sie das Recht, das zu berathen, was zum Besten des Volks diene.

Man glaubte auch, nach dieser freisinnigen Erklärung würde eine energische Thätigkeit der Stände eintreten, allein die das glaubten, bedachten nicht, wie schwer es selbst einem energischen Manne wird, seine Meinung zur allgemein gültigen zu erheben. Wir wollen hiermit nicht gesagt haben, daß jene wackeren Männer der hannöverschen Kammer, welche mit Kraft und Entschlossenheit, ohne alle Furcht, ja ohne auch nur im mindesten an sich und ihre Privatverhältnisse zu denken, für das Recht fochten und immer nur die Wiederherstellung der vernichteten Verfassung im Auge hatten, ihre kostbare Zeit mit unnützer Streitigkeit hingebracht, nein, sie fanden Widerstand an den Freunden des Kabinets und an denen, die aus zu weit getriebener Aengstlichkeit keinen Entschluß fassen können, auch

wenn sie sich im Rechte befinden. Dies offenbarte sich übrigens sehr deutlich bei der Berathung der Antwortaddresse, die unter den obwaltenden Umständen nicht anders als „ledern" ausfallen konnte. Sie war ohne Kraft und Saft, wie eine Spitalsuppe, und durfte höchstens als Beweis dienen, daß man es auch in Hannover aus dem Grunde verstehe, mit vielen Worten Nichts zu sagen. In der ersten Kammer, obgleich dort viele Freunde des alten Feudalsystems saßen, fand sich auch kein bestimmter Wille, und fast lächerlich schien es, als die dort sitzenden Herren sich ernstlich bemühten, eine Erklärung zu geben. Sie wollten, wenigstens Einige von ihnen, das, was durch den Willen des Königs geschehen war, nicht verwerfen, aber sie wollten es auch nicht direkt gut heißen. Das war in der That eine arge Verlegenheit, aber die Hoch- und Hochwohlgeborenen wußten sich zu helfen; sie nahmen zum Zartgefühl ihre Zu-

flucht und erklärten: „Wenn es Sr. Majestät, dem Könige, zugemuthet werden könnte, das, was Allerhöchstdieselben einmal auszusprechen geruhten, zurückzunehmen, so würden sie ohne Weiteres einige Einsprüche gegen die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes erheben.“ Das war in der That eine sehr delikate Erklärung, und diejenigen Mitglieder der ersten Kammer, welche dieselbe eine auf Schrauben gestellte nannten, bekundeten damit, daß sie von sogenannten geschraubten Erklärungen äußerst mangelhafte Begriffe hatten.

Während solchergestalt von den Ständen nichts geschehen war, auch nichts geschehen konnte, hatten sich in den beiden ersten konstitutionnellen Staaten des südlichen Deutschland, in Würtemberg und Baden, wo gerade außerordentliche Landtage, hier der Eisenbahn, dort eines Strafgesetzes wegen, zusammengerufen worden waren, kräftige Stimmen für die Wiederherstellung der

vernichteten Verfassung Hannovers erhoben, und besonders war es in der badischen Kammer der freisinnige und beredte Deputirte von Itzstein, der in einfachen und kräftigen Worten daran mahnte, daß die Vorgänge in Hannover nicht Hannover allein, nein daß sie das gesammte konstitutionelle Deutschland angingen, und daß, wolle man nicht den Vorwurf strafwürdiger Gleichgültigkeit gegen die heiligsten Interessen auf sich laden, es Pflicht sei, auf gesetzlichem Wege bei der hohen deutschen Bundesversammlung dahin zu wirken, daß sie einschreite und den früheren Rechtszustand in Hannover wiederherstelle.

Solche Worte waren freilich einigen Ohren nicht angenehm zu vernehmen, indeß die Mehrzahl des deutschen Volks begrüßte sie um so mehr mit Jubel, da sie nichts weiter als Gerechtigkeit forderten, und denen, die da wähnten, es sei der Gemeingeist unter den Deutschen hinübergeschlummert, die Ueberzeugung gaben, es fehle nicht an

Männern, welche, die hohe Würde der Gesetzlichkeit anerkennend, für sie und durch sie geschirmt in die Schranken treten würden. Ganz besonders aber richtete die Art und Weise, wie man sich überall, wo nicht absolute Hindernisse obwalteten, der hannöverschen Sache annahm, die muthlosen Gemüther in Hannover selbst auf, und man hoffte, der Bundestag werde sich zu Gunsten des Staatsgrundgesetzes aussprechen.

Es dauerte auch nicht lange, so waren im Königreiche Hannover verschiedene Gerüchte dieser Art in Umlauf, die, wie natürlich, bis in die höheren und höchsten Kreise drangen und hier nicht mit sonderlichem Gefallen aufgenommen wurden. So hieß es unter anderm: „man habe sich von Seiten eines mächtigen süddeutschen Hofes dahin ausgesprochen, daß die Bundesversammlung, einmal mit der Sache befaßt, sich nicht dem staatsgrundgesetzlichen Rechtszustande zuwider aussprechen könne.“ — Mit an-

deren Worten und nicht in diplomatiſche Baumwolle gewickelt, hieß das ungefähr ſo viel als: ſollte man ſich von Seiten des Bundestages mit der hannöverſchen Sache beſchäftigen, ſo könne man unmöglich den Grundſätzen des anerkannten deutſchen Staatsrechts entgegen handeln, ſondern man müſſe den König von Hannover als Mitglied des deutſchen Bundes auffordern, ſeiner Pflicht nachzukommen und ſich dem angenommenen Geſetz zu fügen. —

In den höchſten Kreiſen zu Hannover erkannte man auch ſehr gut, daß ſolche Gerüchte noch anſteckender ſeien als die Cholera, und deshalb hatte man nichts Eiligeres zu thun als der Polizei den Befehl zu geben, den Urheber des vorhin erwähnten Gerüchts, „daß ein mächtiger ſüddeutſcher Hof u. ſ. w.“ — auszuſpüren und ſelbigem, wenn man ſeiner habhaft werde, eine ſtille Wohnung anzuweiſen. Einer deutſchen Polizeibehörde einen ſolchen Befehl zu geben, iſt an

ſich ſchon ſonderbar, aber noch ſonderbarer iſt es, wenn man glaubt, daß ſie ihn wirklich ausführen könnte. Es giebt zwar recht kluge und pfiffige Leute unter den Polizeibeamten, und in Deutſchland giebt es auch einige Staaten, wo eben dieſe Beamten Gelegenheit erhalten, ihre Naturgaben oder erlernten Künſte auf erlaubte und unerlaubte Weiſe auszubilden und zu erweitern: aber ſo weit haben es die Herren, Gott ſei Dank! — noch nicht gebracht, daß auch die Gedanken in des Herzens verborgenſten Tiefen von ihnen erſpäht würden. Sie ſind zoll- und polizeifrei, und das war damals und iſt auch noch in Hannover der Fall, und aus dieſem Grunde blieben die polizeilichen Bemühungen vergebens und der Urheber jenes Gerüchts ward nicht entdeckt.

Inzwiſchen war man endlich in der zweiten Kammer auf das Thema gekommen, worüber vor allen Dingen berathen werden ſollte, nämlich

auf die neue Verfaſſung, die ſehr viel anmuthige Paragraphen enthielt und lang genug war, um ein Königreich und die darin wohnenden Unterthanen oder Staatsbürger glücklich zu machen. Indeß gerade bei dieſer Berathung ſtieß man wieder auf daſſelbe Hinderniß, welches ſich ſchon bei einigen oder faſt allen Wahlen gezeigt hatte. Man hielt ſich nämlich nicht für befugt oder kompetent, über die Verfaſſung zu berathen, denn dazu, meinte man, ſeien nur wirkliche, nach einem beſtehenden Staatsgrundgeſetze gewählte Abgeordneten befähigt, dieſe ſeien ſie aber nicht, und folglich ſtehe es auch nicht in ihrer Macht, den ihnen vorgelegten Verfaſſungsentwurf zu prüfen. Hierüber ward heftig geſtritten, bis man auf den Gedanken kam, dieſe ganze Frage auf ſich beruhen zu laſſen.

Jedoch fehlte viel, daß alle Abgeordneten dieſe Anſicht theilten, im Gegentheil, einige eiferten ſehr heftig dagegen, und unter dieſen beſonders

Hugo und Honstedt, die auch, als sie sahen, daß ihre Ansichten nicht die Mehrheit der Stimmen erhielten, den Ständesaal verließen und sofort von Hannover abreis'ten. Die zweite Kammer gerieth darüber in einige Verlegenheit, wenn sie überhaupt noch in Verlegenheit gerathen konnte, und um doch etwas zu thun, richtete sie an das Kabinet ein Schreiben, das war nicht kalt und nicht warm, nicht süß und nicht bitter, sondern mehr ein räthselhaftes Ding, in welchem mit Umschweifen erklärt ward: man hoffe, diejenigen Korporationen, welche noch keine Deputirten gewählt (und deren gab es noch eine ziemliche Anzahl), würden bald zur Wahl schreiten; diejenigen aber, deren Wahlen höheren Orts kassirt worden waren, würden sich zu neuem bequemen. Ohne Zweifel wollte man mit diesem Schreiben nur andeuten, man könne jetzt über die Verfassung nicht berathen, da die Zahl der Deputirten noch lange nicht vollständig sei. Viel-

leicht hatte man auch die Absicht, auf dieſe Weiſe eine Vertagung der Stände vorzubereiten. Dem ſei nun wie ihm wolle, genug die erſte Kammer, welcher dies Schreiben mitgetheilt wurde, billigte es, obgleich der Staatsminiſter von Schele Alles aufbot, um es zu verhindern.

In der erſten Kammer waren übrigens auch Geſinnungen rege geworden, die man hier zu finden gar nicht vermuthet hatte. Zuerſt wollte ſie durchaus von dem neuen Staatsgrundgeſetz nicht eher etwas wiſſen, als bis die Agnaten des regierenden Hauſes ihre Zuſtimmung dazu gegeben; dann aber ſprach ſie ganz offen ihre Verwunderung über die Willkühr aus, daß der König, ohne einmal die Stände zu fragen, einen Steuererlaß*

* Dies war gleich nach der Bekanntmachung des Patents vom 1. Nov. geſchehen, und ſollte vielleicht nur dazu dienen, dem Volke einen Vorgeſchmack von der milden Herrſchaft zu geben, die es zu erwarten habe. Der ganze Steuererlaß betrug etwa 100,000 Thlr.

verfügt habe. Ueber dergleichen Reden war Niemand mehr erstaunt als der Kabinetsminister von Schele, und als er vergebens darauf wartete, daß sich für das Recht des Thrones unter den Standes- und sonstigen Herren eine Majorität erheben würde, suchte er allen Widerstand mit einem Schlage zu vernichten und erklärte: „Wenn die Stände hartnäckig bei ihren verkehrten Ansichten beharrten, so würde der König auch ohne Stände regieren können.“ Mit großer Seelenruhe vernahmen die meisten Mitglieder der ersten Kammer diese Worte, und nur acht hoch- und hochwohlgeborene Herren stimmten der Meinung des Kabinetsministers bei, wodurch sie zugleich zu erkennen gaben, daß sie selbst keine Meinung hatten.

Man sieht aus dem Gesagten, daß das Kabinet in sofern einen schlimmen Stand hatte, als es überall gegen eine Opposition kämpfen mußte. Vergebens wurde der zweiten Kammer zu wieder-

holten Malen erklärt, daß sie den Zweck ihrer Zusammenberufung ganz aus dem Auge verloren habe. Derselbe sei keineswegs der, die neue Verfassung zu berathen, sondern der, sie anzunehmen. Die Stände, unter denen sich während dieser Streitigkeiten noch der Göttinger Deputirte Hugo befand, meinten dagegen: vernünftige Männer dürften, wollten sie sich nicht zu vernunftlosen Geschöpfen herabwürdigen, nicht Alles annehmen, was ihnen vorgelegt würde, sondern sie müßten vorher prüfen und berathen. — Der Kanzeleidirektor und nachmalige Kabinetsrath Leist, ein Mann, der viel Kenntnisse, aber wenig Geistesgegenwart besitzen soll, konnte nicht gut gegen diese Ansicht der Stände etwas einwenden, um aber seiner Pflicht als königlicher Diener nachzukommen, suchte er die Hartnäckigen durch historische Erinnerungen zu bewegen und sich zu dem Göttinger Deputirten Hugo, einem der eifrigsten Vertheidiger des Staats-

grundgesetzes, wendend, sagte er diesem: „er müsse sich um so mehr über seine Widersetzlichkeit gegen den Willen des Königs wundern, da er für eine Stadt spreche, für welche das Haus der Guelfen seit jeher so viel gethan.“ Indeß dem diensteifrigen Herrn Leist bekam diese historische Remiscenz sehr übel, denn ehe noch Hugo hierauf etwas erwiedern konnte, nahm der wackere Deputirte Dr. Christiani das Wort, zog ein gedrucktes Blatt aus der Tasche und bat um die Erlaubniß, der Versammlung einen Artikel aus dem Westphälischen Moniteur vom Jahre 1810 vorlesen zu dürfen. Man horchte mit größter Spannung, und Christiani las folgenden, aus Göttingen geschriebenen Bericht: „Heute, wo sich die Universität und die Stadt der Anwesenheit Sr. Majestät des Königs (Hieronymus von Westphalen) erfreute, hatte der Staatsrath Leist, als Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts, die Ehre, Allerhöchstderselben

das Korps der hiesigen Professoren vorzustellen, bei welcher Gelegenheit er an Se. Majestät eine Rede richtete, die mit nachfolgenden Worten begann: „„Er. Majestät haben in den wenigen Jahren Ihrer Regierung mehr für Göttingen gethan, als das Haus der Guelfen unter langjährigen Regierungen verschiedener Könige.““ — Diese Worte las der Dr. Christiani dem Herrn Leist vor, und während von allen Seiten her ein schallendes Gelächter erfolgte, standen der Herr Kanzleirath wie angedonnert, sprachen keine Sylbe und verließen den Saal. —

Auf diese Weise ist der erwähnte Vorfall in öffentlichen Blättern berichtet, aber auch gleich hinterher für erdichtet ausgegeben worden, jedoch geschah das Letztere in so oberflächlicher Manier, daß der Widerruf weit eher für eine Bestätigung gelten konnte. Wie die Sache sich zugetragen, kann als gleichgültig angesehen werden; gewiß ist, daß der

Westphälische Moniteur jenen Artikel enthält, der, ohne daß er nach 28 Jahren noch einmal gelesen wird, zur Genüge beweis't, wie es Herr Leist versteht, Zeit und Umstände zum Leisten seiner politischen Ansichten zu machen.

Unterdessen hatte man aber die traurige Erfahrung gemacht, daß die seit sieben Wochen versammelten Stände noch nichts berathen hatten. Sie selbst sahen dies ein, und mochten in der Stille darauf hinarbeiten, die Verfassung einer Kommission zu überweisen und sich dann zu vertagen. Hierauf wollte sich jedoch das Kabinet nicht einlassen, und ein königliches Schreiben, worin unverhohlen das Mißfallen Sr. Majestät über den schlechten Fortgang der ständischen Berathungen ausgedrückt war, gestattete ihnen zur Erholung einige Osterferien. Die Herren eilten von dannen, um die Passionszeit, die sie bereits durchgemacht hatten, im Kreise der Ihri-

gen noch einmal, aber auf eine erhebendere Weiſe zu feiern.

Die Oſterferien der hannöverſchen Deputirtenkammer bilden in der Geſchichte Hannovers aus dem Jahre 1838 einen höchſt wichtigen Abſchnitt. Was bis zu dem Eintritt derſelben in der Kammer geſchehen war, konnte, wenn man es überhaupt für etwas anſehen wollte, in der That wenig Hoffnung bieten, daß die aufgehobene Verfaſſung wieder hergeſtellt werden würde. Diejenigen, welche mit ganzer Seele dem Staatsgrundgeſetz von 1833 anhingen, brachten es trotz aller Mühe nicht dahin, eine überwiegende Oppoſition für ihre Anſicht anzuwerben, und da immer noch von vielen Städten die Deputirten fehlten, oder die Gewählten von der Regierung nicht anerkannt worden waren, ſo war auf eine Mehrzahl opponirender Mitglieder kaum zu rechnen. Noch geringer aber erſchien die Hoffnung, daß der deutſche Bund ſchon jetzt ein entſcheiden-

des Wort sprechen würde. Die hannöversche Zeitung jedoch, ein Blatt, in jeder Beziehung so trostlos und öde wie die lüneburger Haide, schien in Betreff des deutschen Bundes nicht dieser Ansicht zu sein, vielmehr eine Einmischung zu befürchten, und deshalb kam sie oder ihr Redakteur oder Einer ihrer hochgeborenen Mitarbeiter, auf die kühne Idee, den Einwirkungen von Frankfurt aus einen Riegel vorzuschieben. Sie erklärte daher mit vieler Salbung: „hier und da tauchten Meinungen auf, die zu dem bedauerlichen Glauben führten, als würde sich der deutsche Bund in die Angelegenheiten Hannovers mischen. Daran sei aber gar nicht zu denken, denn der deutsche Bund sei ein Fremder, dem es nicht zustehe, einzugreifen in die inneren Verhältnisse der hannöverschen Familie."

Wie es möglich war, diese Ansicht durch die hannöversche Censur zu bringen, durch die Censur eines deutschen Bundesstaates, der zu Frankfurt seinen

Repräsentanten hat, dort an allen, das gemeinsame Wohl Deutschlands betreffenden Fragen Theil zu nimmt, wie dies möglich war, erscheint uns ein Räthsel. Wäre irgend ein begründeter Tadel über den deutschen Bund ausgesprochen und durch die Presse der Oeffentlichkeit übergeben worden, wir würden uns darüber nicht verwundert, sondern die Freimüthigkeit bewundert haben, aber eine so offenbare Lüge, ein so direktes Abläugnen eines längst bestehenden, allgemein anerkannten Rechts setzte die deutsche Welt und deren Zeitungen in großes Erstaunen, und konnte zu der Vermuthung führen, Hannover wolle sich isoliren und in Deutschland einen Wirkungskreis für sich einnehmen. Es scheint auch fast, als habe der Verfasser jenes wunderbaren Artikels sich dergleichen eingebildet oder wenigstens die Zollvereinigung zwischen Hannover, Braunschweig und Oldenburg, in welche auch recht bald das Fürstenthum Lippe-Bückeburg zum größten Ver-

druſſe ſeiner Einwohner aufgenommen wurde, als den Anfang zu ſolcher Iſolirung angeſehen. Indeß aus dieſem Traume ward der Herr oder die hannöverſche Zeitung ſehr bald aufgerüttelt, und zwar nicht etwa durch andere deutſche Staaten, ſondern durch eine muthvolle, dem Rechte und Geſetze gehorſame Korporation Hannovers ſelbſt.

Zu Osnabrück nämlich kam man zu dem Entſchluſſe, ſich, da man wahrſcheinlich in Hannover ſelbſt nicht zu ſeinem Rechte gelangen würde, mit einer Petition an den deutſchen Bund zu wenden. Und ſiehe, es blieb nicht nur bei dieſem Entſchluſſe, ſondern die Männer von Osnabrück, gut berathen durch den beſonnenen und in den Rechten des Landes wohlerfahrenen Stüve, führten dieſen Entſchluß auch aus, und gaben auf dieſe Weiſe ein Beiſpiel, dem noch eine ziemliche Anzahl anderer Korporationen folgte.

Es ist dieser Schritt von um so größerer Bedeutung, da sich auch gleich darauf unter den, freilich hierhin und dorthin zerstreuten Deputirten der Wunsch regte, sich über die Maßregeln, welche man ferner zu nehmen habe, zu berathen. Dies geschah, und so konnte man hoffen, es werde sich nach den Osterferien eine stärkere Opposition in der Kammer gegen die Regierung erheben. Allein so schnell, wie man dies gehofft hatte, trat es nicht ein; die Mitglieder kehrten nur äußerst sparsam zurück, doch wuchs nach und nach die Opposition zu einer bedeutenden Macht an. Korporationen, die vorher sich zu keiner Wahl entschließen konnten, sandten jetzt Deputirten, und unter diesen Korporationen zeichnete sich besonders der osnabrücker Bauernstand aus. Er wählte den ehrenwerthen Buddenburg zum Abgeordneten und erklärte dabei: „Wir Wahlmänner des Bauernstandes von Osnabrück wählen unseren Deputirten nur deshalb, damit die

jetzige Ständeverſammlung vollſtändiger und die Oppoſition gegen die Aufhebung der Verfaſſung ſtärker werde. Zu ſolcher Oppoſition bevollmächtigen wir unſeren Deputirten, und damit alle Welt erfahre, wie offen wir zu Werke gehen, ſo wird unſer Deputirter dieſe unſere Willensmeinung bei ſeinem Eintritt in die Ständeverſammlung auf geziemende Weiſe kund thun." — Auf ſolche Weiſe verfuhr der Bauernſtand von Osnabrück, und daß er ſo muthig aufgetreten iſt in der Zeit der Noth, das gereicht ihm zur Ehre und weiſ't ihm einen würdigen Platz an in der Geſchichte des Jahres 1838.

Um dieſe Zeit trug es ſich zu, daß der König große Vorbereitungen zu ſeiner Reiſe nach Berlin machte. Man ſtellte darüber mancherlei Betrachtungen an, wollte auch aus den Voranſtalten auf eine längere Dauer dieſer Reiſe ſchließen. Jedoch hierin irrte man ſich, denn von allen in Berlin anweſenden gekrönten Häuptern reiſ'te der

König von Hannover am früheſten ab, und da es in öffentlichen Blättern laut geworden war: „Se. Majeſtät habe in Berlin für ſeine Anſichten nicht den gewünſchten Anklang gefunden;“ — ſo wollte man, und wahrſcheinlich nicht mit Unrecht, die ſchnelle Abreiſe hiermit in Verbindung bringen.

Die Deputirtenkammer war unterdeſſen zwar nicht unthätig geweſen, doch eben ſo wenig zu einem gemeinſamen Entſchluſſe gekommen. Einmal wollte man ſich für inkompetent zur Berathung der neuen Verfaſſung erklären, dann wollte man eine Petition an den Bundestag richten. Der letztere Weg ſchien derjenige, der am ſchnellſten zum Ziele führen könne, aber man verhehlte ſich auch nicht, daß eben hierzu die allgemeine Zuſtimmung der Stände nöthig ſein müſſe. Es ſollte und mußte die Beſchwerde an den Bundestag eine Beſchwerde des Landes ſein, welchen Charakter ſie ohnmöglich haben konnte, ſobald ſie

nur von einem Theile der Deputirten ausging. Dennoch ſtellte ſich trotz dieſer Unentſchiedenheit heraus, daß die Kammer allmählig ſelbſtſtändiger werde. Mit höchſtem Mißfallen bemerkte dies das Kabinet und griff ſofort zu dem Mittel, das ihm zu Gebote ſtand: „es vertagte die Kammern bis auf Weiteres.“ Dies geſchah am 27. Juni, nachdem den Tag vorher, den 26. Juni, die neue Verfaſſung berathen und mit 35 Stimmen gegen 22 verworfen worden war.

Daß die Vertagung bis auf Weiteres kein Ende nehmen würde (denn bis dieſen Augenblick hat ſie noch kein Ende genommen), ahnte man damals nicht, und weil man dies nicht ahnte, ſo traf man von Seiten derjenigen Ständemitglieder, welche am entſchiedenſten die Wiederherſtellung des Staatsgrundgeſetzes verfochten hatten, Vorkehrungen, um bei Wiedereinberufung der Kammern einen Rückhalt zu haben. Dieſer Anſicht gemäß traten 28 Deputirten zu-

sammen und beschlossen eine Petition an den Bundestag. Es vergingen Monate, ehe von dieser höchsten Instanz in allen deutschen Staatsangelegenheiten eine Antwort erfolgte, ja man wußte Anfangs nicht, ob sich der Bundestag überhaupt mit der Sache befassen würde. Hierüber gelangte man jedoch bald zur Gewißheit, allein die Antwort, welche auf die Beschwerdeschrift gegeben wurde, entsprach den Erwartungen der Beschwerdeführenden nicht. „Einzelne Korporationen (hieß es) seien nicht ermächtigt, sich mit Beschwerden über ihre Regierung an den deutschen Bund zu wenden." — Hierin liegt der Grundsatz ausgesprochen, daß der deutsche Bund als Vertreter aller deutschen Angelegenheit, eben nur dann einem verletzten Rechtszustande zu Hülfe kommt, wenn hierüber von dem gesammten Volke Klage geführt wird.

Trotz dieser abschlägigen Antwort des deutschen Bundes soll zwar, und namentlich ist davon

in Hannover ſelbſt viel geſprochen worden, eine Aufforderung von demſelben an den König von Hannover zur Wiederherſtellung der Verfaſſung ergangen ſein, jedoch iſt dieſe Aufforderung nicht öffentlich bekannt geworden. Einige Wahrſcheinlichkeit hierfür dürfte darin liegen, daß die Kabinete von Berlin und Wien, wie ſchon oben bei Preußen einmal erwähnt wurde, energiſche Noten an das hannöverſche Kabinet erlaſſen haben; wenn man indeß bedenkt, daß den Juriſtenfakultäten Preußens von Seiten des Miniſteriums unterſagt worden iſt, ſich mit einer Begutachtung der hannöverſchen Steuerverweigerungsfrage zu beſchäftigen: ſo läßt ſich kaum glauben, daß von Seiten Preußens ernſtliche Schritte zu Gunſten der Verfaſſung von 1833 geſchehen werden. Dennoch heißt es, das Kabinet würde nichts gegen den Willen des Volks durchſetzen, und freilich hat zu dieſem Glauben der Provinzial-Landtag von Bremen und Verden

eine höchſt bemerkenswerthe Veranlaſſung gegeben. Derſelbe hat ſich mit einer Vorſtellung an den König gewandt und ihn um Wiederherſtellung des früheren Rechtszuſtandes gebeten, eine Bitte, die großentheils von Rittergutsbeſitzern ausgegangen iſt, aber dennoch gewiß nicht ſonderliche Aufnahme gefunden hat.

Damit es aber unſerer Zeit nicht an Beiſpielen fehle, wie der Wille des Menſchen auf der einen Seite gezügelt wird durch die Achtung vor Recht und Geſetz, auf der anderen aber aufhört, ein edler Wille zu ſein, und zwar deshalb, weil er ſich erniedrigt zur Heuchelei, und aus reiner Gewinnſucht entweder die ſchon erkannte Wahrheit läugnet oder der Wahrheit überhaupt den Rücken wendet; — wir ſagen, damit es an ſolchen Beiſpielen nicht fehle, ſiehe, um deswillen erhoben ſich in der Stadt Hildesheim ſieben Männer, die dachten bei ſich und ſprachen: „Und dieweil in den Tagen der Trübſal in der

Stadt Göttingen ſieben Weiſe aufſtanden, die allda gelehrt an der hohen Schule, darum auch wollen wir uns, ſieben an der Zahl, in Hildesheim erheben und aller Welt ein Zeugniß geben, daß wir einen Willen haben und handeln können nach dem Gelüſte unſeres Herzens.“

Dieſe ſieben Männer, die ſo dachten, heißen Buſch, Gehrcke, Hage, Henke, Kaſten, Kerſten und Rittnagel. Sie machten ſich auf den Weg nach Hannover und überreichten daſelbſt am 11. des Monats December dem Könige eine, von 600 Bürgern Hildesheim's unterzeichnete Schrift, in welcher ſie erklärten, „daß ſie die, von einem Theile des Magiſtrats, der Bürgervorſteher und Wahlmänner gethanen Schritte bei der hohen Bundesverſammlung zur Aufrechthaltung des Staatsgrundgeſetzes weder gebilligt, noch ihre Zuſtimmung dazu gegeben, ſondern daß ſie ohne ihr Wiſſen und Willen allein von jenen geſchehen ſei.“ — Dieſe Erklärung ward mit Jubel

aufgenommen, doch derselbe gestört durch die Nachricht, jene 600 Unterschriften seien erkauft worden und zwar das Hundert für 15 Thaler, was, nach Adam Riese, für die Unterschrift 3 gr. 7⅕ pf. beträgt. Man muß gestehen, einen solideren Preis giebt es kaum, jedoch dient er auch zum Beweise, daß Leute, die für 3 gr. 7⅕ pf. zu erkaufen sind, weder moralischen Werth noch irgend eine Ansicht haben, und deshalb dürfte es wohl anzunehmen sein, daß dem Beispiele jener hildesheimer Drei-Groschenmänner Keiner folgen werde.

Was nun die übrigen Verhältnisse des Königreichs anbetrifft, so sind diese nur nach dem Willen des Kabinets gemodelt worden. Alles, was geschah, hatte einzig den Zweck, veraltete Zustände wieder einzuführen und ein System zu schaffen, das der Alleinherrschaft nicht hinderlich ist. Hierbei hat man einen Weg eingeschlagen, der, wie geschichtliche Erfahrung beweis't, zum

Ziele führen kann. Man will sich nämlich des höheren Adels, der in Hannover von der neuesten Geschichte nicht viel zu wissen scheint, versichern und ihn so eng wie möglich an den Thron fesseln. Zu diesem Ende sind denn auch die Landdrosteistellen nicht nur wieder eingeführt, sondern dieselben auch von den Bürgerlichen gereinigt, ohne dadurch an sich vom Schmutze befreit zu sein. Diese Purifikation der höheren Beamtenwelt hat man mit einer so eisernen Konsequenz betrieben, daß weder Alter, noch Verdienst im Stande waren, den Willen der Regierung zu ändern. Die rechtlichsten, fähigsten und in der Achtung des Volks am höchsten stehenden Männer haben auf diese Weise den Sprößlingen alter Stammbäume weichen müssen, und daher darf man sich nicht wundern, wenn in kurzer Zeit die höheren Kreise Hannovers einem Garten gleichen, der voll von verdorrten und vertrockneten Bäumen weit eher das Bild einer trostlosen

Oede als einer blühenden Flur bietet. Wie können die Sprößlinge alter Stämme, mit alten Säften und alten Wurzeln in einer Erde, die der Geist des neunzehnten Jahrhunderts mit dem Dünger des Fortschreitens geschwängert hat, noch grün werden oder wohl gar Früchte tragen?! Was sie auch immer hervorbringen mögen, es wird nach dem alten Adam schmecken und ungenießbar sein für uns, sintemal geschrieben steht: „Lasset uns abthun den alten Menschen und einen neuen anziehen; und werfet fort den alten Sauerteig, denn er ist zu nichts nütze."

Aber in Hannover denkt man in gewissen Kreisen an diese Wahrheiten nicht, und wie sehr man sich festgebissen hat in die heillose Idee, den alten Kastengeist wieder herzurufen, dafür giebt ein Bericht der Dorfzeitung vortreffliches Zeugniß. In demselben heißt es: „dem Schenkwirthe E. P. Artler auf dem vormals Backhausschen Landwesen vor dem Hehlenthorn zu Celle

iſt die Konceſſion ertheilt worden, Kaffee und ſonſtige Getränke für die höheren Stände auszuſchenken, wogegen ihm die Bewirthung von Perſonen aus den geringeren Ständen ausdrücklich unterſagt iſt.“ Wir enthalten uns über dieſen, von der wahrheitsliebenden Dorfzeitung mitgetheilten Artikel aller und jeder Randgloſſe, erlauben uns aber die Bemerkung, daß in einem Lande, wo ſolche Konceſſionen ertheilt werden, in den höchſten Kreiſen Ideen herrſchen können, wie ſie ein franzöſiſches Blatt dem Staatsoberhaupte in den Mund legt. Dieſem Blatte zufolge ſoll nämlich der König von Hannover an zwei große Höfe, die an ihn wegen der Verfaſſungsangelegenheit geſchrieben, den Beſcheid erlaſſen haben: „es ſei ſein Grundſatz, der Seuche des Liberalismus kräftigen Widerſtand zu leiſten, und darum habe er auch die Konſtitution von 1833 aufgehoben. Ueberdies ſei er keinem Men-

schen für seine Handlungen verantwortlich, sobald er mit Gott und seinem Gewissen im Reinen sei."

Einen solchen Bescheid läßt ein französisches Blatt den König von Hannover zwei großen Höfen geben, und obgleich wir davon weit entfernt sind, uns für das Vorhandensein eines solchen Briefes zu verbergen, so geht doch aus dem, bisher befolgten Verfahren des Königs hervor, daß diese, wenn nicht noch grellere Ansichten ihm durchaus nicht fremd sind.

Was unter solchen Umständen die Hannoveraner zu hoffen haben, wenn nicht der deutsche Bund sich des verletzten Rechts annimmt, läßt sich, auch ohne prophetische Gabe, voraussagen; und wer etwa glauben sollte, es könnte vielleicht, ohne alle weitere Einmischung, doch wohl ein Abweichen der bisher angewandten Grundsätze stattfinden, der weiß vielleicht nicht, daß man, um zum Zwecke zu kommen, jedes Mittel er-

greift, ſelbſt wenn daſſelbe zum Bruche mit einem mächtigen Nachbar führen könnte.

Will man für dieſe Behauptung Beweiſe haben, ſo beobachte man nur flüchtig das Treiben der Katholiken im Osnabrückſchen. Dort, wo in allen Klaſſen ein ſo entſchiedener Wille vorherrſcht, wo man der Verfaſſung von 1833 mit unwandelbarer Liebe zugethan iſt, läßt man die katholiſche Geiſtlichkeit, die freilich mit der Aufhebung des Staatsgrundgeſetzes vollkommen einverſtanden iſt, treiben, was ſie will, in der Hoffnung, zwiſchen Katholiken und Proteſtanten eine Spannung hervorzurufen, die es dann der Regierung leichter machen würde, über die Widerſpenſtigen den Sieg davon zu tragen. An das nahe liegende Münſterland, wo Tauſende von gläubigen Seelen den Erzbiſchof von Köln für einen Märtyrer halten und ihn ſchon jetzt wie einen Heiligen verehren, ſcheint man nicht zu denken. Oder beſchäftigt die angeregte Steren-

verweigerungsfrage das Kabinet so, daß es die billigen Rücksichten gegen Preußen im Drange der Arbeiten außer Acht läßt? Wohl möglich; denn in der That, die Steuerverweigerung scheint kein Spaß, sondern bitterer Ernst zu sein, und dabei befinden sich die Leute im guten Rechte, weil verfassungsmäßig nur die, von den Ständen bewilligten Steuern bezahlt werden sollen. Der Termin für die Steuern ist aber nicht nur schon längst abgelaufen, sondern auch die verfassungsmäßig verlängerte Steuerbezahlungsfrist, die dann eintritt, sobald beim Ablaufe des ersten Termins die Stände nicht versammelt sind, erlischt mit dem ersten Tage des kommenden Jahres, und da keine Stände vorhanden sind, auch nicht zusammengerufen werden: so hält man es von Seiten des Volks für ganz gesetzmäßig, die Steuern zu verweigern. Zeigt nun das Volk in dieser Sache dieselbe Konsequenz, wie bisher die Regierung in Verfolgung ihres Systems, so dürfte

es, um einmal einen ſhakespear'ſchen Ausdruck zu brauchen, luſtig hergehen. Die Regierung ſcheint übrigens ſchon Anſtalten zu treffen, um mit Gewalt die Steuern einzutreiben, und jetzt, nach der Mitte des December, gehen bereits Gerüchte, daß im Osnabrückſchen Verhaftungen vorgenommen und Unterſuchungen eingeleitet worden ſind. Das wäre freilich ſehr ſchlimm und ließe vorausſetzen, daß Hannover das Jahr 1838 eben ſo traurig beſchließen dürfte wie es daſſelbe angefangen.

Hiermit könnten wir eigentlich die hannöverſchen Sachen für abgethan erachten, indeß wollen wir noch einige Dinge anführen, die in dem Vorhergehenden nicht gut eine Stelle finden konnten. Zuerſt erwähnen wir des traurigen Zuſtandes der Univerſität zu Göttingen. Dieſelbe verlor nach dem Abgange der ſieben Profeſſoren, wie dies ſchon bemerkt ward, eine nicht unbedeutende Zahl Studenten. Man hoffte jedoch,

daß dieſer Verluſt nach der Beſetzung der erledigten Profeſſuren und Lehrerſtellen ſich wieder ausgleichen würde, allein man täuſchte ſich. Einmal wollten, wohin man ſich auch wandte, die Verſprechungen keine neuen Lehrer herbeilocken, und dann fing man an, die Hülfsquellen der Univerſität, namentlich die für die Bibliothek, ſo arg zu beſchneiden, daß ſich die Direktion der letzteren genöthigt ſah, in einer Vorſtellung an das Kuratorium der Univerſität um Wiederherſtellung der entzogenen Fonds dringend zu bitten, ohne daß jedoch dieſe Bitte auch nur theilweiſe erfüllt worden wäre. Dabei iſt der Mangel an tüchtigen Lehrern ſo fühlbar geworden, daß die wichtigſten Lehrgeſtände aus dem Verzeichniſſe der Vorleſungen wegfallen mußten. Mit dem Mangel an Lehrern nahm aber auch das Verſchwinden der Zuhörer zu, und als die Wintervorleſungen von $18^{38}/_{39}$ begannen, ſtellte ſich das traurige Ergebniß heraus, daß die Univerſität

seit dem Abgange der Sieben 253 Studenten eingebüßt, die Stadt aber einen Schaden von etwa 80,000 Thalern hatte, der um so empfindlicher sein mußte, da er die unbemitteltere Bürgerklasse traf.

Daß dieser, in der That ansehnliche Verlust auf die Gesinnung derer, die ihn erlitten, bedeutend einwirkte, bedarf nicht noch specieller Ausführung. Er ward, wie man leicht ermessen kann, die Quelle politischer Partheiung, und zwar in der Art, daß diejenigen, welche ihre Stuben nicht vermiethet hatten, sich für die Konstitution, d. h. für das Staatsgrundgesetz 1833, die aber, denen die Wohnungen nicht leer standen, sich für die Anordnungen des Kabinets erklärten. Solches geschah schon im Anfange des verflossenen Sommers, wie mag nicht jetzt erst die Partheiung gestiegen sein, da jetzt in Göttingen, nach der Angabe glaubwürdiger Berichte, über 400 Stuben unbewohnt sind, da keine Woche

vergeht, in welcher nicht Konkurse öffentlich angezeigt werden; da überall nur über Geldnoth geklagt, die Armuth mit jedem Tage gräßlicher wird. Bedarf es noch größerer Beweise, um behaupten zu können, daß die Verletzung des öffentlichen Rechts störend in alle Verhältnisse eingreift?!

Dennoch ist von Seiten des Kabinets nur wenig geschehen, um diesem Uebel abzuhelfen, wiewohl es an mancherlei Gesetzen und Verordnungen nicht gefehlt hat. So erschien eine Verordnung und ward durch die Gesetzsammlung bekannt gemacht, in welcher Weise die Geburtstage des Königs und der Königin gefeiert werden sollten, auch wurde den Posten, von deren eben nicht großer Schnelligkeit sich der König auf seinen Reisen selbst überzeugte, streng anbefohlen, in Zukunft, sobald Se. Majestät der König reise, die Meile, also 2 Stunden, auf Chausséen in 30 Minuten, auf beschwerlicheren

Wegen aber in 40 Minuten, zu fahren, widrigenfalls die Poſtmeiſter der betreffenden Stationen dafür beſtraft werden ſollten.

Es iſt hier nur dieſer beiden Geſetze Erwähnung geſchehen, um zu zeigen, welchen Geiſt die Verordnungen und Verfügungen, die übrigens ſo zahllos ſind wie der Sand am Meer, athmen. Geſetze und Verfügungen dagegen, welche der Noth und dem Elend, die doch von oben herab gleichſam hervorgerufen waren, ſteuern ſollten, ſind uns nicht zu Ohren gekommen, obwohl der König auf ſeinen Reiſen Gelegenheit hatte, ſich von den bedauerlichen Zuſtänden durch eigene Anſchauung zu überzeugen.

Ueber dieſe mehrmaligen Reiſen Sr. Majeſtät, ſowie über die glänzenden Feierlichkeiten zum Empfange des Großfürſten Thronfolgers ſprechen wir nicht, da die „Hannöverſche Zeitung“ dieſe Begebenheiten auf eine ſo pomphafte Weiſe ausgemalt hat, daß wir mit unſerer ſchlichten Dar-

ſtellung doch weit hinter dieſem amtlichen Organe zurückbleiben würden. Eben ſo wenig vermögen wir ein genügendes Urtheil über die genannte Zeitung zu geben, obgleich uns der Vorwurf, daß wir auf ſie aus Brodneid eiferſüchtig wären, nicht gemacht werden kann. Vielleicht läßt ſich daraus, daß ihre Abonnenten ſich mit Rieſenſchritten vermindern, am beſten ein Schluß auf ihren Charakter machen, wenn nicht, was indeß die Redaktion der hannöverſchen Zeitung wohl glauben mag, die Bildung an ſich im Hannöverſchen ſo im Abnehmen iſt, daß man an den wohldurchdachten Artikeln des Blattes keinen Geſchmack mehr findet. Das kann man übrigens der hannöverſchen Zeitung nachſagen, daß ſie ſich in dieſem Jahre, wie überhaupt ſeit der Thronbeſteigung des Königs Ernſt Auguſt, nicht mit freiſinnigen Ideen befaßt hat, entweder aus innerer oder aufgedrungener Abneigung gegen dieſen Stoff, oder aus Furcht, derſelbe möchte

auf dem Löschpapier, deſſen ſie ſich bedient, gleich durch und durch zu ſehen ſein.

Mit dieſem Stoßſeufzer ſcheiden wir von Hannover, überlaſſen es dem Leſer, ſich bei dem und über das, was wir mitgetheilt, das Seinige zu denken, und wenden uns dem benachbarten Kurheſſen zu, wo übrigens, wie man glaubt, in den höheren Kreiſen das hannöverſche Regierungsverfahren ſehr große Verehrer haben ſoll. Von Kurheſſen läßt ſich in der That wenig berichten, wiewohl dieſer Staat vor allen konſtitutionellen Staaten Deutſchlands dadurch ausgezeichnet iſt, daß er nur eine Kammer beſitzt und alſo weit weniger mit dem Sprüchworte zu kämpfen hat: „Viele Köche verderben den Brei.“ —

Indeß trotz dieſes Ein-Kammer-Syſtems hat doch die kurfürſtliche, oder gegenwärtig kurprinzliche Regierung mit dieſer einen Kammer, oder umgekehrt dieſe eine Kammer viel mit der kur-

prinzlichen Regierung zu kämpfen, und zwar wegen einer Erbschaftsangelegenheit, die sich nunmehr über vier Jahre hinschleppt und bis diesen Augenblick noch nicht ausgeglichen ist. Dieser Erbschaftsstreit betrifft die Einkünfte aus den Besitzungen des erloschenen Hauses Hessen-Rothenburg, welche das regierende Haus, als zum Hausfideikommiß gehörig, in Anspruch nimmt, während die Stände behaupten, daß diese Einkünfte dem Lande zu gute kommen müssen. Darüber wird gestritten und dies ist die sogenannte rothenburger Angelegenheit, mit der, wie in der Regel bei Geldgeschäften, man nicht zum Ziele gelangen kann.

Die vorletzte Ständeversammlung hatte den ernsten Willen, die rothenburger Frage zu Ende zu bringen und damit das gespannte Verhältniß zwischen der Regierung und der Kammer auf einmal zu beseitigen. Dieser Entschluß von Seiten der Stände und dann die Ansichten der Re-

gierung, die diesem Entschlusse immer in den Weg traten, waren die Ursache, daß sich der Landtag ungewöhnlich ausdehnte, tüchtig Diäten gezahlt werden mußten und doch nichts zu Stande kam. Zwar ward zwischen den Abgeordneten des kurfürstlichen Hauses und den Mitgliedern des ständischen Ausschusses eine Konferenz gehalten, aber wie so viele Konferenzen, so war auch diese vergebens, und mag vielleicht noch die Spannung vermehrt haben. Sehr rühmlich war es, daß nach dieser fruchtlosen Verhandlung ein hessischer Patriot seinen Gefühlen in dem Frankfurter Journal und zwar in einem Korrespondenzartikel von der Fulda Luft machte.

Dieser gefühlvolle, sentimentale Vaterlandsfreund verglich jene fruchtlose Konferenz mit der Zusammenkunft zweier Liebenden, die sich vor gegenseitiger Zuneigung gar nicht zu lassen wissen, aber so dumm oder so ängstlich sind, daß sie sich ihre Liebe nicht gestehen wollen. Eine

Mittelsperson muß erst den Pfad bahnen, auf welchem sich dann die Herzen mit stürmischer Gluth entgegen kommen und ein Bündniß für die Ewigkeit schließen. Für solche Mittelsperson sah sich nun jener Korrespondent an und machte Vorschläge zu einer Annäherung, die er auf eine komische Weise einleitete. Er appellirte nämlich an die Liebe der Hessen zu ihrem angestammten Fürstenhause und sagte dann: sie möchten in dieser Liebe weder den Badnern noch Bayern nachstehen, sondern wie diese handeln, und wenn sie das thäten; so würde sich in Kurhessen das schönste Band der Eintracht um Fürst und Volk schlingen.

Nachdem der Fuldaer Korrespondent auf diese Weise die Herzen gerührt hatte, rückte er mit seinen Vorschlägen für die Liebenden, d. h. für Konferenzmitglieder, an und erklärte ihnen: sie möchten von den **60,000** Thalern jährlicher Einkünfte aus den rothenburgischen Domänen **40,000**

Thaler zur Erhöhung der Civilliste verwenden, die anderen 20,000 Thaler aber der Frau Gräfin von Schaumburg geben, die dadurch, im Fall ihr erlauchter Gemahl stürbe, zu einem ansehnlichen Wittwenthum käme. Beseitigte man den Streit auf diese Weise, so würden die Wünsche aller edlen Vaterlandsfreunde erfüllt werden.

Es gehört sehr wenig Verstand dazu, um einzusehen, daß sich der Fuldaer Korrespondent niemals ärger blamiren konnte als mit diesem Vorschlage, ja es erschien besagter Vorschlag so lächerlich, daß man es nicht einmal der Mühe werth hielt, etwas darauf zu erwiedern.

Am allerwenigsten nahmen die Stände auf diesen Vorschlag Rücksicht, sie blieben vielmehr bei der Behauptung, die Einkünfte aus den rothenburger Domänen seien Staatsgut und müßten dem Finanzminister verrechnet werden. Abermals nahm nun die Regierung eine Revision der ganzen Sache vor, gewiß aber nicht in der Absicht,

um dadurch eine andere Meinung über den Handel an ſich, ſondern um Zeit zu gewinnen, während welcher es vielleicht möglich ſchien, die Stände auf andere Ideen zu bringen. Das Letztere gelang nicht, und ſo gab denn auch die Reviſion ein Reſultat, das man ſchon kannte, nämlich: das kurfürſtliche Haus könne ſeine Anſichten über die rothenburger Domänen nicht ändern; ſie ſeien Eigenthum des Hauſes und dürften demſelben nicht entfremdet werden.

Hiergegen proteſtirten die Stände, erfuhren aber ſogleich das Schickſal alles Irdiſchen. Sie warden am 10. März aufgelöſ't und mußten ſich geſtehen, daß ihre lang dauernden Sitzungen zu Nichts geführt hatten. Man meinte allgemein, eine Einberufung der Stände würde erſt nach Verlauf von 6 Monaten eintreten, allein in höheren Kreiſen mochte geglaubt werden, daß die Wähler es ſich doch auch angelegen ſein laſſen würden, durch Wahlen, wie man ſie höheren

Orts wünſchte, eben dieſem höheren Orte ſich dienſtwillig zu erweiſen. Um deswillen ward, da der Unwille der Regierung mit den Ständen noch neu war, ſchon zum 18. April ein neuer Landtag einberufen, auf dem ſich jedoch, wie aus den Wahlen zur Genüge hervorging, derſelbe entſchiedene Geiſt des Widerſpruchs kund geben würde.

Für dieſen neuen Landtag gab es übrigens außer der rothenburger Knackmandel noch eine andere Nuß für die Herren Deputirten zu knacken, und zwar eine ſehr harte Nuß, denn es handelte ſich dabei um Geld. Es war nämlich den Standesherren der kurheſſiſchen Kammer ſowie den Prinzen des Hauſes das Erſcheinen auf den Landtagen längſt läſtig geweſen, theils weil ſie dadurch in ihren Jagd- oder ſonſtigen Vergnügungen geſtört wurden, theils weil es ihnen zu viel Geld koſtete. Da ſie aber doch nicht ganz ohne Kenntniß über die zu verhan-

delnden Angelegenheiten bleiben konnten, auch ihre Rechte vertreten haben wollten: so stellten sie, besonders auf Anrathen des vormaligen Ministers Hassenpflug, Stellvertreter, wozu diese nunmehrige Excellenz außer Dienst, d. h. außer kurhessischem Dienst, Militär- und Civilbeamte nahm, die keine Diäten, sondern nur Urlaub von ihren Dienstgeschäften erhielten und sich ein wahres Vergnügen daraus machten, gleich gereizten Kampfhähnen mit und ohne Sporen für das Interesse der Regierung aufzutreten. Bei diesen Bestrebungen zeigten Einige einen solchen Eifer, daß es von der Excellenz Hassenpflug höchst unbillig gewesen wäre, hätte dieser Eifer nicht noch andere als wörtliche Anerkennung gefunden. Es sollten auch Geldbelohnungen gespendet werden, und deshalb trat Hr. Hassenpflug mit der Anforderung auf, jenen Stellvertretern der Prinzen und Standesherren eben so

gut Diäten zu geben wie den vom Lande gewählten Deputirten.

Hatte der Hr. Minister nicht an die Verfassung gedacht oder waren ihm einige Paragraphen derselben entfallen, oder glaubte er, die Stände würden sich nicht so genau um das Staatsgrundgesetz bekümmern, genug er stellte jenen Antrag, mußte aber nicht nur mit demselben mit langer Nase abziehen, sondern ihm wurde zugleich das Verfassungswidrige desselben vorgehalten und er auf den §. 88. der Verfassungsurkunde verwiesen, in welchem ganz deutlich zu lesen war: „Die Mitglieder der Ständeversammlung, mit Ausnahme der Prinzen des Kurhauses sowie der Standesherren, erhalten angemessene Reise- und Tagegelder.“

In angeführter Weise hatte bereits dieser Diätenantrag unter dem Minister Hassenpflug, der seit längerer Zeit dem undankbaren Hessen den Rücken gekehrt, eine heftige und zugleich gesetz-

liche Opposition gefunden und war beseitigt worden. Dennoch holte ihn jetzt die Regierung wieder hervor, entweder um zu prüfen, wie viel sie den Ständen wohl bieten dürfe, oder um zu sehen, ob die Paragraphen der Verfassung stärker seien als ihr Wille. So brach denn gegen die Stände ein doppelter Sturm los, nämlich die rothenburger Angelegenheit und die Diätengeschichte, welche Letztere sehr eifrig von denen verfochten wurde, die nach errungenem Siege gefüllte Beutel als Beute davon zu tragen mit Gewißheit hofften. Indeß in der kurhessischen Kammer giebt es achtungswerthe Leute, vor denen man ehrerbietig den Hut abziehen muß, und diese ließen sich weder durch Gewehrfeuer noch durch grobes Geschütz aus der Fassung bringen, sondern wiesen den Diätensturm so entschieden ab, daß die Freude derer, die schon die Tage- und Reisegelder in der Tasche zu haben glaubten, in Traurigkeit verwandelt wurde.

Man erklärte hierbei sehr bestimmt: Die Standesherren sollten die Kammer selbst besuchen, wenn sie das aber nicht wollten, so könnten sie es freilich bleiben lassen, aber die Forderung, das Land solle sie in ihrer Bequemlichkeit unterstützen, stände ihnen nicht zu. Wer auf den Landtag einen Bevollmächtigten schicke, müsse denselben auch bezahlen.

So wie die Regierung nun auf dieser Seite nicht zum Ziele gelangen konnte, eben so ging es auf der anderen mit der rothenburger Geschichte. Die Stände blieben auch hier bei ihrer Ansicht, ohne ein Haar breit davon abzuweichen, und um endlich die langweilige Sache aus dem Kopfe zu haben, faßten sie den Entschluß, den deutschen Bund um Hülfe anzusprechen. Kaum war dies aber, trotz der Protestation des Landtagskommissarius geschehen, so traf sie dasselbe Schicksal, dem bereits die hannöverschen Stände erlegen waren: sie wurden bis auf „Weiteres“

vertagt. Bis auf dieſe Stunde dauert bereits die Vertagung, und es ſcheint, als geſchähe dies von Seiten der kurheſſiſchen Regierung nur aus Sympathie für Hannover. Wie dieſe Zuſtände enden werden, mag Gott wiſſen, ſo viel aber ſtellt ſich als traurige Wahrheit heraus, daß in beiden Staaten von oben herab mit eiſerner Konſequenz dahin geſtrebt wird, dem konſtitutionellen Prinzip den Todesſtoß zu geben.

Was ſich ſonſt im Laufe des Jahres in Kurheſſen ereignet hat, iſt nicht von großer Bedeutung. Denn daß Viele vom kurheſſiſchen Adel durch die Verordnung in Schrecken geſetzt wurden, ihre Adelſchaft und ihr Von nachzuweiſen, iſt eine ganz gleichgültige Sache. Sonſt ging Alles in alter Weiſe, auch zogen gegen Ende des Mai eine ziemliche Anzahl Landleute nach Amerika, und ſchifften ſich gerade an derſelben Stelle ein, wo einſt viele edlen Söhne Heſſens, an England um ſchnödes Gold verkauft, die

Heimath verließen, um ſie nie wieder zu ſehen. Ob Nahrungsloſigkeit, oder Unzufriedenheit mit ſich ſelbſt, ob Wanderluſt oder noch ganz andere Gründe ſie dazu getrieben, wer vermag dies gründlich zu entſcheiden? Wir halten dafür, daß wenn Leute in großer Anzahl ihren väterlichen Boden verlaſſen und ins ungewiſſe Weite hinausziehen, in der Regel Veranlaſſungen dazu vorhanden ſind, die mehr von oben als von unten (unter unten verſtehen wir den Boden ſelbſt) herkommen, und das mag auch wohl bei den Auswanderungen aus Kurheſſen zum Theil der Fall ſein.

Außer dieſen Dingen wurden verſchiedene geſellſchaftliche Kreiſe in Kurheſſen noch durch zwei andere Ereigniſſe oder Erſcheinungen auf verſchiedene Weiſe bewegt; einmal nämlich durch den vormaligen Miniſter Haſſenpflug, und dann durch die hochgeſpannte oder geſteigerte Erwartung auf den Beſuch des Großfürſten Thronfolger, dem man in den höchſten Kreiſen um ſo beſtimmter

entgegen ſah, da ja bereits Hannover dieſer großen Ehre theilhaftig geworden war.

In Bezug auf den Herrn Haſſenpflug gerieth man nämlich in einige Beſorgniß, als dieſer Herr ſich plötzlich in Kaſſel blicken ließ. Es trat dies ungefähr um dieſe Zeit ein, als nach der zweiten Einberufung der Stände die Diäten für die Stellvertreter der Prinzen und Standesherren ſo hartnäckig gefordert und eben ſo hartnäckig abgeſchlagen wurden. Um ſo mehr mußte nun das Auftreten des Mannes, der hierin ſchon einmal eben nicht mit großem Glücke manöverirt hatte, befremden, und zwar deshalb, da man allgemein glaubte, er würde im Preußiſchen eine Stellung erhalten. Um etwanige Beſorgniſſe noch zu vergrößern, erhob ſich denn noch ein dienſtfertiger Geiſt in Kaſſel und ſchrieb der hannöverſchen Zeitung folgenden ſauberen Artikel: „Hr. Haſſenpflug ſtände dem kurheſſiſchen Miniſterium nicht ſo fern, wie man glaube, und wenn

ſich gewiſſe Leute für ihn verwenden wollten, würde er demſelben, d. h. dem Miniſterium, ſehr nahe ſtehen; nur müſſe Hr. Haſſenpflug perſönlich keine guten Worte geben." — Hieran ward dann die etwas wunderbare Bemerkung geknüpft: „Es laſſe ſich jedoch vorausſetzen, daß dieſer ſeltſame, in manchen Beziehungen auch ſeltene Mann nicht ohne Zukunft ſein werde, zumal wenn man auf die obwaltenden politiſchen Verhältniſſe blicke, die ſolcher Kräfte bedürfen." — Der Berichterſtatter der hannöverſchen Zeitung aus Kaſſel, der gewiß dem Herrn Haſſenpflug überaus nahe ſteht, wollte ohne Zweifel die Heſſen in's Bockshorn jagen, indeß die Leute ſind nicht ſo ängſtlich. Sie wunderten ſich freilich über ſolche Reden, aber dabei blieb es auch; und die Zukunft hat gezeigt, daß ſie daran klug gethan. Hr. Haſſenpflug iſt dem kurheſſiſchen Lande entrückt und im fernen Fürſtenthume Sigmaringen in Staatsdienſte getreten, von wo aus gewiß recht bald fröhliche Zeitungen

über ſeine ſegensreiche Wirkſamkeit die deutſche Welt erfreuen werden.

Wie ſich nun die Beſorgniſſe wegen der Erſcheinung des „ſeltſamen, und in manchen Beziehungen auch ſeltenen Mannes" grundlos erwieſen, ſo war die Erwartung und Spannung auf den Beſuch des Großfürſten Thronfolgers auch eine grundloſe, denn der Erlauchte kam nicht, wiewohl er von Hannover aus nach dem Süden reiſ'te und alſo die heſſiſchen Lande oder vielmehr deren Hauptſtadt beglücken konnte. Welche Gründe hierzu vorhanden ſein mochten, iſt auch ſelbſt von hochſtehenden und wohlunterrichteten Männern nicht erforſcht worden, und die Gründe, die man etwa dafür auffinden könnte, ſind zu einfach, als daß man glauben dürfte, ſolche erhabenen Perſonen werden ſich mit ſolchen ſimpeln Gründen einlaſſen. Genug, der Großfürſt Thronfolger kam nicht, und doch hatte man zu Kaſſel das Militär in aller Eile mit ruſſiſchem Exercitium bekannt

gemacht, auch ward Tag und Nacht ruſſiſche Muſik eingeübt, ſo daß Fremde, die zufällig bei Kaſſel vorbeireiſ'ten, denken konnten, es ſei dort plötzlich eine Koſacken-Kolonie gegründet worden. Dies Alles, wie geſagt, geſchah, um den künftigen Selbſtherrſcher aller Reußen würdig zu empfangen, aber er kam nicht, und wie ſich dies herausſtellte als unumſtößliche Wahrheit: da hörten die ruſſiſchen Uebungen in Kaſſel auf und ſind nicht wieder angefangen bis auf dieſe Stunde. Seit dieſer Zeit iſt in Kurheſſen Alles in alter Weiſe gegangen, man ſieht und hört nichts Erhebliches weder in ſchlimmer noch guter Bedeutung, und es ſcheint, als gehe man darauf aus, den Schiller'ſchen Spruch wahr zu machen, daß das der beſte Staat ſei, von dem man nicht ſpreche. Wir ſagen, man ſcheint darauf auszugehen, denn bis jetzt iſt man noch ſehr weit davon entfernt, woraus der Schluß folgt, daß

über Kurheſſen immer noch viel geſprochen wird. Wir aber wollen nunmehr davon ſchweigen.

Nach Kurheſſen können wir unmöglich eine andere Richtung nehmen als nach dem Großherzogthum Heſſen, einem konſtitutionnellen Staate Deutſchlands, deſſen Regierung die konſtitutionnellen Grundſätze des Herrſchers und ſeines Hauſes nicht ganz zu theilen ſcheint. Warum dies der Fall iſt, wollen wir hier nicht weitläuftig unterſuchen, und es möge die Andeutung genügen, daß großentheils die an der Spitze des Staats ſtehenden Männer daran ſchuld ſind. Wir ſagen großentheils, und das ſoll heißen, nicht alle trifft dieſer Vorwurf.

Zwei Dinge ſind es beſonders, die in dieſem Jahre in Darmſtadt, dem Mittelpunkte des Staates, betrieben worden ſind, nämlich die Unterſuchung gegen die politiſchen Gefangenen und die Eiſenbahn-Angelegenheiten. Was den erſteren dieſer Punkte betrifft, ſo iſt dieſer der traurigſte

Stoff, über den man in unſeren intelligenten und civiliſirten Zeiten nur ſprechen kann, traurig wegen der Unglücklichen, welche dabei näher oder entfernter betheiligt ſind, traurig und ſchauderhaft wegen der Art und Weiſe, wie man mit dieſen Unglücklichen umgegangen iſt, noch mit ihnen umgeht und künftig mit ihnen umgehen wird.

Was man darüber nur irgend erfahren hat, und das iſt leider (oder wenn man will, glücklicher Weiſe) nicht viel, kann eben keine beſondere Neigung zu den Unterſuchungsrichtern erwecken, und namentlich ſoll Einer derſelben in ſeiner Strenge ſo weit gegangen ſein, daß ihm angedeutet worden, er möge bedenken, daß man in Deutſchland und nicht in Spanien ſei, und daß man nicht wünſche, die Maximen der ſpaniſchen Inquiſition wiederum in Anwendung gebracht zu ſehen. Ob dies in dem Verfahren des Unterſuchungsrichters einige Aenderungen hervor-

gebracht haben mag, wiſſen wir nicht. Die Unterſuchungen ſind zum Verdruſſe des Richters, der nun keine Diäten mehr bezieht, beendet, alſo iſt es gut, man wirft über die Sache einen Schleier.

Was nun die Reſultate der großen politiſchen Unterſuchungsſache betrifft (denn ſo wird ſie ſelbſt in Heſſen genannt) ſo ſind von dem Provincialhofgericht der Provinz Oberheſſen noch vor Schluß des Jahres eine Menge Urtheile gefällt worden, die, ob gerecht oder ungerecht, zur Genüge beweiſen, daß die Mailänder Amneſtie in Darmſtadt eben keinen ſonderlichen Anklang gefunden hat. Wie darf man aber auch darauf rechnen, daß ein ſolcher Akt da ſo ſchnell Anklang finden ſoll, wo der dirigirende Miniſter es nicht einmal anſehnlichen Bürgern der Reſidenzſtadt erlaubte, dem Kaiſer von Oeſtreich zu ſeinem Namenstage für jenen Akt der Gnade, durch eine Serenade vor dem Hôtel ſeines Geſandten,

ihre dankerfüllte Ehrfurcht zu beweisen? Dennoch giebt es noch jetzt gutmüthige, leichtgläubige Seelen, welche die Hoffnung auf eine Amnestie nicht aufgeben wollen; man lasse sie hoffen, es wäre grausam, ihre Träume zu zerstören, wiewohl ihr Erwachen zuletzt noch trostloser sein wird als das der Aktionäre der Taunuseisenbahn, als sie gewisse Dinge in Erfahrung brachten.

Halt, Rheinischer Postillon, jetzt kommt ein Hauptthema des Großherzogthums Hessen: Taunuseisenbahn, Mainzer Eisenbahnvorstand, Staatsrath Knapp (vor der Welt in den Ruhestand versetzt, in der Stille aber äußerst thätig), 18,000 Gulden, und noch andere Kleinigkeiten. O, dies sind Stoffe, darüber ließen sich dicke Bücher schreiben, und doch wären dies nur ABC-Fibeln in Vergleich mit den Folianten, die man anfüllen müßte, wollte man diesen unerhörten Skandal, wie er es verdient, aufzeichnen für die Nachwelt.

Es hat ſich im Laufe dieſes Jahres Manches ereignet, was eben nicht viel Tröſtliches für die deutſchen Verhältniſſe bietet, aber eine Schmach, wie ſie die Taunuseiſenbahn auf den induſtriellen Geiſt Deutſchlands gebracht, iſt noch nicht erhört worden. Jedoch glücklich können wir uns preiſen, daß dieſe Schmach nur auf ein kleines Terrain beſchränkt iſt, auf die Taunuseiſenbahn, und etwa noch auf die von München nach Augsburg oder von Augsburg nach München; denn, beiläufig geſagt, iſt bei der zuletzt genannten Bahn lange und hartnäckig darüber geſtritten worden, ob ſie München-Augsburger oder Augsburg-Münchner heißen ſollte, ein Streit, deſſen es freilich nur noch bedurfte, um den Jammer vollſtändig zu machen.

Die Luſt zu Eiſenbahn-Unternehmungen erwachte in der Reſidenzſtadt Darmſtadt ſchon vor einigen Jahren, allein ſie wurde denen, welche ſich zu dieſem Zwecke geſellſchaftlich vereinigt hat-

ten, verleidet, theils durch endloſe Chikanen aus gewiſſen Kreiſen her, theils durch die Bildung einer Eiſenbahn-Geſellſchaft zu Mainz, die von hier aus die Verbindung auf dem rechten Mainufer mit Frankfurt zu Stande bringen wollte. Die in Darmſtadt beſtehende Geſellſchaft hatte das linke Mainufer gewählt und zwar aus keinem anderen Grunde, als um die Bahn ſo viel wie möglich auf heſſen-darmſtädtiſchem Gebiete zu behalten. Daß zwei Bahnen nach einer und derſelben Richtung nicht beſtehen konnten, ſah man ein, und es begann nun ein Streit um Links und Rechts, in dem die rechte Seite, alſo die Mainzer Geſellſchaft den Sieg davon trug; doch ſollte ein Theil der Aktien dieſer Bahn nach Darmſtadt abgegeben, d. h. die dort früher beſtandene, nunmehr vernichtete Geſellſchaft ſollte Theil haben an den unermeßlichen Vortheilen, an dem Agio, den Dividenden u. ſ. w., welche die projektirte Eiſenbahn, die nunmehr in der

Induſtriegeſchichte des Jahrs 1838 ſo berüchtigte Taunuseiſenbahn, bieten würde.

Alle Welt weiß, daß ſtatt des Agio's, welches in den Beutel der Aktionäre fließen ſollte, aus den Augen derſelben unaufhörlich Thränen gefloſſen ſind, noch fließen und auch künftig fließen werden. Denn einmal ſchleicht der Bau dieſer Bahn vorwärts, wie eine Schnecke, und wäre er nur ſo vorgeſchritten, ſo hätte man doch endlich das Ziel erreicht, allein auch ſchneckenartig iſt dieſer Bau nicht vorgeſchritten, und zwar aus ganz natürlichen Gründen. Man hat nämlich den Bau auf hebräiſche Weiſe angefangen, d. h. nicht daran gedacht, daß wenn man etwas bauen will, wozu Grund uud Boden gehört, man auch dieſen zuvor erwerben muß, und iſt der Beſitz deſſelben geſichert, dann erſt die anderen Anſtalten trifft. Auf dieſe Weiſe würden Leute handeln, die es ernſtlich mit einer wichtigen Sache meinen, und daran denken, daß nicht ihr In-

tereſſe allein im Spiele iſt, ſondern vor allen Dingen das Intereſſe derer, die ihr Vertrauen in ein Unternehmen ſetzen, an deſſen Spitze Männer ſtehen, denen man zumuthet, daß ſie dem übernommenen Berufe vollkommen gewachſen ſind. Wie haben es aber die Herren, aus denen der Vorſtand der Taunuseiſenbahn beſteht, gemacht? Sie haben Schienen auf Schienen und ſonſtige Dinge beſtellt und gekauft, lange Konferenzen über die Erdarbeiten gehalten, Geld und Zeit vergeudet, und dann erſt daran gedacht, daß zu den Schienen auch das Terrain einer Bahn gehöre. Als man nun endlich auf dieſe Idee kam, da zeigten ſich in der Erwerbung des Grund und Bodens die höchſten Schwierigkeiten, und die Erdarbeiten, welche zu wiederholten Malen unterbleiben mußten, weil man den Arbeitern Abzüge von ihrem dürftigen Taglohn machte, ſtießen nun Schritt vor Schritt auf Hinderniſſe, d. h. auf Grund und Boden, der noch nicht erworben

war und für deſſen Abtretung ſeiner Güte wegen die Eigenthümer enorme Preiſe forderten. Die Geſichter, welche die Aktionärs ſchnitten, kann man ſich vorſtellen, aber es half ihnen nichts; ſie mochten brummen oder murren, ſchimpfen oder ſchreien, ſie mußten zahlen und das Geld wanderte nach Frankfurt, wo man hübſche Geſchäfte mit den bedeutenden Kapitalien machte und die armen Aktieninhaber ſich halb zu Tode ärgern ließ. Ja, es ging noch weiter; man gewährte ſogar den Theilhabern nicht einmal das, ihnen doch vollkommen zuſtehende Recht, ſich einigen Ueberblick über den Stand der Dinge zu verſchaffen; man verweigerte ihnen alle Rechnungsablage und hielt ſie auf dieſe oder jene Weiſe zum Beſten. Daß nun ſolche Schwindeleien nicht eben günſtig auf die Aktien wirken konnten, das begreift ſich leicht; aber plötzlich erfuhr man noch ganz andere Dinge, Dinge, die denen ſchauerlich klangen, welche bei der Tau-

nuseisenbahn-Spekulation recht tief in der Tinte saßen.

Es verlautete nämlich, eine Summe von 18,000 Gulden sei für die Dienste eines großherzoglichen Staatsbeamten als Geschenk nach Darmstadt gewandert. Dies Gerücht wiederholte sich ein-, zwei- und dreimal und zwar so, daß es immer deutlicher wurde. Schon hörte man an verschiedenen Orten die Versicherung, die Sache sei mehr als Gerücht, sie sei volle Wahrheit, auch bemerkte man, daß einigen Herren in der wackeren Stadt Mainz, wo rechtliche und freisinnige und dabei zugleich mäßige Männer nicht zu den Seltenheiten gehören, sehr stark die Manschetten wackelten, obgleich sie keine trugen. Und siehe, die Sache wurde noch ärger, und immer leuchtender trat die Wahrheit hervor, und ihr Strahl traf das Haupt eines Mannes, der war gewaltig in Darmstadt und saß im Staatsrathe und hieß Knapp, und heißt noch so bis

auf dieſe Stunde. Und beſagtem Staatsrathe Knapp ſeien, alſo meldeten öffentliche Blätter und auch der Rheiniſche Poſtillon, von dem Vorſtande der Taunuseiſenbahn zu Mainz dafür, daß er ſich thätig des Vortheils der Geſellſchaft angenommen, 18,000 Gulden als Geſchenk angeboten und von ihm nicht zurückgewieſen worden. Und deſſen hatte der Vorſtand auch kein Hehl, ſondern er bewies, es ſeien dieſe 18,000 Gulden ein Ueberſchuß des Agio und ſtände ihm darüber volle Verfügung zu, eine Erklärung, worüber mehrere Aktionäre ganz bedeutend den Kopf ſchüttelten.

Und über ein Kleines, ſo waren alle Ortſchaften im Lande Heſſen dieſſeits und jenſeits des Rheins voll von dieſer Kunde, und man begriff nicht, wie ein Staatsdiener, der in dieſer Sache Bericht abgeſtattet (was man auf deutſch „referiren“ nennt), es hatte wagen können, ein Geſchenk anzunehmen, das doch, ohne ſich gerade

eines Irrthums ſchuldig zu machen, ſehr leicht für eine Beſtechung angeſehen werden durfte.

Es trug aber dieſe ganze Geſchichte in der That einen ſolchen Charakter an ſich, denn erwähnter Staatsrath Knapp hatte den Wunſch des Mainzer Eiſenbahnvorſtandes, die Bahn auf das rechte Mainufer zu verlegen, lebhaft unterſtützt und dadurch, ſtreng genommen, die Bahn aus dem Heſſiſchen hinausgebracht, während durch Verlegung der Bahn auf das linke Mainufer dieſelbe faſt ausſchließlich auf heſſiſchem Gebiet geblieben wäre. Man erkannte dies auch in Darmſtadt mit wahrer Entrüſtung an, und als der ganze Vorfall im Fränkiſchen Merkur erzählt worden, nämlich: „daß Hrn. Staatsrath Knapp von dem Eiſenbahnvorſtande **18,000** Gulden für ſeinen beiſpielloſen Dienſteifer angeboten worden, beſagter Herr ſich dieſerhalb an den Staatsminiſter Freiherrn von du Thil gewendet, dieſer dem Großherzog die Sache vorgeſtellt und dann Hrn.

Knapp geantwortet habe, er überlasse es ganz seinem Gefühl, das angebotene Geschenk zu verweigern oder anzunehmen, letzteres aber angenommen und also wirklich empfangen habe;" — da traten mehrere Kollegen des Herrn Staatsrath Knapp zusammen, machten dem Staatsminister Vorstellungen, wobei Einer dieser Herren sogar erklärt haben soll, unter solchen Umständen könne er nicht ferner mit Hrn. Knapp zusammen dienen. — Was hier mitgetheilt ist, stand zum Theil wörtlich in öffentlichen Blättern, und dagegen erhob sich kein Widerruf, Beweis genug, daß man die reine, volle Wahrheit gesagt hatte.

Auch ward die Wahrheit dadurch bestätigt, daß Hr. Knapp mit seinem vollen Gehalte in den Ruhestand versetzt wurde, und daß später, als die hessischen Stände zusammentraten, der Abgeordnete Grode wegen dieser Angelegenheit einen Antrag vor die Kammer brachte, worin er die

Regierung um Aufklärung über dieſe Sache bat. Der Antrag iſt dem betreffenden Ausſchuſſe zur Prüfung überwieſen worden, bis jetzt aber noch kein Reſultat, d. h. noch keine Antwort der Staatsregierung erfolgt. Indeß dieſe Antwort mag ausfallen wie ſie will, ſo wird ſich nicht abläugnen laſſen, daß gerade bei der Taunuseiſenbahn Ränke geſpielt worden ſind, wie ſie nur der ſchmutzigſte Eigennutz eingeben kann. Wir enthalten uns aller weiteren Beſprechung der Sache, nur ſo viel möge noch angedeutet werden, daß die Ungerechtigkeiten, welche auf dieſem Unternehmen laſten, niemals ausgeſöhnt werden können, auch wenn man jetzt raſtlos daran arbeitete, durch Thätigkeit, Eifer und Rechtlichkeit die heilloſen Verirrungen des verfloſſenen Jahres vergeſſen zu machen.

Ohne lange Umſtände und Vorbereitungen zu machen und ohne lange Berathungen, Beſprechungen und Beſchreibungen des neuen Ständ-

hauſes in Darmſtadt, ſind wir auf die Stände ſelbſt gekommen, die in den letzten Wochen des Jahres einberufen wurden und in deren erſten Sitzungen einmal die Knapp'ſche Achtzehntauſend-Gulden-Geſchichte, dann aber auch die „Hannöverſche Sache" zur Sprache ward. In der erſten Angelegenheit trat, wie ſchon bemerkt, der Abgeordnete Grode auf, in der anderen, bei weitem wichtigeren, der Dr. Glaubrech von Mainz, ein wackerer Mann, der trotz der Demagogenjägerei, trotz anderer eben nicht erfreulichen Dinge, die in Darmſtadt nicht nur oft, ſondern ſehr häufig vorfallen, dennoch ohne Furcht, aber mit Muth und Beſonnenheit ſich der Hannoveraner annahm und ſeinen Antrag dahin richtete: die Staatsregierung möge bei dem hohen Bundestage eifrig dahin wirken, daß Hannover wiederum zu ſeinem Rechte gelange. — Man war überraſcht über dieſe Sprache in der heſſiſchen Kammer, und noch überraſchter darüber, daß nicht

die Mehrzahl der Abgeordneten den Antrag verwarf, sondern ihn dem betreffenden Ausschusse überwies. — Dieser Ausschuß (ein Wort, das uns immer mit Widerwillen erfüllt) setzte sich in Thätigkeit, erkannte auch die Zulässigkeit des Antrags, brachte jedoch, ehe er darüber Bericht abstattete, ein Schreiben des Staatsministers du Thil zur Kenntniß der Kammer, in welchem, im Auftrage des Großherzogs, den Ständen mitgetheilt wurde: „da der Gegenstand des Antrages durchaus nicht die Interessen des Großherzogthums berühre, so könne er auch nicht als zur Wirksamkeit der Stände gehörig betrachtet werden; und deshalb sei zu bedauern, wenn die verehrliche zweite Kammer der Stände besagtem Antrage irgend eine willfährige Folge geben wollte: da Se. Königliche Hoheit der Großherzog, eine ständische Einwirkung auf Ihre Abstimmungen bei

dem deutschen Bunde, welcher Art solche auch sei, mit Ihren Rechten und Pflichten als Landesherr und Bundesglied nicht zu vereinigen wissen, und daher auch nie dulden können und werden."

Mit anderen Worten hieß dieser Bescheid: Verehrliche zweite Kammer des Großherzogthums Hessen, bekümmere dich nicht um Dinge, die außerhalb Hessen vorgehen, denn die Staatsregierung wird sich darauf doch nicht einlassen, wenn du auch darum bittest, und zwar einmal, weil hinter solcher Bitte immer eine Art Forderung steckt, die den freien Willen der Staatsregierung lähmt, und dann, weil diese oder die allerhöchste Person des regierenden Herrn sich auf keine Weise von ihren Unterthanen bestimmen lassen kann, dieses oder jenes zu thun oder nicht zu thun. — In Folge dieser Mittheilung von Seiten des Staatsministers brachte denn auch der berichtende Ausschuß einen vermitteln-

den Vorschlag an, der lautete: „die verehrliche Kammer möge sich zwar mit der Ansicht des Ausschusses über die Zuständigkeit der Stände einverstanden erklären, jedoch auf die beantragte Bitte in dem festen Vertrauen nicht eingehen, daß die Staatsregierung ohnehin nicht unterlassen werde, durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel bei dem deutschen Bunde auf möglichst baldige Wiederherstellung des gestörten Rechtszustandes im Königreich Hannover fortwährend hinzuwirken."

Dieser vermittelnde Vorschlag, der, man mag ihn ansehen wie man will, auch nicht die Idee einer Vermittelung enthält, schien die Sache beendigen zu wollen, indeß dies schien nur so. Der freisinnige Dr. Glaubrecht beruhigte sich dabei nicht, und um wenigstens an seinem Theile von der hessischen Kammer der Abgeordneten den Vorwurf abzuwälzen, als habe sie in dieser hochwichtigen Angelegenheit die Stimme eines Pre-

digers in der Wüste hören lassen, sprach er in offener Sitzung vor einem zahlreich versammelten Publikum noch einmal über Hannover, erörterte klar und einfach das Recht der Stände, sich mit einer, das konstitutionnelle Leben Deutschlands angehende Sache einzulassen und tadelte, daß der Staatsminister du Thil in seinem Schreiben die persönlichen Wünsche des Großherzogs, ohne daß dazu ein nothwendiger oder konstitutionneller Anlaß vorgelegen habe, in die Sache hineingezogen habe, worauf er auf seinen früheren Antrag zurückkam, nämlich die Staatsregierung zu bitten, sich zur Wiederherstellung der hannöverschen Verfassung bei dem hohen Bundestage auf das kräftigste zu verwenden. Wenige Tage darauf, d. h. am 17. December, kam dieser Antrag noch einmal zur Abstimmung, und siehe, mit 21 Stimmen gegen 20 ward für denselben, also für eine Adresse an die großherzogliche Staatsregierung entschieden.

So verdankt es denn die Abgeordnetenkammer des Großherzogthums Heſſen einem freiſinnigen Manne, daß ſie, trotz dem Ankämpfen der Staatsregierung, in der hannöverſchen Angelegenheit nicht zurückgeblieben iſt hinter den hochherzigen Anſtrengungen anderer deutſchen Ständekammern, und dafür erlauben wir uns dem Dr. Glaubrecht ein Lebehoch zu bringen, aus der tiefſten Tiefe des Herzens, und knüpfen daran den Wunſch, daß er die Freude erleben möge, das, wofür er ſo kräftig geſprochen, erfüllt zu ſehen.

Hiermit verlaſſen wir das Großherzogthum Heſſen, erfreut, daß ſeine Stände anders handeln als der Vorſtand der Taunuseiſenbahn, und wenden uns dem Königreiche Bayern zu, einem Lande, das mit dem Beginnen des Jahrs 1838 vier neue Kleider anzog, nämlich ein bayeriſches, ſchwäbiſches, fränkiſches und ein pfälzeriſches. Wem dies nicht ganz klar ſein ſollte, der möge wiſſen oder vielmehr ſich erinnern, daß Bayern ſeit dem

Jahre 1838 die alte, an geſchichtlichen Erinnerungen reiche Eintheilung in Bayern, Schwaben, Franken und die Pfalz wieder hergeſtellt hat, eine Eintheilung, die gewiß in mancher Beziehung mehr Geldaufwand erforderte als einſt die Verordnung: Bayern nicht mehr mit einem J, ſondern mit einem Y zu ſchreiben, ein Buchſtabe des Alphabets, der zwar kein deutſcher iſt, aber vielleicht nur deshalb gewählt wurde, um wenigſtens in dem Worte Bayern auch etwas Griechiſches zu haben.

Ueber Bayern zu ſprechen, iſt, wenn man ausführlich reden will, ſehr gefährlich, und in gedrängter Kürze ſehr ſchwer. Hüllt man das, was man darüber ſagen kann, in Baumwolle, ſo denken Einige, man hat die Abſicht, ihnen die Ohren zuzuſtopfen, Andere meinen (und wirklich haben ſie nicht Unrecht), ſolche in Wolle gewickelten Redensarten machten keinen Lärm, und wenn man mit ihnen um ſich würfe, ſo fühle

der, den man zufällig getroffen, gar nicht einmal den Wurf und nehme deshalb auch keine Notiz davon. Schon aus dieſem Grunde geräth man in arge Verlegenheit, und doch giebt es noch weit gewichtigere Gründe, unter denen freilich das polizeiliche Verbot an ſich das unbedeutendſte iſt. Am beſten iſt es daher, man erzählt, was ſich zugetragen hat ohne alle Bemerkungen und überläßt es dem Leſer, ſich die Noten und Randgloſſen ſelber zu machen.

Die Ereigniſſe, welche im Laufe des Jahres 1838 die bayeriſche Welt bewegten, haben ſich, mit einiger Ausnahme, kaum über die Gränzen des Königreichs erſtreckt. Die darüber hinausgingen, waren indeß ſehr kriegeriſcher oder aufregender Natur, aber nicht von Kanonendonner begleitet, wiewohl die bayeriſche Artillerie in dem Kaiſer von Rußland einen hohen und ſo gewichtigen Lobredner gefunden hat, daß ſie ſich wohl hätte verſucht fühlen können, außer dem Luſtla-

ger bei Augsburg, noch anderswo Proben ihrer Fertigkeit und Tüchtigkeit abzulegen. Jedoch das geſchah nicht, wohl aber warf die Glaubens-Artillerie, den großen Genie-General Görres an ihrer Spitze, Brandraketen heiligen Zorns in die ſündige Welt, beſonders nach dem gottloſen Preußen, das ſo vermeſſen war, ſich von den Dienern der Kirche nicht auf der Naſe ſpielen zu laſſen, auch nicht leiden wollte, daß Prieſter des alleinſeligmachenden Glaubens gemiſchten Brautpaaren den kirchlichen Segen verweigerten. Dergleichen Anmaßungen Preußens brachten den gläubigen Görres, der einſt ſelber ein Saulus geweſen und in rother Jakobinermütze die Kinder des Lichts verfolgt, in wilde Entrüſtung und er beſchwor den alten Kirchenvater Athanaſius aus dem Grabe herauf, legte ihm deutſche Worte in den Mund und gebot ihm, aller Welt zu verkündigen, daß „zweiſchlächtige Baſtarde" (alſo beliebte es ihm, die Nachkommenſchaft gemiſchter

Ehen zu nennen) nie Theil haben könnten an der Seelen Seligkeit, und daß aus ihnen ein Geſchlecht hervorgehen werde, das Verderben und Drangſal über die Erde bringen, die Kirche untergraben, mit einem Worte „Thron und Altar" umkehren würde. Und dabei eiferte Athanaſius mit namenloſem Grimme gegen die Aufklärung und gegen Alles, was die neue Zeit geſchaffen, und zeigte in ſalbungsreichen Worten den Weg, der allein zum wahren Heile führen könne. Und ſiehe, dieſes Ziel liegt nicht in Deutſchland, ſondern **ultra montes**, was auf deutſch heißt, weit über die Berge, die Alpen hinaus, in dem blühenden italiſchen Garten, in Rom, in der ernſten, uralten Stadt, wo in den Hallen des Quirinals der Hort der Chriſtenheit thront, ein würdiger Greis, der heilige Vater. Er iſt es, wie Athanaſius lehrt, in dem die Einheit der Kirche ſich darſtellt, und da er das A und das O iſt, der Anfang und das Ende, alſo gehen

auch nur von ihm die ewigen Wahrheiten aus, und wer gegen dieſe ſich aufzulehnen, ſie in Zweifel zu ziehen wagt (und dies thun die aufgeklärten Männer), der iſt verloren und hat keinen Theil an der unvergänglichen Herrlichkeit.

In dieſer oder vielmehr in ähnlicher Weiſe ließ Görres den Athanaſius eifern, und er fand viele Anhänger nicht nur in Bayern, ſondern auch im Münſterlande und in den Gauen des preußiſchen Rheinlandes. Jedoch ward dem Athanaſius der Weg vertreten; er ward verboten, auch erhoben ſich von allen Seiten Gegner gegen ihn, fade und geiſtreiche, geſchickte und ungeſchickte, berufene und unberufene. Und ſo wurde ein Krieg eröffnet, deſſen Flammen noch immer verzehrend emporlodern, ohne daß ihnen Einhalt gethan worden wäre von dem Broſchüren-Wolkenbruch, aus dem ſeit dem Auftreten des Athanaſius unaufhörlich Waſſermaſſen auf Deutſchland

herabstürzen. Nur wenige dieser Flugschriften haben einen bleibenden Werth, und wenn man den Satz auch gelten lassen kann: daß durch öffentliches Besprechen einer Sache die Wahrheit derselben herausgestellt wird; — so ist es doch auch nicht zu verkennen, daß man nicht selten, ehe man zu der reinen Wahrheit gelangt, einen sehr schmutzigen Weg zu machen hat.

Mit dem Athanasius von Görres kämpften und kämpfen noch zu gleichem Zwecke mehrere bayerischen Blätter, namentlich die „Neue Würzburger" und die „Münchner politische Zeitung," welche, trotz aller Beschwerden Preußens, ihre Angriffe unter bayerischer Censur fortsetzen, während den Blättern anderer Staaten nicht gestattet wird, sich über Bayern in ähnlicher Weise auszusprechen. Warum man diese Rücksicht gegen Bayern nimmt, dazu liegt gar kein Grund vor, und will man sich auf das Sprichwort stützen: „der Klügste giebt nach," — so mag das im

Privatleben ein ſehr lobenswerther Grundſatz ſein, aber im öffentlichen, politiſchen Leben, wo es ſich darum handelt, die Rechte des Vaterlandes, des Volks, der beſtehenden Geſetze durch das freie Wort zu vertreten, ſollten dergleichen Rückſichten, auch wenn ſie aus der Quelle der Friedensliebe fließen, durchaus wegfallen. Kann nicht hier und da Einer, können nicht Mehrere im Volke durch die nachſichtige Cenſur auf dieſer, und durch eine ſcharfe auf jener Seite, zu der Idee verleitet werden, daß da nicht Nachſicht, nicht Partheilichkeit, ſondern ein gutes Recht verwalte? — Es iſt nicht unſer Zweck, hier lange Tiraden herzuleiern über dergleichen Erſcheinungen, aber wir wünſchen, daß man dieſe wichtige Angelegenheit in Erwägung ziehen, und ſoll einmal eine Cenſur beſtehen, dieſelbe auf allgemeine, jedem zugängliche Geſetze gründen möge. Man würde damit den Cenſoren und Schriftſtellern einen gleich weſentlichen Dienſt lei-

ſten und beide, die ſich oft, dieſer durch ſeine geiſtige Richtung, jener durch ſeine Amtspflicht ſchroff gegenüber ſtehen, in freundliche Annäherung bringen. Möge unſer beſcheidenes Wort, wenn es überhaupt ſein Leben behält, nicht verhallen!

Dies im Allgemeinen über den Kampf der bayeriſchen Blätter für das ſogenannte ultramontane Syſtem. Mit dieſen Blättern ging man auch von oben herab Hand in Hand, und wie durch Hervorholung der drei alten Namen Franken, Schwaben und Pfalz ſattſam das Beſtreben hervortrat, ſich immer mehr und mehr dem Alten, einer glücklich überſtandenen Vergangenheit anzuſchließen, eben ſo geſchah es in kirchlicher Beziehung. Hieran war freilich ſchon in den jüngſt verfloſſenen Jahren unabläſſig gearbeitet worden, aber dies Jahr ſetzte dieſen Bemühungen in ſo fern die Krone auf, als man nun auch mit einer Reihe Geſetzen anrückte, die

einen ehernen Damm um die Gesellschaft ziehen und sie einengen sollten in die Grundsätze, die man als die einzig wahren und richtigen erkannt hatte.

So wurden Verordnungen erlassen, wie sich das Militär während des Gottesdienstes benehmen sollte; ferner ein Verbot des Besuchs der Wirthshäuser und Tanzböden von Seiten der Jugend; ferner ein Gesetz, daß Jünglinge und Jungfrauen bis zum 18. Jahre jeden Sonntag nach dem Schulunterrichte auch die christliche Lehre besuchen sollten u. s. w. Eine andere Verordnung bestimmte und verlangte, jeder solle, nach bestimmten Musterblättern, sich der Erlernung einer schönen Handschrift befleißigen, ein an sich heilsames Gebot, wenn es nur in anderer Form erschienen wäre; dann ward bestimmt, daß, zur Verhütung der Prügeleien unter den jüngeren Leuten auf dem Lande, die Anstifter solcher Unordnungen auch Prügel erhalten sollten; wie-

derum ward festgesetzt, wie Unteroffiziere und Gemeinen vor den Civilbehörden zu erscheinen hätten, und daß die letzteren die Unteroffiziere Sie, die Gemeinen Er anreden sollten. Zur Abwechslung erschien dann auch eine Verordnung, welche den Kirchenverwaltungen die Betreibung des Seidenbaues empfahl, oder das Verbot des Verkaufs geheimer Mittel (worunter namentlich die Frankfurter Pillen begriffen wurden) enthielt, oder den Magistratspersonen die Erhaltung alter Denkmäler zur Pflicht machte und dergleichen mehr. Wie gesagt, es herrschte in den erlassenen Gesetzen und Verordnungen die größte Mannigfaltigkeit, und sie boten in der That ein lebendiges Bild von der Vielseitigkeit der Verwaltung. Zugleich fand auch, in Folge der Umtaufe der einzelnen Gebiete des Königreichs, eine Veränderung in der Administration und Justizverwaltung Statt, und nun begannen wahre Beamtenwanderungen, wobei sich unend-

ich viel Gefühle der Achtung, Rührung, Liebe und des Vertrauens Luft machten, die bis dahin geschwiegen. Wurde nämlich ein Staatsbeamter aus einer Stadt in die andere versetzt, so gaben die Bürger oder vielmehr Unterthanen (denn das Wort Staatsbürger ist abgeschafft) dem scheidenden Beamten ein Mittagsmahl oder ein Nachteſſen, während deſſen viel über das Vaterland, über die neue Einrichtung und die, welche noch zu erwarten seien, gesprochen und dann so viel Gesundheiten ausgebracht wurden, daß die Krankheiten gar nicht mehr den Muth hatten, sich in Bayern zu zeigen. Ehe nun dieſer mit Speiſe und Trank, Dankbarkeit und Rührung gestärkte Beamte wirklich fortging, wurde ihm noch eine Nachtmusik mit Fackelzug gebracht, und am anderen Morgen gab man ihm das Geleite. Solche Aufzüge, durch welche der gesetzliche und gesunde Sinn des Volks recht offenbar wurde, nahmen einige Zeit hindurch gar kein Ende, denn in

gleicher Weiſe wie man dem abgehenden Beamten die Scheideſtunde erleichtert hatte, ſo ſuchte man dem ankommenden durch einen pomphaften Empfang im Voraus Luſt und Liebe für ſeinen neuen Wirkungskreis einzuflößen. Und viele Beamten ſollen auch bei dieſer Gelegenheit wirkliche Freudenſprünge gemacht haben, worüber man ſich indeß um ſo weniger wundern darf, da, laut Münchener Berichten, Niemand fleißiger die Turnanſtalten beſuchte als die Beamten.

Mit dieſer Beamtenwanderung traten dann auch in dem letzten Viertel des Jahres große Reformen im Schul- und Univerſitätsweſen hervor. In betreff der Schulreformen ging man von der humanen Anſicht aus, den Herren Lehrern, die ſich ja überdies mit der widerſprenſtigen Jugend zu quälen hatten, das Leben ſo bequem wie möglich zu machen, und zu dieſem Ende wurden für alle Fächer des Unterrichts die Bücher beſtimmt, nach welchen gelehrt werden

ſollte. Ob hierbei an die Lehrer die geheime Weiſung ergangen ſein mag, ſich bei Benutzung dieſes oder jenes Lehrbuchs eigener Bemerkungen und Erweiterungen deſſen, was in den vorgeſchriebenen Büchern ſtand, zu enthalten, wiſſen wir nicht, und wenn wir dies hier als Vermuthung aufſtellen: ſo iſt es blos geſchehen, um eben eine Vermuthung, die mit den, in Bayern herrſchenden Maximen ganz gut im Einklange ſtehen könnte, auszuſprechen.

Um nun die Gewißheit zu haben (denn einen anderen Grund können wir uns möglicher Weiſe nicht denken), daß auch die empfohlenen oder befohlenen Bücher angeſchafft würden, ſchritt man zu einem Manöver, das ohnſtreitig dem beliebten Monopol-Syſtem des Vicekönigs von Aegypten entlehnt war. Man errichtete einen Central-Schulbücher-Verlag und verordnete, daß alle Lehrinſtitute des Reichs von hier aus die Schulbücher beziehen müßten. Die Sache ward

so eingeleitet, daß sie Vielen recht plausibel scheinen konnte. Man sagte nämlich, es sollten von dem genannten Central-Schulbücher-Verlags-Büreaur alle in Bayern eingeführten Bücher in großen Parthieen gegen baare Zahlung angekauft und den Schulinstituten für den möglichst billigen Preis überlassen werden; auch würde man Sorge tragen, daß passende Lehrbücher verfaßt, gedruckt und ebenfalls so billig wie möglich an die Schulen geliefert würden.

Auf den ersten Blick sah diese Anstalt höchst wohlthätig aus, allein die Buchhändler Bayerns fanden doch sehr bald, daß man auf ihren Ruin ausgehe und wandten sich deshalb an den König mit einer ernsten Beschwerde um Beeinträchtigung ihres Gewerbes. Auch zeigten die Vorsteher vieler Lehranstalten einen sehr gesunden Sinn für Rechtlichkeit und nahmen die, ihnen von dem Central-Schulbücher-Verlag übersandten Bücherballen entweder gar nicht an oder übergaben sie

uneröffnet den betreffenden Behörden. Alle diese ernsten Demonstrationen gegen den Central-Bücher-Verlag konnten als eben so viel gültige Beweise gegen die Ungesetzlichkeit des Instituts überhaupt angesehen werden, und deshalb erkannte denn auch das Ministerium auf die Beschwerde der Buchhändler, sie möchten sich sämmtlich an die betreffenden Behörden nach München wenden. Daß die Buchhändler hier Recht erhalten, dürfte keinen Augenblick bezweifelt werden, und so stände denn das Bücherhandel-Monopolsystem auf so schlechten Füßen, daß sein naher, gänzlicher Untergang kaum noch bezweifelt werden kann.

Je glücklicher aber auf der einen Seite die Buchhändler waren, um so verderblicher brach das Ungewitter über die Schullehrer in Rheinbayern oder in der Pfalz herein, gegen welche eine Verordnung erlassen ward, die diese Unglücklichen in Verzweiflung bringen mußte, wenn sie sich noch nicht darin befanden. Diese Ver-

ordnung, von allen europäischen Gesetzen des Jahres 1838 ohne Zweifel die originellste, verbot den Schullehrern das Tragen der Backen-, Schnur- und Halsbärte, das Tragen besonderer Abzeichen an Kappen, Uhrbändern und dgl.; ferner den Besuch von Kirchweihen, Wirthshäusern, sonstigen Gastmählern und Schmausereien und endlich jede Theilnahme an Jagdvergnügungen. Dies waren die Verbote jenes Gesetzes, die Gebote gingen aber dahin, daß sich die Schullehrer, und was zu ihnen gehört, ihrem Stande gemäß, schlicht und einfach kleiden, mit der Jugend an Sonn- und Feiertagen in die freie Natur gehen, diese zur Sittlichkeit anhalten und sich mit ihr über hierauf bezügliche Gegenstände unterhalten sollten.

Wie ein Donnerschlag traf die Schultyrannen dieses Edikt, und es bedurfte einiger Zeit, ehe sie sich erholen und den Sinn der Verordnung fassen konnten. Die erste Frage war: Was

haben unſere Bärte verbrochen? — Dann ſtellte man über die anderen Punkte, namentlich aber darüber, warum man Kirchweihen und dergleichen nicht mehr beſuchen ſollte, Betrachtungen an. Das Letztere erkannte man zuletzt als eine, aus humanen Grundſätzen hervorgegangene Diätätsregel, und in der Bartvernichtung wollte man, beſonders mit Bezug auf die Halsbärte, eine Finanzſpekulation entdecken, die darauf berechnet ſei, den Verbrauch der ſeidenen Halstücher zu ſteigern, um dadurch der vaterländiſchen Seidenbau-Induſtrie auf die Beine zu helfen. Denn daß ein, wöchentlich zwei- oder dreimal geſchorener Halsbart für ein Tuch eben kein Vortheil iſt, ſieht auch der ein, dem ſonſt Begriffe für dieſes oder jenes fehlen, und deshalb muß man ſich durchaus nicht wundern, wenn die Schullehrer in Rheinbayern, unter denen es übrigens ganz tüchtige Leute giebt, ſehr ſchnell den eigentlichen Zweck des Geſetzes auffaßten und

ſich als gezwungene Patrioten dem heiligen Muß fügten. Und über ein Kleines, und ſiehe, ſie waren bartlos und frei von allem Makel, der ihnen ſonſt angeklebt, und die Jugend freute ſich, daß ſich ihre Lehrer verjüngt, und nur hier und da mochte ſich ein ſchon reiferer Bube freuen, daß ſein Lehrer, nach deſſen Pfeife er bisher hatte tanzen müſſen, nun auch nach einer höheren Pfeife tanzen und dergeſtalt dem Geſetze unterthan ſein mußte, daß er nicht einmal Herr blieb über ſein eigenes Haar.

Wer möchte beſtreiten, daß nicht dieſe oder ähnliche Gedanken in manchem Buben rege geworden ſind, und gerade hierin liegt das Verderbliche jenes, zur Oeffentlichkeit gebrachten Geſetzes. Es hat den Lehrerſtand in der Pfalz herabgeſetzt, ihn der Verhöhnung und Verſpottung Preis gegeben, und ob dies harte Schickſal auch der jämmerlichſte Dorfſchulmeiſter verdient,

muß, mit Berücksichtigung des ganzen Standes, auf das entschiedenste verneint werden.

Es bleiben nun noch diejenigen Verordnungen übrig, welche auf die bayerischen Lyceen und Hochschulen Bezug haben. Sie sind in allen Zeitungen so viel besprochen worden, bieten immer noch den aufgeklärteren Geistern des Reichs einen traurigen Stoff, um über die Rückschritte der bayerischen Unterrichtsanstalten wehmüthige Betrachtungen anzustellen, und tragen endlich einen so verwickelten Charakter an sich, daß es den Raum dieser Blätter weit überschreiten würde, sollte hier ausführlich und allgemein verständlich darüber abgehandelt werden. Der Hauptzweck dieser Studienordnung ist dahin gerichtet, den Unterricht der Jugend, sowie überhaupt die ganze Volkserziehung wiederum von der Gewalt der Pfaffen abhängig zu machen, zugleich aber auch die Geister derer, die nach einer höheren wissenschaftlichen Bildung streben, in Fesseln einzuen-

gen, die, wenn sie auch von Einzelnen zerbrochen werden, doch im allgemeinen nicht ohne Wirkung bleiben, und eine geistige Unmündigkeit erzeugen werden. Das möchte es aber hauptsächlich sein, wonach man strebt, wenigstens wird es immer mehr offenbar durch die Ansiedlung und allmälige Verbreitung der Jesuiten, die jetzt sogar eine Erziehungsanstalt auf Subscription gründen, deren Grundkapital von **100,000** Gulden durch lebhafte Theilnahme in den höheren Kreisen in kurzer Zeit bis auf eine geringe Summe zusammengebracht war.

Wir halten uns nicht für berufen, hierüber abzuurtheilen, wollen nur mittheilen, was geschehen ist, und deshalb darf nicht vergessen werden, daß die königliche Kabinetskasse zur Begründung des Klosters Frauenwörth **36,000** Gulden hergab, daß im Laufe des Jahres manche andere Stiftungen bedacht, der Orden **Beatae Mariae virginis a charitate boni pastoris** (von der Liebe

des guten Hirten) eingeführt ward und zu Niederviehbach (ein sehr ironischer Name) ein Kloster erhielt zur Aufnahme für gefallene Mädchen, Frauen und Wittwen und zum Schutze der jungen weiblichen Unschuld vor Verführung, daß ferner Sammlungen für die Franziskaner am heiligen Grabe veranstaltet, und noch viele andere Werke frommer Gesinnung ausgeführt wurden; daß aber die Benediktiner, einer der achtungswerthesten und für die Wissenschaften hochverdienten Mönchsorden, welche vor mehreren Jahren von Wien aus nach München gekommen waren, die Residenz wieder verließen und den Staub von ihren Füßen schüttelten. Die Benediktiner befanden sich unwohl in der römisch-jesuitischen Luft, und obgleich sie Alles angewandt hatten, dieselbe zu reinigen: so war ihnen dieser Prozeß doch nicht gelungen, und deshalb flohen sie die, mit Schwefeldünsten geschwängerte Atmosphäre, ein schlagender Beweis, daß die

heller ſehende katholiſche Welt von ultramontanen und jeſuitiſchen Umtrieben nichts wiſſen will.

Während man jedoch ſolchergeſtalt mit ſogenannten heiligen Werken beſchäftigt war, wurden von verſchiedenen Seiten ſehr laute Klagen gehört, daß man wichtige Dinge gänzlich vernachläſſige. Man tadelte zwar nicht die Bemühungen, den Weg zum Himmel eben zu machen, meinte aber, da man, um zum Himmel zu gelangen, auch auf irdiſchen Wegen wandeln müſſe: ſo ſei es durchaus nicht für ſündlich zu halten, wenn man an Verbeſſerung der Landſtraßen, an die Anpflanzung von Bäumen und an die Befriedigung ſo vieler nothwendigen Bedürfniſſe denke. Solche Klagen ſind aber, ſo viel wir wiſſen, in den Wind verhallt, denn bis Dato haben wir nicht vernommen, daß man ſich mit Abſtellung derſelben eingelaſſen hätte.

Wir können von Bayern nicht ſcheiden, ohne noch einige Bemerkungen zu machen, die, ſo

weit menschliche Berechnungen reichen, einen mög-lichen Einfluß auf die künftige Politik des Kabi-nets haben können. Der Besuche des russischen Kaisers und seiner Gemahlin, so wie des Thron-folgers geschah schon Erwähnung, auch ward be-richtet, wie sich an die plötzliche Reise des Kron-prinzen von Bayern nach Potsdam, wo sich die kaiserliche Herrscherfamilie von Rußland im An-fange des Herbstes traf, Gerüchte knüpften, als sei es auf eine Familienverbindung zwischen Bayern und Rußland abgesehen. Diese Gerüchte haben sich jedoch als grundlos erwiesen, wie die im Anfange des Jahres, welche nichts anders ver-kündigten als eine Verbindung des Kronprinzen von Bayern mit der Prinzessin Clementine, der dritten Tochter des Königs der Franzosen. Da-gegen hat ein anderes Ereigniß die europäische Welt in Erstaunen gesetzt, nämlich die nunmehr erfolgte Verlobung des Prinzen Maximilian von Leuchtenberg mit der Großfürstin Maria von

Rußland, eine Verbindung, bei welcher auf die Sprache des Herzens mehr gehört worden iſt als auf die der Politik. Wir glauben dies um ſo mehr, da man bei dem Kaiſer von Rußland den Selbſtherrſcher ſtreng von dem Vater ſcheiden muß; was der Kaiſer thut, ſind Handlungen politiſcher Grundſätze, was aber der Gatte und Familienvater vollbringt, hat mit jenen kalten Prinzipien nichts gemein. Dies ſind Akte einer zärtlichen Liebe für die Seinen, und es ſcheint, als habe der Selbſtherrſcher von Rußland in ſeinem Hauſe ſich ſelbſt einen Altar errichtet, an den er von Zeit zu Zeit flieht, um von den vollbrachten Pflichten einer ſogenannten eiſernen Nothwendigkeit auszuruhen. — Daß jedoch auch die Politik jener Verbindung nicht fremd geblieben, iſt zum Theil durch öffentliche Blätter ausgeſprochen worden, namentlich aber in einem Artikel, den die Schleſiſche Zeitung aus München unterm 15. December mittheilt. Es wird in

dieſem Artikel zuerſt davon geſprochen, daß, wie Rußland konſequent darin verfahre, in ſeinem Reiche am allerwenigſten aber bei einem Mitgliede des Herrſcherhauſes einen Abfall von der griechiſchen Kirche zu dulden, ebenſo Bayern immerdar dem katholiſchen Glauben treu bleiben und daher der künftige Thronfolger ſich eine katholiſche Prinzeſſin zur Gemahlin erwählen werde, und weil dem ſo ſei, könne auch von einem geſpannten Verhältniß zwiſchen Rußland und Bayern, als Folge der jetzt ſtattgehabten Verbindung, nicht die Rede ſein.

Nach dieſer Einleitung heißt es in jenem Artikel wörtlich ſo: „Der ruſſiſche Hof, von mehreren Seiten bedrängt, muß eine Ausdehnung der Allianzen wünſchen. Dazu bot nun unſer Königshaus die beſten Ausſichten. Einerſeits war das verwandte ſchwediſche Fürſtenhaus,* das die

* Die Gemahlin des Kronprinzen Oscar von Schweden, Joſephine, iſt eine Schweſter des Herzogs Maximilian von Leuchtenberg.

Einfahrt in's baltiſche Meer (den Sund) mitbeherrſcht, zu gewinnen, und andererſeits ein deutſcher Mittelſtaat, der durch Verwandtſchaftsbande mit Oeſtreich verknüpft iſt und Griechenland ſeinen Herrſcher gab, in das lebendigſte Intereſſe zu ziehen."

So weit wir dieſe Worte verſtehen, deuten ſie alſo darauf hin, daß ſich Bayern fortan enger an Rußland anſchließen und vielleicht ſich allmälig von den Intereſſen des gemeinſamen deutſchen Vaterlandes zurückziehen werde. Die künftige Politik Bayerns wird zeigen, ob jener Artikel für mehr als leeres Zeitungsgeſchwätz zu halten ſei.

Wir nähern uns nun dem Mittelpunkte des ſüddeutſchen Lebens, den konſtitutionnellen Staaten Würtemberg und Baden, die in vieler Beziehung eng verſchwiſtert ſind und ſchon durch ihre geographiſche Lage zum einträchtigen, brüderlichen Zuſammenhalten aufgefordert ſein dürf-

ten. In Würtemberg trat wie in Baden gleich am Anfange des Jahres ein außerordentlicher Landtag zusammen, welche beide dem Namen nach ganz verschiedenartige Interessen zu berathen hatten, doch aber darin übereinstimmend handelten, daß sich in beiden Staaten die Kammern der Abgeordneten der vernichteten Verfassung Hannover's auf das kräftigste annahmen. Welche Wirkungen diese hochherzige Verfechtung bis jetzt gehabt hat, läßt sich weder bestimmt angeben, noch sicher vermuthen, doch dürften die Schritte, welche der Bundestag zu Gunsten der Hannoveraner thun wird, im Zusammenhange mit den Verwendungen stehen, an welchen die Bundestagsgesandten der konstitutionnellen Staaten es nicht haben fehlen lassen.

Was nun zuerst den würtenbergischen Landtag betrifft, so beschäftigte sich dieser mit der Berathung eines höchst dringenden Bedürfnisses, mit einem Strafgesetzbuch. Aus der Einleitung, welche

der Geheimerath von Schwab über diesen Gegenstand in der ersten Sitzung am 17. Januar gab, ging die trostlose Wahrheit hervor, daß man sich seit beinahe drei Jahrhunderten (nämlich seit 1551) mit einem Strafgesetzbuche beschäftige, jetzt aber erst dahin gekommen sei, den Ständen einen Entwurf desselben, den Anforderungen der Zeit entsprechend, vorzulegen. Es mochte vielleicht Einigen der Abgeordneten bei dieser Eröffnung einfallen, daß, wenn man so lange Zeit zu einem Entwurfe gebraucht habe, wahrscheinlich auch die Berathung dieses Entwurfs so lange dauern würde. Indeß hierin irrte man sich, denn die Berathung dauerte zuerst weit über 5 Monate, wurde dann unterbrochen, aber wieder aufgenommen und auf eine Weise zu Ende gebracht, daß sie, bei Lichte besehen, noch gar kein Ende hat, sondern nur einstweilen schlummert, um einst wieder aufzustehen zu neuer Kraft und neuem Leben. Wie übrigens die Berathung theils von

einzelnen Abgeordneten, theils von den Regierungskommissarien (wobei indeß die wackeren Bemühungen einzelner Ständemitglieder nicht verletzt werden sollen) beurtheilt wurden, mag man aus den Worten des Geheimerath von Schwab schließen, der ganz laut erklärte: „das Strafgesetzbuch sei in 5 Monaten nicht weniger als dreimal durchgepeitscht worden und noch immer sei kein Ende abzusehen.“ In diesen Worten lag für die Deputirten gewissermaßen ein Vorwurf, allein der Abgeordnete Freiherr von Hornstein wies diesen zurück und sagte: „die Kammer habe das Bewußtsein, daß sie die fünf Monate ihres Beisammenseins an ihrem Leben abgesessen habe.“ — Will man nun diese Worte auch für eine Rechtfertigung gegen den oben erwähnten Vorwurf ansehen, so konnte doch auch der Sinn darin liegen, daß man sich fünf Monate hindurch vergeblich abgequält habe. Denn wenn man fünf Monate seines Lebens bei einer Sache absitzt,

so heißt das doch nur auf eine verblümte Weise, man habe fruchtlos Mühe und Arbeit daran gewendet, weil man von seinem Leben, d. h. von seinem geistigen, nicht fünf Monate abgesessen, sobald man in dieser Zeit etwas Heilsames hervorgerufen, geschaffen oder befördert hat.

Auf der anderen Seite war aber auch der Ausspruch des Regierungskommissarius vollkommen der Wahrheit treu, das Strafgesetzbuch war innerhalb fünf Monate im vollen Sinne des Worts dreimal durchgepeitscht und doch nicht zu Ende gebracht worden. Dies hing nämlich auf folgende Weise zusammen: Zuerst nahm die zweite Kammer den Entwurf des Strafgesetzbuches beim Kragen, sah ihn links und rechts, oben und unten, von vorn und von hinten an, schnitt ihn auf, nahm die Eingeweide heraus und prüfte diese, d. h. die einzelnen Paragraphen mit ihren Neben- und Zusatzartikeln. Dabei gab es lustige und traurige Dinge zu hören, und es herrschte

oftmals in der Kammer eine große Heiterkeit, aber auch oft ließ sich Traurigkeit oder mindestens Verstimmung sehen. Viele Paragraphen erforderten lange Berathungen oder führten stürmische Debatten herbei, bei denen sich die Meinungen, der Scharfsinn, das Praktische, das Volksthümliche, das Hinneigen zum Regierungssystem, der furchtlose und gesetzliche Ton der Opposition und alle die Farben kund gaben, die sich in einer Deputirtenkammer vorfinden müssen, soll sie einen wirklichen parlamentarischen Charakter an sich tragen. Auch fehlte es nicht an witzigen und komischen Redensarten und Bestimmungen. So gab in der **34.** Sitzung am **3.** März der **152.** Artikel des Strafgesetzbuchs, der über die Beleidigung der Amts-Ehre handelt, Veranlassung zu Mittheilungen, die der niederen Beamtenwelt eben nicht sehr angenehm sein konnten. Zuerst bemerkte der Abgeordnete von Zeller: „Ein Beamter, der seine Schul-

digkeit thue, der zu unterſcheiden wiſſe, wann er im Amte iſt und wann nicht, der werde nicht beleidigt, er dürfe aber keine zu feinen Ohren haben. Man ſolle die Bürger mit Worten ſtrafen, das wirke mehr als Freiheitsſtrafen.“ Hierauf zog der Redner über die Notariats-Aſſiſtenten, die man, ſeiner Anſicht nach, nicht hätte zu den öffentlichen Dienern rechnen müſſen, gewaltig her, nannte ſie hochmüthige Leute und förmliche Kratzbürſten, die man kaum anſehen dürfe, ohne daß ſie nicht ſofort ihre Amtsehre für beleidigt hielten. Dieſer Meinung waren auch die Abgeordneten Pfleiderer und Schott, welcher letztere zur Bekräftigung ſeiner Ausſage erzählte, er habe einen Ober-Amtsrichter gekannt, der als Ober-Amtmann einen Schultheißen mit ſo harter Stimme angefahren habe, daß dieſer vor Schreck in Ohnmacht gefallen ſei. Hieran ward noch von demſelben Deputirten die Bemerkung geknüpft, daß die Beamten auf eine ganz gewiſ-

senlose Weise mit der Zeit der Bürger umgingen und die, vom Amtssitze oft viele Stunden entfernt wohnenden Partheien lumpiger Bagatellen halber vorlüden.

Diese Rügen gegen die Beamten mögen Manchem sehr unangenehm in die Ohren klingen, aber man sollte doch endlich zu der Einsicht kommen, daß das Publikum nicht der Beamten wegen da ist, sondern die Beamten des Publikums wegen. In Preußen hat man dies längst erkannt, und im Allgemeinen sind die dortigen Beamten überaus höflich, besonders aber die Postbeamten, die dort, wenn sie sich einmal vergessen, von dem Namen „Nagler" förmlich elektrisirt und so geschmeidig werden, daß man sie um einen Finger wickeln kann. Die süddeutschen Postbeamten mögen sich dies hinter die Ohren schreiben, denn in der That, sie würden sehr gut thun, wenn sie von Zeit zu Zeit

„Alberti's Komplimentirbuch" oder „Knigges Umgang mit Menschen" studirten.

Wir kehren nach dieser Abweichung in die würtembergische Abgeordneten-Kammer zurück, wo sich bei den Strafbestimmungen für Verbrecher einzelne humane Stimmen gegen die Stockprügel erhoben, aber nicht ganz durchdrangen; vielmehr ward bestimmt, man müsse dabei bleiben, doch sollten die Stockschläge wissenschaftlich, d. h. im Beisein oder nach Vorschrift eines Arztes ertheilt werden, der die körperliche Beschaffenheit des zu Bestrafenden zu untersuchen habe. Bei den Verhandlungen über Vereine u. s. w. erhielt das sogenannte hochwichtige Associationsrecht den Todesstoß, und sehr richtig bemerkte Einer der Abgeordneten: man lebe, wie früher in einem goldenen, silbernen und eisernen, nunmehr in einem polizeilichen Zeitalter. Indeß alle diese Dinge waren nichts gegen den Sturm, der sich gegen den berühmten und zugleich berüchtigten

378. Artikel, in welchem über die Bestrafung „der Wilderer" verhandelt wurde, erhob. Die Ansicht derjenigen, die als Volksvertreter auch nur das Wohl des Volks im Auge hatten, ging dahin, daß der Landmann, dessen Acker vom Wilde verdorben würde, auch das Recht haben sollte, sich mit Pulver und Blei dagegen zu sichern und das geschossene Wild dem Eigenthümer des Jagdreviers abzuliefern. Dies wollten die Jagdberechtigten nicht dulden, und als endlich mehrere Klauseln eingeschachtelt waren, ließ man sich manches gefallen, und nun gingen die einmal durchgepeitschten Artikel an die Kammer der Standesherren, die sie ebenfalls durchpeitschten und Abänderungen machten, welche sie der zweiten Kammer wiederum vorlegten, um das ganze Gesetz von dieser zum dritten Male durchpeitschen zu lassen.

Hierauf bezogen sich die Worte des Regierungskommissarius, der also eigentlich ganz recht

hatte. Das Strafgesetzbuch wurde von Herodes zu Pilatus geschickt, aber nicht beendet, und scheiterte fast an dem berüchtigten Wildartikel. Die Staudesherren lehnten sich gegen diesen in einer Weise auf, wie sie kaum stärker hätte sein können, wenn man ihnen selbst mit schwarzem Pulver und bleiernen Pillen gedroht hätte. Aber warum handelte es sich auch? Es handelte sich darum, dem edlen Hochwild, d. h. hochgebore-nen und hochwohlgeborenen Hirschen, Rehen, Säuen u. s. w. das bisher unbestrittene Recht zu erhalten, den Acker des Landmannes, seine Hoffnung, oft nur das Einzige, was er hat, ungestraft verwüsten zu können. Aber halt! — ungestraft sollte dies das edle Hochwild nicht thun, sondern der, dem solcher Schaden gestiftet, angerichtet, angethan worden, sollte um Entschä-digung klagen dürfen, und diese Entschädigung erhalten, sobald sich die Haltbarkeit seiner Klage nachweisen lasse. Dies war indeß der Punkt,

an dem, einzelne, seltene Fälle ausgenommen, die Beschwerdeklagen entweder von vorneherein scheiterten oder sich später als unbegründet herausstellten. In der Regel fehlte es dem Kläger an Beweisen, und da die Hirsche, Rehe, Säue und dergleichen nicht so human waren und zu dem verklagten Theil oder zum Richter sagten: „Erlauben Sie, wir sind so frei gewesen und haben diesem guten Landmanne sein Saatfeld vernichtet," so wurde der Mann abgewiesen, kehrte mit Grimm heim, nahm eine Flinte, verschaffte sich selbst Recht und hatte dann das Vergnügen, als Frevler, als Verletzer des heiligen, hochadligen Jagdrechts bestraft zu werden.

Diesem Uebelstande also wollte die Kammer der Abgeordneten abstellen, aber, obgleich der 378. Artikel so durchgekäut wurde, daß ihn jeder hätte leicht verdauen können, obgleich man Zusatzsaucen aller Art darüber goß, dennoch kam man damit nicht zu Stande, und suchte sich endlich

damit zu helfen, daß man sich, nach dem Muster schon vorhandener Wildschadensgesetze, ein ähnliches zuschneiden wollte, das jedoch auf dem außerordentlichen Landtage nicht mehr zu Stande kommen konnte und folglich auf bessere Zeiten verschoben werden mußte.

Die Urtheile, welche nun seither über das neue Strafgesetzbuch im Publikum laut geworden sind, tragen eben nicht den Stempel der allgemeinen Zufriedenheit an der Stirn, besonders ist man darüber erbittert, daß man den Hochverrath in ein Schock und noch in ein paar Klassen und Unterabtheilungen getheilt und zergliedert und überhaupt eine so große Zahl revolutionärer Verbrechen aufgeführt hat, daß der Staat, worin diese möglicher Weise begangen würden, ein wahres Verbrecher-Kabinet oder Museum eröffnen könnte. Das ganze Gesetz trägt nur wenige Spuren der Zeit an sich, in der es entworfen und berathen wurde, und wenn es wahr ist, daß

man aus den Geſetzen den Charakter und Werth eines Volks am beſten erkennt: ſo werden die ſpäteren Geſchlechter Würtembergs eben nicht viel Veranlaſſung haben, den moraliſchen und ſittlichen Werth ihrer Vorfahren aus dem zweiten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts zu preiſen.

In der That, die Härte, welche in dem Strafgeſetzbuch herrſcht und die wirklich glauben läßt, Würtemberg wimmele von Hochverräthern, Demagogen und polizeilichen Verbrechern aller Art, ſtimmt ſchlecht mit der Milde überein, die man hier gegen das unvernünftige Thier beobachtet wiſſen will. Wir können zwar dieſe Milde nur loben und halten uns den Vereinen zur Abſtellung der Thierquälerei auf das dankbarſte verpflichtet; aber wie es oft Gelehrte giebt, die drei Stunden und noch länger über die unbekannten Regionen des inneren Afrika ſprechen können, von ihrem eigenen Vaterlande dagegen oft wenig oder gar nichts wiſſen, ſich alſo um

das Fernliegende mehr bekümmern als um das Nahe: so geht es auch hier. Zuerst hätte man die Menschenquälerei abstellen sollen und sich dann an die Unterdrückung der Thierquälerei machen. Aber, wird man fragen, werden denn die Menschen im Würtembergischen gequält? Nun, geschlagen und gemartert werden sie zwar nicht, wie dies in dem hochgerühmten Lande der Freiheit, den Vereinigten Staaten von Nordamerika mit den unglücklichen Sklaven geschieht, allein wenn sich jeder junge Beamte, der oft noch in Zweifel ist, ob ihm Haare oder Federn um den Mund wachsen werden, erlauben darf, Bürger und Bauer, die doch beide den Grundpfeiler des Staats bilden, nach Belieben vorladen und wieder fortschicken, Stunden lang warten und zuletzt noch mit groben, ja gemeinen Reden ausschimpfen, und den, der sich dies nicht gefallen lassen will, auf diese oder jene Weise bestrafen lassen zu können: so fragen wir hier auf ganz bescheiden

dene Weise, ob dies nicht die größte unverantwortlichste Menschenquälerei ist? Wem die heiligen Menschenrechte mehr sind als ein leerer Schall, wer nur einen Augenblick daran denkt, wie unendlich höher die Thätigkeit des geringsten Handarbeiters für das Gesammtwohl anzuschlagen ist als die eines aufgeblasenen, in der Regel ganz unnützen Schreibers, der wird in dem, was wir eben ausgesprochen, nur die Wahrheit, die bitterste Wahrheit erkennen, nicht aber die Absicht, den Beamtenstand im Allgemeinen zu verunglimpfen.

Wir wollen hoffen, daß diesem Krebsschaden des südlichen Deutschland abgeholfen werde, denn ehe dies nicht geschieht, ehe nicht dafür gesorgt wird, auch dem Geringsten durch freundliches Entgegenkommen zu dem Bewußtsein seines eigenen Werthes zu führen, kann von einer eigentlichen Bildung des Volks gar nicht die Rede sein. Denn die Bildung besteht durchaus nicht

darin, leſen, ſchreiben und rechnen zu können, oder in den mittleren und höheren Ständen dies oder jenes gelernt oder ſtudirt zu haben, ſondern darin, daß man das, was man in der Schule gelernt hat, in das Leben überträgt, dies mit ſeinem Leben ſo verwebt, daß das Eine ohne das Andere nicht beſtehen kann; mit einem Worte, die Bildung iſt nur die Fertigkeit, im bewegten Leben mit Jedem ſo umzugehen, daß die erſte Folge dieſes Umgangs eine gegenſeitige Achtung iſt.

Eben bemerkt der Rh. Poſtillon, daß er in den Predigerton gerathen iſt; das wollte er nicht, aber er hat für das Volk, für das Wohl deſſelben geſprochen. Für wen ſoll er als Poſtillon anders ſprechen? Die höheren und höchſten Kreiſe liegen ihm fern, und er mag auch nichts mit ihnen zu thun haben. Alſo wieder zum Volke zurück und zwar zu dem in Würtemberg, das man im Allgemeinen für ein fleißiges und im

höchſten Grade betriebſames hält, wie denn dies die vielen Fabriken und Manufakturen aller Art verrathen. Indeß trotz dieſer Tugenden ſind doch im Jahre 1838 bei ihnen Dinge zum Vorſchein gekommen, die man eben dort nicht geſucht hätte. Wir erinnern hier an das Sektenweſen der Wiedertäufer, das immer mehr und mehr um ſich greift und bei ſeinen Anhängern eine außerordentliche, ja eine glühende Begeiſterung vorausſetzen läßt, da ſich, laut öffentlichen Berichten, Jünglinge und Jungfrauen, d. h. an geſonderten Räumen, noch zu Anfang des December im Neckar taufen ließen.

Mit dieſer religiöſen Sekte tauchten auch einige irreligiöſe empor, nämlich Schatzgräber, Wahrſager und Geiſterbanner, die aber von Seiten der Behörde als Leute angeſehen wurden, deren freie Künſte der übrigen Geſellſchaft nachtheilig werden könnten, auch ſchon geworden waren, und deshalb wurden ſie feſtgenommen, und ihnen

Gelegenheit gegeben, entweder in ſtiller Abgeſchiedenheit ihre Thorheit zu bereuen oder ſich ungeſtört mit dem Studium ihrer Zauberwiſſenſchaften weiter zu beſchäftigen. Die erſten Beweggründe zu dieſen wunderbaren Erſcheinungen im Würtembergiſchen ſind noch nicht zur öffentlichen Kunde gekommen; ob daran eben der Mangel an Bildung und Aufklärung ſchuld ſei, oder ob Einflüſſe von außenher eingewirkt haben mögen, mag dahin geſtellt bleiben. Vielleicht werden dieſe Dinge bei dieſer oder jener Gelegenheit auf dem nächſten Landtage zur Sprache gebracht, und dann wird man ja hören, was die Herren Volksvertreter zu dieſen einzelnen Volksverwirrungen ſagen.

Ja ſo, vom nächſten Landtage, von den deshalb ſtattgefundenen Wahlen iſt noch zu berichten. Dieſe Wahlen haben die würtembergiſchen Blätter im Allgemeinen ſehr beſchäftigt, und beſonders hat es der in Stuttgart erſcheinende

Beobachter nicht daran fehlen laſſen, die der Oppoſition angehörigen Deputirten, die meiſtentheils freiwillig zurückgetreten ſind oder den Wunſch ausgeſprochen haben, nicht wieder gewählt zu werden, zum neuen Eintritte in die Kammer zu bewegen. Auch der „Deutſche Kourier" hat ernſte und eindringliche Worte an dieſe Herren gerichtet, doch hat man nicht vernommen, daß dadurch beſonders viel bezweckt worden wäre. Im Gegentheil aus den Klagen, welche über die vielen Cenſurſtriche bei den Artikeln, in denen die Jämmerlichkeiten der Wahlen dargeſtellt wurden, hier und dort erſchollen, läßt ſich ſchließen, daß der bevorſtehende Landtag Würtembergs den früheren in keiner Weiſe gleich ſein werde. Nur Wenige werden gegen die Regierung im Intereſſe des Volks ankämpfen, und ſollte der 378. Artikel des Strafgeſetzbuches noch einmal auf dieſem Landtage zur Sprache gebracht werden: ſo würde er wohl ſchwerlich heftigen Widerſtand finden,

wenn ihn überhaupt das Wildenſchadengeſetz nicht ganz verdrängt.

Nicht ſo fruchtlos war die Wirkſamkeit des außerordentlichen Landtags im Großherzogthum Baden, dazu zuſammen berufen, um die Anlage einer Eiſenbahn von Mannheim bis zur Schweizergränze bei Baſel zu berathen. Der Miniſter Winter, einer der verdienſtvollſten badiſchen Staatsmänner, der leider bald nach dem Schluſſe des Landtags ſtarb, und allgemein betrauert ward und noch betrauert wird, ſtellte das ganze Unternehmen als ein mit der Nationalehre eng verbundenes dar und knüpfte hieran die Anſicht, daß eben deshalb der Staat den Bau, wenigſtens vor der Hand, übernehmen würde, ohne daß deshalb die Ueberlaſſung einzelner Zweigbahnen an Privatgeſellſchaften für die Zukunft nicht geſtattet werden ſollte. Der Entſchluß ward ſchnell gefaßt, aber nach dem Tode Winters iſt die Sache, wenn auch nicht in's Stocken gerathen,

doch so verzögert worden, daß man erst in den letzten Monaten des Jahres die Erdarbeiten für die Strecke von Mannheim bis Heidelberg begonnen hat.

Unterdessen hat es nicht an Gerüchten gefehlt, daß man die Bahn nach dem großartigen Plane, wie ihn Winter in seiner Eröffnungsrede angegeben, nicht ausführen, ja sie höchstens bis Karlsruhe ausdehnen werde. Man wolle sich durch diese Strecken erst überzeugen, ob überhaupt für Baden ein Vortheil daraus erwachse und dergleichen mehr. Wir halten alle diese Reden eben nur für Gerüchte, und sind überzeugt, daß, wenn ein wirklicher Nutzen aus dieser nationalen Unternehmung hervorgehen soll, die Bahn bis zu dem Punkte, den man ursprünglich als Gränzscheide angab, ausgeführt werden müsse.

Die Eisenbahnangelegenheit war es vorzüglich, welche die Aufmerksamkeit der Gesammtbevölke-

rung Badens in diesem Jahre in Anspruch nahm, und nur durch das große landwirthschaftliche Fest zu Karlsruhe wurde dies gemeinsame Interesse momentan in den Hintergrund gedrängt. Dies Fest sollte gleichsam Zeugniß ablegen von den Fortschritten des Ackerbaues und dessen, was dazu gehört, von denen des Gewerbfleißes und jeglicher Industrie. Damit war eine Lotterie verbunden, in der man auch Sachen und Gegenstände gewinnen konnte, die wenigstens, was ihren Namen betrifft, Baden nicht zum Vaterlande hatten. Dahin gehört vor allen Dingen der Champagner, und doch gab es Leute, die hielten ihn für ein Erzeugniß der vaterländischen Industrie. Ob sie sich geirrt, ob es wirklicher oder eßlinger Champagner gewesen, kann nur für die von Interesse sein, welche so glücklich waren, dergleichen Fabrikate zu gewinnen; wir wollen nur noch ganz besonders der Rübenzucker-Industrie erwähnen, worin es Baden bereits so weit ge-

bracht hat, daß die, hier angewandte Methode in einigen deutschen Staaten nachgeahmt wird. Nicht gleiche Nachahmung dürfte die badische Pferdezucht finden; denn an den Rossen, welche gleichsam als Musterbilder auf die Ausstellung kamen, fand sich Vieles auszustellen, jedoch ward der gute Wille erkannt und die Möglichkeit, daß auch in Baden dieser überaus wichtige Zweig der Viehzucht sich vervollkommnen werde, nicht in Abrede gestellt. Außer diesem landwirthschaftlichen Fest, das übrigens von Landwirthen aus allen deutschen Staaten besucht wurde, ist im Großherzogthum Baden nichts vorgefallen, das die besondere Aufmerksamkeit Deutschlands auf sich gezogen hätte; denn die momentane Spannung mit Bayern wegen der Wasserbauten im Rhein bei Mannheim haben an sich zu viel Lokales, als daß sie nur von den nächsten Nachbarn hätten bemerkt werden können. Im Allgemeinen widmete man sich einer geräuschlosen Thätigkeit,

und wenn es auch im Sprichworte heißt: „Klappern gehört zum Handwerk;" — so hat man doch vielfache Beweiſe, daß ein ruhiges, beſonnenes Fortwirken ebenfalls zum Ziele führt.

Wir nahen uns jetzt dem größten deutſchen Bundesſtaate, dem Kaiſerthume Oeſtreich, über welches wir eben nur das berichten können, was öffentliche Blätter darüber verkündet haben. In Oeſtreich ſind es vor allen Dingen die rieſigen Eiſenbahn-Unternehmungen, die mit Recht das Staunen, die Bewunderung Deutſchlands verdienen. So oft auch Berichte über Oeſtreich gegeben worden ſind, nie hat man in Betreff der Eiſenbahnen in die große Poſaune geſtoßen, ſondern erſt iſt eine bedeutende Strecke vollendet, dann darüber öffentlich geſprochen worden. Dieſe praktiſche Manier iſt es eben, die wir eben ſo, wie die beſcheidene Thätigkeit der Eiſenbahngeſellſchaft im Königreich Sachſen allen den deutſchen Staaten als Muſter empfehlen möchten, in

denen man vor lauter Berathungen, Generalverſammlungen, Deputationen, und wie die Hemmſchuhe alle heißen mögen, nicht zur Sache kommt. In Oeſtreich wird ruhig fortgearbeitet, und wir werden erleben, daß die große Bahn von Wien nach Trieſt, zu welcher, wenn wir nicht irren, die Locomotive aus einer der Hauptwerkſtätten der Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits angekommen ſind, eher befahren werden wird als die Taunus- oder München-Augsburger Bahn, welche beide, im Vergleich zu jener, doch nur als winzig erſcheinen.

Denſelben Weg, den Oeſtreich in ſeinem induſtriellen Wirken geht, wandelt es auch in politiſcher Beziehung, und, um ein ſchlagendes Beiſpiel anzuführen, nennen wir hier die Mailänder Amneſtie, mit welchem Gnadenakt der Kaiſer Ferdinand ſein Regiment als gekrönter König des lombardiſch-venetianiſchen Reichs angetreten hat. Niemand ahnte, daß dieſer hochher-

zige Schritt geschehen würde, und als ihn die erstaunte europäische Welt vernahm, da ertönte ein lang anhaltender Jubel auf, und überall pries man den Namen Ferdinands und war überzeugt, es sei dieser Akt nicht ein Ergebniß politischer Berechnung, sondern der ungetrübte Ausfluß einer milden, gütigen Gesinnung. Zwar erhoben sich bald Neider, und stellten die Amnestie nur als ein Mittel dar, durch welches sich das östreichische Kaiserhaus im oberen Italien habe populär machen wollen; indeß solche gelbsüchtige Tadler können bald zum Schweigen gebracht werden; denn wenn wir auch annehmen wollen, es sei dies die Absicht des Kaisers gewesen: so segnen wir ihn darum nicht minder, denn wer solche Mittel erwählt, um sich die Liebe des Volks zu erwerben, der muß diese Liebe für etwas Edles halten. Oder glaubt man etwa, man könne mit edlen Mitteln einen unedlen Zweck verbinden wollen? — Schwerlich ließe sich dafür ein haltbarer

Beweis führen, und so sprechen wir denn hier laut die Ueberzeugung aus, daß der Kaiser mit seinem Gnadenworte nur Freude, eine reine ungeheuchelte Freude hat bereiten wollen.

Wie aber ward die Mailänder Amnestie von denen aufgenommen, die doppelte und dreifache Gelegenheit hatten, diesem erhabenen Beispiele zu folgen? Kalt und spurlos ging sie an ihnen vorüber, am wenigsten Anerkennung fand sie aber bei dem Staatsminister des Großherzogthums Hessen, wie dies bereits oben (S. 178) zur Genüge erwähnt worden ist. In keinem deutschen Staate hat die milde Handlung Kaiser Ferdinands bis jetzt Nachahmer gefunden, wohl aber lies't man seit einigen Monaten, wie folgt: „Man sagt (hierbei denke sich der Leser die Hauptstadt irgend eines größeren deutschen Staats, Karlsruhe und Dresden ausgenommen) in höheren Kreisen, daß die Gerüchte von einer demnächst zu erlassenden Amnestie immer mehr

an Wahrſcheinlichkeit gewinnen, zumal da bei dem dermaligen Zuſtande der Angelegenheiten und bei dem täglich erfreulicher ſich kundgebenden, geſunden Sinne des Volks die Mißbilligung gegen jene verderblichen Verirrungen immer lauter ſich offenbare; jedoch dürfe man ſich von oben herab hiermit nicht übereilen, weil dies leicht den Schein haben könne, als wolle man mehr dem gegebenen Beiſpiele denn einer inneren Neigung folgen, wodurch die wohlthätigen Reſultate eines ſolchen Akts leicht verkümmert, wohl gar getrübt werden könnten."

Dergleichen, auf Schrauben geſtellte Redensarten lieſ't man, wie geſagt, ſeit Monaten in den Zeitungen und zwar in Organen der höheren Kreiſe, denn Volksblätter können ſolche ſubtilen Worte nicht benutzen, weil ſie theils unverſtändlich ſind, theils ſo viele Ausgänge und Hinterthüren haben, daß der eigentliche Sinn derſelben, auch wenn man ihn zu haben glaubt, unter den

Händen entwischt und nicht wieder aufzufinden ist. Das Aergste bei der Sache ist jedoch die Hoffnung, die man hier und da mit solchen Artikeln in leichtgläubigem Herzen anregt. Mit welcher Sehnsucht mag Mancher, der vielleicht seine Verirrungen dreifach abgebüßt hat, der Erlösungsstunde entgegensehen, an die er gewiß noch nicht dächte, wäre nicht, auf schon erwähnte Weise, ein Hoffnungsstrahl in sein düsteres Leben gefallen. Alle diese Dinge sind der Mailänder-Amnestie nicht vorausgegangen, sie ist plötzlich in's Leben getreten und hat, wie unverfälschte, lautere Berichte verkündigen, deshalb auch auf das segensreichste gewirkt. Die Bewohner des lombardisch-venetianischen Königreichs sprechen mit Liebe von ihrem Herrscher und werden, wenn auch mit einem wehmüthigen Rückblicke auf ihre große Vergangenheit, doch jetzt sich immer mehr und mehr zu dem östreichischen Kaiserhause hingezogen fühlen.

Außer der Mailänder Amneſtie verdient noch ein Akt des öſtreichiſchen Kabinets Erwähnung, der, wie jene, plötzlich bekannt wurde, aber in politiſchen Geſellſchaften Deutſchlands ſehr viel Senſation erregte, weil darin ein Weg der öſtreichiſchen Politik offenbar wurde, auf dem man ſie gerade nicht anzutreffen glaubte. Dieſer Akt iſt kein anderer als der Abſchluß eines Handelstraktats mit Großbritannien, der um ſo bedeutungsvoller erſchien, als man bald darauf vernahm, daß durch einen Ferman des Sultans die Verbindung der ſüdlichen Häfen des ſchwarzen Meeres durch einen Kanal mit der Donau befohlen ſei. Hierdurch wurde es klar, daß Oeſtreich, welches die Pulsader ſeines Reichs, die Donau, von allen läſtigen Hemmungen befreit ſehen und ſich einen ungeſtörten Handel nach dem ſchwarzen Meere erwerben wollte, ſich fortan mehr zu England als Rußland hinneigen würde. Handelstraktate ſind, wie lange Erfahrung lehrt, ent-

weder die Vorläufer von Waffenallianzen oder sie dienen statt derselben, und hierauf gestützt, jubelten Viele, und jubeln noch, daß man in der Stunde der Gefahr auf Oestreich würde rechnen können.

Indeß noch ist an diese Gefahr nicht zu denken, wiewohl bayerische Politiker Rußland für sehr bedrängt und wichtiger Allianzen bedürftig erklären. Haben diese Ansichten nur einigen haltbaren Grund, so wäre die Reise des russischen Kaisers, sein Besuch bei vielen deutschen Höfen erklärbar. Jedoch das sind nur Vermuthungen, und allein nur diese lassen sich über den Einfluß des nordischen Koloß auf das westliche Europa aussprechen. Nach dem Süden hin gegen die gebeugte, tief erschütterte Pforte spielt Rußland die Rolle eines Vormunds, und scheint, um gleichsam die muhamedanische Welt in sich zerreißen zu wollen, den alten Vicekönig von Aegypten in steten Unabhängigkeits-Träumereien zu erhalten,

um ſich ſeiner, ſobald die Stunde ſchlägt, als eines Werkzeugs gegen den Großherrn zu bedienen. Rußlands Einfluß bei der Pforte ſowie in der Moldau und Wallachei iſt überwiegend, und obwohl England denſelben um ein Bedeutendes geſchwächt hatte, wofür wenigſtens die enge Verbindung zwiſchen der engliſchen und türkiſchen Flotte ſprechen durfte: ſo muß doch Rußland abermals den Sieg davon getragen haben, denn die engliſchen Offiziere, welche ſich in Konſtantinopel zum Dienſt auf der türkiſchen Marine meldeten, ſind, verſteht ſich, ſehr höflich zurückgewieſen, dagegen der ruſſiſche Geſandte bei der Pforte, Hr. Butenieff, für ſeine nützlichen Bemühungen von ſeinem Herrn und Gebieter, dem Selbſtherrſcher, zum Ritter des weißen Adlerordens ernannt worden. Dabei glaubt man doch allgemein, daß der Sultan, dem der Friede von Adrianopel noch immer in den Gliedern liegt, ſich bei erſter, beſter Gelegenheit den ruſſiſchen

Netzen entwinden werde, nur müßte er sich dann nicht derjenigen seiner Staatsdiener entäußern, die, wie aus ihren Reformen hervorgegangen ist, sich mit aller Macht dem russischen Einflusse widersetzen.

Mit welchen Augen Rußland die europäische Türkei, Konstantinopel und die Straße der Dardanellen ansieht, das begreift man auch ohne Brille, und daß dahin gearbeitet wird, über kurz oder lang, die osmanische Welt über den Haufen zu stürzen, ist ebenfalls, auch wenn die Engländer den europäischen Völkern darüber noch kein Licht aufgesteckt hätten, gar nicht zu bezweifeln. Dies Streben Rußlands ist durch seine Einmischung in die persischen Angelegenheiten so deutlich hervorgetreten, daß die Engländer sich dagegen genöthigt sahen, auch ihrerseits einzuschreiten und dadurch die Aufhebung der Belagerung von Herat, einer Stadt, von der man, obgleich sie fast in jeder Zeitung des Jahrs 1838 genannt,

täglich genannt wurde, doch sehr wenig weiß, zu erzwingen. Diese Verwicklungen zwischen Rußland und England im fernen Osten, die Unterstützung Persiens von Seiten Rußlands, sein geheimes Einverständniß mit dem Vicekönig von Aegypten (der wahrscheinlich auch nur aus Hinneigung zu Rußland statt des bisher üblichen Stockes die Knute als Strafinstrument einführte), und auf der anderen Seite die enge Handelsverbindung zwischen der Pforte und England, welcher auch Frankreich beigetreten ist, sowie die scheinbaren Gefahren, welche dem britischen Ostindien durch Rußland drohen, zuletzt der oben erwähnte Kanal, der die Donau mit den südlichen Häfen des schwarzen Meeres verbinden und die Donauschifffahrt von den russischen Chikanen an den Donaumündungen befreien soll, dies Alles nennt man die große orientalische Frage, deren Lösung oder weitere Verwicklung wahrscheinlich dem Jahre 1839 vorbehalten ist. Das Verhältniß, in wel-

chem der Vicekönig von Aegypten zum Sultan ſteht, wird der orientaliſche Status quo genannt, und unſere oben gegebene, ganz einfache Erklärung paßt dazu ganz vortrefflich.

In dieſe orientaliſche Frage drängt ſich bereits ſeit einer Reihe von Jahren für Rußland ein Gedankenſtrich, der, wie es ſcheint, immer länger werden will und Stoff zu ſehr unerfreulichen Gedanken giebt. Dieſer Gedankenſtrich iſt der Kampf gegen die, zwar an Rußland abgetretenen, aber bis jetzt noch nicht unterworfenen Stämme des Kaukaſus, unter denen die ſchöngeſtalteten, kräftigen und zugleich klugen Tſcherkeſſen, die kühnſten Reiter und beſten Schützen, die man kennt, oben an ſtehen. Alle Bemühungen Rußlands, dieſe Bergvölker gänzlich von ſich abhängig zu machen, ſind bisher geſcheitert und werden für die Zukunft faſt unmöglich, da, den neueſten Nachrichten zufolge, mehrere kaukaſiſche Stämme, die durch ihre Sprache und lange

Erbfeindschaft von einander getrennt waren, sich zu dauernder Freundschaft und zu gleichem Hasse gegen den gemeinsamen Feind vereinigt haben. Alle Mittheilungen von jenem Kriegsschauplatze verdanken wir französischen und englischen Blättern, die freilich nicht immer sehr wahrheitsliebend sind, in den über den Tscherkessenkampf gelieferten Berichten aber, wie man in ganz neuester Zeit erfahren hat, sich aller Uebertreibungen enthalten haben. Russische Blätter sind bisher über diesen Gegenstand stumm geblieben, was man eben für kein günstiges Zeichen ansehen könnte, hätten nicht eben diese Blätter erklärt: der Tscherkessenkampf würde für eine Angelegenheit des Hauses angesehen, und eigene sich daher nicht zu öffentlichen Mittheilungen; soviel sei indeß gewiß, daß englische und französische Blätter hierüber meist Unwahrheiten enthielten. — Mit solchen, man möchte fast sagen plumpen Redensarten suchten die russischen Zei-

tungen die Niederlagen zu bemänteln, die seit einer Reihe von Jahren den russischen Truppen in den Kaukasusländern jede nur wichtige Erwerbung unmöglich machten, und viele deutsche Blätter erzählten das ruhig nach, machten die Anstrengungen der Tscherkessen lächerlich und schlossen ihre salbungsreichen Worte immer mit dem Ausrufe: „wenn Rußland ernstlich wollte, so würde das kaukasische Häuflein mit einem Schlage zerdrückt!“ —

Daß hierin für Rußland der Vorwurf einer beispiellosen Grausamkeit, einer Nichtachtung des Blutes seiner eigenen Krieger liegt, haben diese deutschen Lobredner des nordischen Kolosses, wie es scheint, nicht erwogen, denn wenn es Rußland mit dem Tscherkessenkriege nicht Ernst ist, so führt es denselben nur aus Zeitvertreib, und sieht vielleicht den Kampf um die Küstenstriche der kaukasischen Berge nur für ein weites Grab an für diejenigen, welche auf diese oder jene

Weise sich des Todes schuldig gemacht haben. Dergleichen darf man nicht glauben, vielmehr ist als wahr anzunehmen, daß an dem ungünstigen Terrain, an den Schwierigkeiten, einer großen Armee hinreichenden Unterhalt zu gewähren, und endlich an der Tapferkeit und Freiheitsliebe der Kaukasier bisher alle Anstrengungen gescheitert sind. Warum will man das nicht glauben? Hat sich nicht in dem Unionsstaate Florida in Nordamerika dasselbe Beispiel gezeigt? Haben dort nicht 6 bis 800 entschlossene Seminolen-Indianer, begünstigt durch das Terrain, gegen eine zwanzigmal größere Uebermacht stets siegreich gekämpft und dem humanen und freisinnigen Kongreß in wenigen Jahren 10 Millionen Dollars aus dem Seckel gelockt? Mit Völkern, die entschlossen sind, ihre Freiheit mit dem Leben zu bezahlen, ist schwer Krieg zu führen, und das hat Rußland in den letzten Zeiten auch in Tscherkessien erfahren. Man lese nur die Mittheilungen des französischen Rei-

senden Dubois de Montperreux aus den Kaukasusländern; und wohl zu merken, Hr. Dubois ist ein warmer Verehrer von Rußland, und hat auch dazu die gegründetste Ursache, denn man hat ihn in Rußland mit großer Zuvorkommenheit aufgenommen und seine wissenschaftlichen Forschungen auf alle Weise unterstützt. Dennoch aber entwirft er von dem Zustande der russischen Garnisonen das traurigste Bild und sagt unter anderem: „Zu Gagra ist ein Bataillon in einem Raum von einigen hundert Schritten, auf einer brennenden Sandküste eingeschlossen und wagt nicht, die geringste Bewegung zu machen. Die Soldaten können das Fort nicht verlassen, ohne Gefahr zu laufen, getödtet oder gefangen zu werden; ja die mit Waldung bedeckten Felsen beherrschen das Fort dergestalt, daß man nicht einmal innerhalb seiner Mauern völlig sicher ist. Die Tscherkessen können, hinter den Büschen versteckt und auf den hervorspringenden Felszacken sich

postirend, sogar von der Höhe herab bis in die Straßen und Häuser schießen. Soldaten wurden da getödtet oder verwundet, und die Offiziere sahen bei ihrer Mahlzeit die Kugeln ganz ruhig zu den Fenstern hereinfliegen."

Nur wenige der festen Plätze bieten bessere Sicherheit als der eben angeführte, und daraus ließe sich denn doch der Schluß ziehen, daß die Vortheile, welche Rußland bisher in dieser „Angelegenheit des Hauses" errungen hat, sehr wenig von Nachtheilen unterschieden, und die Berichte englischer und französischer Blätter der Wahrheit in den Hauptsachen treu geblieben sind.

Weiter wäre im Allgemeinen von Rußland nichts zu berichten, und wenn wir uns nach diesen Notizen noch einmal zu einem flüchtigen Ueberblicke über Deutschland wenden, ehe wir dem westlichen Europa unsere Aufmerksamkeit schenken: so geschieht es nur deshalb, weil Rußland ganz besonders in diesem Jahre so viel

Sympathie für einzelne deutsche Fürstenhäuser gezeigt hat. Zwar will man wissen, daß, als der Kaiser auf seiner Rückreise längere Zeit in Weimar verweilte, verschiedene kleine Fürsten nicht die Ehre haben konnten, Allerhöchstdemselben ihre Aufwartung zu machen, indeß wer kann für die Wahrheit dieses Gerüchts bürgen, und wenn die Sache an sich wahr ist, so waren dazu ohne Zweifel verschiedene Beweggründe vorhanden. Warum sollte sich auch der Kaiser auf einer so beschwerlichen Reise nicht eine Erholungszeit gönnen?!

In den Staaten des deutschen Landes, welche wir hier nicht besonders aufgeführt haben, war ein sogenanntes Stillleben vorherrschend: das konstitutionelle Königreich Sachsen entwickelte die theuer errungene Verfassung immer mehr und mehr und von den übrigen sächsischen Landen läßt sich wenig melden. Eben so war es mit Oldenburg, Mecklenburg, Braunschweig,

in welchem letzteren man sich recht erfolgreich mit Eisenbahnen beschäftigte, und sich darin das Königreich Sachsen zum Muster genommen hatte, d. h. nicht viel sprach, aber desto mehr that.

Von Bremen und Lübeck gingen meistentheils kaufmännische Berichte, und von dem ersteren auch Schiffe mit Auswanderern aus, unter denen zum Theil sich auch Leute befanden, die in der neuen Welt ungestört ihrem Glauben anhängen wollten, was sie eben in Deutschland nicht konnten, ohne mit der Polizei, obgleich sich diese sonst um den Glauben wenig bekümmert, in unangenehme Berührung zu gerathen. In den Lippeschen Ländern herrschte theils Jubel, theils Trauer; diese wegen der Zollumarmung Hannovers, jene wegen des Hermann-Denkmals, das man jetzt, nachdem 1830 Jahre darüber vergangen sind, dem Befreier Deutschlands vom römischen Joche setzen will, und wozu bereits alle erlauchten Personen Deutschlands ansehnlich bei-

gesteuert haben. Die Denkmalwuth ist überhaupt eine Krankheit unserer Zeit, die freilich immerdar zu loben bleibt und, außer dem Zollverbande, manche Veranlassung zu freundlicher Annäherung bietet. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man auch das große Sängerfest in Frankfurt am Main, das in dieselbe Zeit fiel, in welcher man in Paris die Julitage feierte, ansehen. Dies Fest war in seiner Weise großartig und hatte neben dem edlen Zwecke der Mozartstiftung auch noch das Gute, daß es gleichgestimmte Geister näher brachte, ihnen vielleicht für ihre ganze Zukunft einen gewissen Haltpunkt gab und einen Tag in ihr Leben hineingewebt hat, dessen Rückerinnerung wohl nicht ohne Genuß sein kann. Solche Feste sollten sich wiederholen, damit der genußreichen Stunden nicht so wenige wären.

In der That, deren sind sehr wenige, und auch die mögen eben nicht Ueberfluß daran gehabt haben, die einen Theil des Sommers in den

reizenden Bädern des Herzogthums Naſſau verbrachten. Ueber die Badezeit mögen wir nicht ſprechen, denn da wir wahrſcheinlich ſchon hier und da Anſtoß erregt haben, daß wir nicht Bade-Saiſon oder ſchlecht weg Saiſon ſagten, ſo wäre es möglich, daß wir noch ärgere Mißgriffe begingen, wenn wir über das Leben in dieſer Saiſon einige Worte fallen ließen. Eben ſo geſtehen wir offen, daß uns alle intereſſanten Zeitungen aus dem Herzogthume Naſſau fehlen, und doch ward dies ſehr oft genannt, oder vielmehr das Haus Naſſau. Allein dies geſchah ſtets in Verbindung mit Holland und Belgien, oder in Bezug auf Limburg und Luxemburg, und ſo wollen wir denn über dies Kapitel abhandeln.

Zu Anfang dieſer Blätter (S. 15) ward erwähnt, daß der 24 Artikel-Skandal oder mit anderen Worten der Streit zwiſchen Holland und Belgien wieder anfing, nachdem die Grünewaldgeſchichte ſo beigelegt worden war, daß weder

der Eine noch der Andere der Gegner in benanntem Walde Holz fällen durfte. Kaum hatte man demnach die holländisch-belgische Frage wieder auf's Tapet gebracht, so versammelten sich zu London abermals die Herren, welche zum Theil an den 24 Artikeln schon mitgearbeitet hatten, und machten Anstalten zu neuen Protokollen, um die angeregte Frage zu beantworten. Es handelte sich dabei um die Schuld, und um die Territorialfrage. Ueber Beides wurde zu London berathen, verhandelt und protokollirt, und während dies geschah, entspann sich zunächst zwischen Holland und Belgien, dann aber zwischen Frankreich, England und Deutschland ein Federkrieg, in welchem das Recht der Holländer und das Unrecht der Belgier auf dieser, und das Unrecht der Holländer und Recht der Belgier auf jener Seite mit wüthender Erbitterung vertheidigt wurde.

Den größten Lärm erhob man wegen Limburg und Luxemburg, die durch den 24 Artikel-Vertrag, dem ſich auch die Belgier fügten, an Holland zurückgegeben werden ſollten. Luxemburg iſt als Großherzogthum das Band, welches den König von Holland mit dem deutſchen Bunde politiſch, und mit dem Herzogshauſe Naſſau als Familienmitglied enger verbindet, ſo daß alſo bei der Abtretung deſſelben an Belgien Familienrechte eines deutſchen Hauſes und politiſche Rechte des deutſchen Bundes nothwendig zu beſeitigen ſind. Daß dieſe Rechte ihren guten Grund haben, kann und wird nie in Zweifel geſtellt werden, und die Belgier ſahen dies auch bei der Vorlage der 24 Artikel zur Genüge ein und machten keine Einwendungen gegen die Abtretung der erwähnten Gebiete. Auch England und Frankreich dachten nicht daran, den Holländern dieſe Provinzen zu entziehen, ſondern traten nur feindlich gegen Holland auf, um den Belgiern Ruhe und Anerken-

nung ihres politiſchen Lebens zu verſchaffen. Dennoch wollte der König von Holland nichts von den 24 Artikeln wiſſen, und ſo blieb der Traktat, zu deſſen Vollziehung nothwendig die beiden Partheien gehörten, im ſtrengſten Sinne des Worts ungültig, und Belgien im Beſitz von Limburg und Luxemburg.

Jetzt ſoll Belgien beide Gebiete herausgeben, und will nicht, am wenigſten wollen es aber die Limburger und Luxemburger. Sie haben nun an die ſieben Jahre thätigen Antheil an der Entwicklung Belgiens genommen und die belgiſche Freiheit hat ſich bei ihnen ſo eingebürgert, daß ſie bei Anregung der 24 Artikel Freiheitsbäume aufrichteteten und die preußiſche Beſatzung der Bundesfeſtung Luxemburg dermaßen in Harniſch brachten, daß ſich dieſe wiederholentlich genöthigt ſah, die Freiheitsbäume wieder zu vernichten. Die ganze Sache dreht ſich übrigens nur darum, ob die Bewohner von Limburg und Luxemburg,

die sich unter belgischer Herrschaft ganz wohl befinden, den Willen haben dürfen, nicht holländische Unterthanen sein zu wollen, oder ob sie sich den bestehenden, oben erwähnten Rechten fügen müssen. Die Entscheidung des Handels sieht ganz leicht aus, und doch ist sie sehr schwer, und nur dann würde sie nicht schwer zu entscheiden sein, wenn die Belgier **500,000** kampfgeübte Krieger hätten, um ihren Willen durchzusetzen. Leicht möglich, daß dann ihr Wille zum Rechtsgrundsatze erhoben würde.

Die Londoner Konferenz hat übrigens in Betreff der Schuldfrage auf Antrieb Frankreichs gegen Belgien eine gewisse Billigkeit vorherrschen lassen, vielleicht nur, um sie desto geneigter zur Abtretung der streitigen Gebiete zu machen. Davon ist aber bei den Belgiern, obgleich in den letzten Tagen des Jahres die Bank zu Brüssel so gut wie bankerott machte, nicht die Rede, vielmehr herrscht ein durchaus kriegerischer

Geiſt in der Nation, der bis jetzt weder die Lauheit Frankreichs, noch die bedrohliche Erklärung Englands, Belgien würde durch ſeine widerſinnige Rüſtungen ſich ganz Europa auf den Hals laden, unterdrückt worden iſt.

Hierzu kommt, daß die belgiſche Geiſtlichkeit, in der letzten Allokution des Papſtes vom 13. September als der thätigſte Arbeiter im Weinberge des Herrn herausgeſtrichen, eine ganz eigene Rolle ſpielt. Schon der vergebliche Kampf, den ſie gegen die Freimaurer begann, offenbarte, daß ſie der eigentlichen Aufklärung in den Weg treten will, und noch mehr beweiſen dies die belgiſchen Jeſuiten und ſonſtige Miſſionäre, die kein Mittel unverſucht laſſen, um einen überwiegenden Einfluß auf das Volk zu gewinnen, auch gewiß bisher ſehr thätig waren, die katholiſchen Rheinländer Preußens in Aufregung zu bringen. Die allgemeine Religionsfreiheit ſchützt ihr Treiben, und nur da, wo die Aufklärung ſelbſt ihnen

Trotz bietet, scheitert ihr Streben. Dabei ist es merkwürdig, daß die belgischen Jesuiten die politische Aufregung noch mehr anzufachen suchen und sich so den Schein geben, als begünstigten sie die Freiheit; allein dies geschieht nur deshalb, um auf solche Weise desto größere Macht auf die Gemüther zu erlangen. Wie dies nun in einem Lande möglich ist, das in industrieller Beziehung zu den ersten Europa's gehört, scheinst fast räthselhaft, und doch ist dies Räthsel vorhanden, und wird so lange ein Räthsel bleiben, bis es Belgien, nicht mehr bedroht von holländischen und deutschen Waffen, sondern nur mit sich und seiner inneren Entwicklung beschäftigt, selber auflöst.

Indeß vor der Hand ist wohl an diese Auflösung nicht zu denken, denn die Londoner Konferenz hat auf das Bestimmteste ausgesprochen, daß sich Belgien den sogenannten Territorialbestimmungen fügen müsse, und vielleicht wäre

ſchon jetzt die gutwillige und erzwungene Abtretung von Limburg und Luxemburg erfolgt, hätte nicht Frankreich einen Aufſchub bis zum **15.** Februar **1839** ausgewirkt, alſo bis zu einer Zeit, in welcher es den Kalenderbeſtimmungen zu Folge recht toll und luſtig hergehen kann, denn ungefähr in dieſe Zeit fällt die Faſchingsnacht, und die Belgier hätten dann die beſte Gelegenheit, ſich eine freundliche Maske anzulegen, d. h. gute Miene zum böſen Spiele zu machen. Jedoch darf man nicht glauben, daß gerade deshalb Frankreich jenen Termin ausgewirkt, ſondern man will, wenn auch Ludwig Philipp und ſeine Miniſter bereits erklärt haben, Belgien müſſe den **24** Artikel-Traktat vollziehen, die Meinung der franzöſiſchen Deputirtenkammer in dieſer Sache vernehmen, und zugleich abwarten, was man möglicher Weiſe im engliſchen Palamente dazu ſagen dürfte.

Die belgiſche Regierung, d. h. König Leopold und ſeine Miniſter, ſind bei der Sache am ſchlimmſten daran; ſie wiſſen nicht, was ſie thun ſollen und haben bisher ein ſo ſchwankendes Syſtem befolgt, daß das Volk aus ihnen nicht klug geworden iſt. Holland, das zunächſt betheiligte, iſt ſeinem Charakter ſo ziemlich treu geblieben, hat immer dem Dinge ruhig zugeſehen und fängt erſt jetzt, wo die Belgier die fürchterlichſten Rüſtungen machen, ſich zu bewegen an, wobei es nicht ganz ohne Beſorgniß wegen der Theilnahme iſt, welche die Bewohner der angränzenden franzöſiſchen Provinzen für die Sache der Belgier zeigen. Ob der König von Holland an die Möglichkeit gedacht hat, daß das franzöſiſche Volk, ohne ſich gerade an dem Willen Ludwig Philipps und ſeiner Miniſter zu kehren, doch den Belgiern beiſtehen könnte, mag dahin geſtellt ſein; faſt möchte man aber glauben, daß er dies nicht gedacht, denn die Macht des Königs der Franzoſen,

ſein überwiegender Einfluß auf alle auswärtigen Angenheiten, die gänzliche Abhängigkeit des Miniſteriums von ſeinem Willen, die Schläfrigkeit der Deputirtenkammer und die nichtsſagenden Phraſen der Herren Pairs, dies Alles waren zu wichtige Erſcheinungen und konnten wohl zu dem Glauben berechtigen, daß der König der Franzoſen ſo gut wie unumſchränkter Herr daſtehe, und daß ſein Wille auch der Wille der Nation ſei.

Wir verließen Frankreich ſchon zu Anfang dieſer Blätter (S. 27.) und hatten dort in kurzen Umriſſen ein Bild von den Beſtrebungen der Deputirtenkammer gegeben, auch erwähnt, mit welchem Grimme die Oppoſition über alle Regierungshandlungen herfiel und den Miniſtern den Himmel ſo trübte, daß dieſe bei dem heiterſten Wetter eigentlich immer im Regen ſaßen. Das hatte ſich übrigens auffallend herausgeſtellt, daß die Miniſter nur an der Stelle gültiger Zahlen ſtanden, daß ſie nur Nullen waren und der

König selbst, als die erste vollgültige Zahl von der Linken zur Rechten, dem Ministerium erst seinen Werth gab. Hierin wollte aber die Opposition, hierin wollten alle Partheien, selbst die, welche absolute Grundsätze verfochten, ein Hinneigen zur alten Monarchie sehen, und daß die, so dergleichen glaubten, gerade nicht so unrecht hatten, offenbarten verschiedene Seifenblasen, die von den Vertretern des alten Regiments geschickt in die Luft geworfen wurden, allein eben so schnell vergingen sie wie sie entstanden waren. So erklärte Henri Fonfrède, ein alter Ritter der Monarchie, d. h. so lange er etwas davon hat, wie Staberl sagt, dieser erklärte in dem Journal „Presse“: „Ich habe das Recht, mich monarchisch zu nennen, weil ich es bin, weil ich es aus Ueberzeugung, ohne Interesse, aus Instinkt bin, weil ich, hätte ich unter der Restauration gewußt, was ich heute weiß, monarchisch gesinnt gewesen sein würde, wie ich es heute

bin." — Man ſieht es auf den erſten Blick, daß dieſe Erklärung ganz aus der Ueberzeugung hervorgegangen iſt, welche das franzöſiſche Miniſterium durch kluge Benutzung der geheimen Fonds, durch Anſtellungen u. ſ. w. zu erzeugen weiß; und wenn auch Erklärungen und Anſichten dieſer Art gar keinen Werth haben, ſo können ſie doch als Beweis dienen, daß man von oben herab darauf ausgeht, ſie ins Leben zu rufen.

Wenn man dergleichen Pläne in einem konſtitutionnellen Staate verfolgt, in einem Staate, deſſen König ein Bürgerkönig iſt, ſo läßt ſich daraus der Schluß ziehen, daß ſich beſagter Bürgerkönig entweder in ſeiner Stellung unbehaglich oder nicht ganz ſicher fühlt, und daß demnach auch die kleinſten Beſorgniſſe weggeräumt, ſelbſt verdächtige Bücher vernichtet werden müſſen. Nun hatte aber der König Ludwig Philipp die Erfahrung gemacht, daß ihm eine fanatiſche Parthei, die aus Frankreich, Gott weiß was? — machen

wollte und noch will, nach dem Leben geſtrebt, ein Sprößling des napoleoniſchen Hauſes aber nach nichts Geringerem als nach der Krone Frankreichs die Hand ausgeſtreckt. Dies Letztere that der Prinz Louis Napoleon durch das Straßburger Attentat. Er wurde, obgleich er in die Hände des Königs fiel, wieder in Freiheit geſetzt, kehrte nach Jahr und Tag von Amerika aus über England mit einem franzöſiſchen Paſſe nach der Schweiz zurück, wo er auf dem Schloſſe Arenenberg, im Kanton Thurgau, ein, wie man allgemein ſagte, zurückgezogenes Leben führte. Er erhielt das Bürgerrecht in der Schweiz, und zwar weniger wegen ſeiner Verdienſte, als um das Andenken an ſeine Mutter und ihre Mildthätigkeit zu ehren. Ob Louis Napoleon von hier aus neue Pläne geſchmiedet, wollen wir nicht entſcheiden; indeß einer ſeiner Anhänger, der Erlieutenant der Artillerie, Hr. Laity, fand ſich berufen, über die Straßburger Geſchichte eine

Broſchüre zu ſchreiben, auf die man bald nach ihrem Erſcheinen nicht nur eine polizeiliche Hetzjagd anſagte, ſondern den Verfaſſer verhaftete und einen Prozeß gegen ihn einleitete, deſſen Entſcheidung der, zum oberſten Gerichtshofe ſich umbildenden Pairskammer übergeben ward.

Mit einer wahren Wuth fiel die Oppoſition über dieſen papiernen Hochverrathsprozeß her, und alle Galle, die ſich in dieſer Parthei juſt vorräthig befand, wurde über den König und ſein Miniſterium ausgeſchüttet. Von allen Seiten her bombardirte man gegen den Pairshof los, und bewies, daß er ſeit der glorreichen Revolution, alſo während des Bürgerkönigthums, nicht weniger als acht Hochverrathsprozeſſe zu entſcheiden gehabt hatte.

Unter einem wirklichen Regen ſatiriſcher, den bitterſten Hohn und Spott ausſpeiender Brandraketen, fing der Pairshof ſeine traurige Arbeit an und endete ſie mit der Verurtheilung des

genannten Leity zu einer Strafe von 10,000 Franken und fünfjähriger Haft, wobei jedoch von einigen Blättern die Hoffnung in Aussicht gestellt wurde, daß vielleicht die glückliche Entbindung der Herzogin von Orleans von einem Prinzen auch für den Verurtheilten in sofern glücklich sein dürfte, als sich hieran wahrscheinlich seine Begnadigung knüpfen werde. Indeß die Herzogin von Orleans ist am 24. August, also wenige Wochen nach der Verurtheilung Laity's mit einem Prinzen glücklich niedergekommen, dieser Neugeborene wurde Graf von Paris genannt, und mit einem Ehrendegen beschenkt, aber er hat mit diesem Friedensschwerte das Verdammungsurtheil Laity's nicht zerhauen, sondern dieser mußte in sein Gefängniß wandern, während in den Tuilerien und zum Theil auch in Paris der ausgelassenste Jubel über die Geburt des künftigen Erben des Bürgerthrones herrschte. Daß indeß dieser Jubel nicht allgemein war, verriethen die

Randglossen, welche die Oppositionsjournale zu diesem wichtigen Ereigniß machten, und namentlich las man in dem starren Republikaner, dem „National," bei der Geburtsanzeige aus dem Buche des Abbé Lamenais „Worte eines Gläubigen" eine Stelle, die also lautet: „Ich sah in einer Wiege ein Kind, schreiend und geifernd, und um dasselbe waren Greise, welche zu ihm: Herr! sprachen und es knieend anbeteten. Und ich begriff alle Erbärmlichkeit der Menschen." So und in ähnlicher Weise eiferten die Oppositionsjournale, aber sie trübten die Freude des Königs nicht.

Der Laity'sche Prozeß war, wohl zu merken, vor der Feier der Julitage entschieden worden, und man wollte wissen, es sei dies in der Absicht geschehen, um etwanige verborgene Pläne im Voraus zu unterdrücken und denen, welche mit Störungen schwanger gingen, solche Furcht einzujagen, daß sie mit ihren Ideen gar nicht nie-

derkämen, sondern höchstens Fehlgeburten zu Tage brächten. Nur mit Bezug hierauf, erscheint auch das Rundschreiben erklärbar, welches der Minister des Innern, Herr v. Montalivet, an die Gendarmerieobersten erließ, ihre Thätigkeit lobte und sie zu verdoppeltem Eifer durch die pomphafte Phrase antrieb: „daß die Gendarmerie das Auge und der Arm der Regierung sei, und sich ihre Thätigkeit überall äußern müsse."

Dies Rundschreiben verfehlte auch seine Wirkung nicht, vielmehr zeigte sich die Julifeier so miserabel, daß man denen nicht Hohn zur Last legen konnte, die da behaupteten, die Begeisterung der großen Nation für die glorreiche Revolution sei abgekühlt, und alles Interesse an dem konstitutionnellen Leben werde durch die materiellen Interessen, Aktienschwindeleien u. s. w. verschlungen. Dem Kabinette mußte diese Abkühlung ganz angenehm sein, denn es ging eben mit dem Plane um, einen Hauptstreich, und zwar

gegen die Schweiz, auszuführen, von woher seit einiger Zeit, wie man in den Tuilerien meinte, napoleonische Gewitterwolken anzogen, und sich über dem Königssitze ansammelten. Genug, man war in Paris ängstlich über die Ränke, welche angeblich auf dem Schlosse Arenenberg gesponnen wurden, und eine kategorische Note des Herrn Grafen Molé forderte von der Schweiz die Vertreibung des Prinzen Louis Napoleon. Dies Ansinnen Frankreichs erregte in der Schweiz einen argen Skandal, vergrößerte die Zwietracht unter den Eidgenossen, rief viel Rodomontaden hervor und hauchte zuletzt den Kantonen, die in dem Verlangen Frankreichs, einen ihrer Bürger zu vertreiben, eine Verletzung der schweizerischen Souverainetätsrechte sahen, einen solchen kriegerischen Muth ein, daß man auf nichts geringeres als einen wüthenden Kampf rechnete. Hierin zeichneten sich besonders die, hart an Frankreich gränzenden Kantone Genf und Waadt aus, die

wirklich die ernstlichsten Anstalten machten, dem Einfalle des an den Gränzen zusammengezogenen französischen Heeres mit den Waffen zu begegnen. Indeß als die Sache auf die höchste Spitze getrieben war, verließ der Prinz Louis Napoleon freiwillig die Schweiz und begab sich nach England, wo er, wie man sagt, sehr glänzend lebt, sich „Kaiser" nennen läßt und von den englischen Journalen benutzt wird, um durch Mittheilung seiner Projekte und Pläne dem Könige der Franzosen trübe Stunden zu bereiten.

Und wirklich an trüben Stunden hat es dem Könige Louis Philipp und seinen Ministern auch nach der Geburt des Grafen von Paris nicht gefehlt. Was zuerst die Minister betrifft und namentlich den Grafen Molé, so ärgerte sich dieser mehr als dienlich über die Triumphe, welche der Marschall Soult in England feierte. Man sprach in allen Blättern, in allen Zirkeln nur über ihn; man nannte ihn bereits als Premier-

miniſter und erfand ganz beſonders pomphafte Ceremonien, mit welchen ihn der König nach ſeiner Rückkehr aus England empfangen würde. Soult kam, und Molé war untröſtlich. Aber ſiehe, der Herr war mit ihm, und es ſollte ihm geſchehen, wie einſt dem Juden Mardachai, den der König Ahasveros prächtig ſchmücken und auf ein Roß ſetzen und durch die Stadt führen und vor ihm ausrufen ließ: So wird man thun dem Manne, den der König gerne ehren wollte. — Nun ward zwar Molé nicht auf ein Roß geſetzt, ſondern der König beehrte ihn auf ſeinem Schloſſe Champlatreux, allwo ein Miniſterrath gehalten wurde. Alſo ging die Sonne der königlichen Gnade über Molé auf und fortan verſchwand alle Trauer aus ſeinem Herzen wegen der Lobgeſänge, die man Soult gebracht hatte und noch brachte.

Molé bedurfte übrigens dieſer Gnade mehr als jemals, denn die Oppoſition fing an, ſeine

Verwaltung auf eine Weiſe durchzuziehen, wie ſie bisher nicht erhört worden war. Die Angelegenheit mit der Schweiz, die See-Expeditionen gegen Mexico und einen anderen ſüdamerikaniſchen Staat, das ſchwankende Betragen in der belgiſchen Angelegenheit, das förmliche Zurückdrängen alles franzöſiſchen Einfluſſes auf die Angelegenheiten des Orient, die ſchmählichen Betrügereien eines gewiſſen Chaltas, welcher Dokumente des Miniſteriums nachgemacht und ſie für anſehnliche Summen dem niederländiſchen Diplomaten Fabricius verkauft hatte, der Prozeß gegen den „Temps," der wegen einer Mittheilung über eine geheime Sitzung der Pairs verklagt und gerichtet ward, dann unzählige andere Dinge, bei denen Beſtechungen und unverdiente Gunſtbezeugungen zur Sprache kamen, dies Alles ward öffentlich beſprochen und immer nur benutzt, um die Verwaltung auf das fürchterlichſte mit Schmach zu beladen und in den Staub zu ziehen. Zu

wiederholten Malen nannte man die Miniſter Drahtpuppen, die von den Tuilerien aus regiert würden; man erſchöpfte ſich in Klagen, über die allmälige Vernichtung der Verfaſſung und prophezeite den Sturz des Miniſteriums nicht mehr als eine wahrſcheinliche, ſondern als eine gewiſſe Sache. Zum Unglück erhob ſich nun auch die Nationalgarde und fing an, ein allgemeines Wahlrecht zu verlangen. Hierzu wurde eine förmliche Subſcription eröffnet, die freilich nicht die Reſultate lieferte, welche die Oppoſition erwartet haben mochte.

Der König blieb mitten in dieſem wilden Treiben ruhig, und ſtrebte beſonders ſeit der Geburt des Grafen von Paris ſichtbar dahin, ſich mit Rom und überhaupt mit der Geiſtlichkeit auszuſöhnen. Dies iſt ihm denn auch ganz vortrefflich gelungen und das neu geſchaffene Bisthum in Algier mag nicht wenig dazu beigetragen haben, daß der Papſt in feierlicher Ver-

ſammlung den König der Franzoſen ſeinen lieben Sohn in Chriſto nannte.

Unterdeſſen rückte die Zeit heran, wo man an eine neue Kammereröffnung denken mußte. Jetzt ging in der That eine wahre Hetzjagd auf die Miniſter an, und es zeigte ſich in der Feindſchaft gegen dieſelben eine ſo große Uebereinſtimmung, daß ſich faſt alle politiſchen Partheien zum Sturze Molé's und ſeiner Kollegen vereinigten. Ob dieſer erfolgen, ob dadurch Belgiens Schickſal entſchieden, Spaniens Elend verringert, das Wohl Frankreichs auffallender befördert und das vielfach verletzte konſtitutionnelle Leben wieder hergeſtellt werden wird, ſind Fragen, die hinter dem Vorhange der Zukunft liegen. So viel iſt gewiß, daß man aus der Thonrede, mit der die bevorſtehende Kammerſitzung eröffnet worden iſt, nichts über die Zukunft Frankreichs erfahren hat. Sie iſt, wie immer, ſo auch diesmal ein tönendes Erz und eine klingende Schelle

gewesen, und für Belgien war nichts darin, das die Limburger und Luxemburger zu dem Glauben berechtigen dürfte, sie würden fortan im Genusse der belgischen Freiheit bleiben.

So wenig aber die Belgier auf ihren französischen Vormund rechnen können, eben so wenig, und wo möglich noch weniger, dürfen sie sich Hoffnung auf die Hülfe Großbritanniens machen. Dies Weltreich ruhte scheinbar nach dem Krönungstage seiner Königin aus, dann wandte man sich aber mit aller Thätigkeit zu den auswärtigen Geschäften, welche dem britischen Ministerium weit wichtiger schienen, als die belgischen Angelegenheiten. Canada und Ostindien nebst Persien und der Türkei waren die Punkte, worauf man vor allen Dingen die Aufmerksamkeit richtete.

Persien schien ein wenig, oder wie viele meinten, sehr viel in russische Abhängigkeit gerathen zu sein, und es verbreiteten sich sehr beunruhigende

Gerüchte, daß die Belagerung von Herat nicht nur zum Theil von russischen Genie- und Artillerieoffizieren unterstützt werde, sondern daß auch russische Hülfstruppen auf dem Marsche seien. Fast in jeder Parlamentssitzung wurde Lord Palmerston, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, gefragt, wie es mit den Nachrichten stehe, welche die Regierung aus dem Orient erhalten. Der gute Palmerston gerieth in arge Verlegenheit, denn entweder wußte er zur Zeit von den Dingen nichts, oder er wollte sie nicht wissen. Genug, alles Bestürmen half nichts, man brachte aus dem Minister kein Wort heraus; bis plötzlich die Botschaft anlangte, die ostindische Kompagnie habe sich einer wichtigen Insel im persischen Meerbusen bemächtigt und sei im Stande, von hier aus den Schah von Persien im Schach zu halten. Zugleich hieß es auch, man sei russischen Umtrieben an den Gränzen des britischen Ostindien auf die Spur gekommen;

man rüste sich mit aller Macht, und der Krieg zwischen England und Rußland sei kaum noch zu vermeiden.

Einen herrlicheren Stoff hätten sich die Zeitungen Englands nicht wünschen können. Nun ging es an das Politisiren; man stellte zusammen, was nur irgend zu einander paßte, zog Vergleiche zwischen der russischen und englischen Seemacht, berechnete den Weg, den ein russisches Heer von der Südküste des caspischen Meeres bis zu den Gränzen Ostindiens zurückzulegen hätte, zog dabei die aufrichtigen Gesinnungen Frankreichs in Zweifel, schimpfte nebenbei auf dessen Civilisationskriege in Merico und an der Küste von Südamerika, freute sich, daß England den russischen Einfluß auf das osmanische Reich überflügelt habe, machte viel Aufhebens von der Verproviantirung der türkischen Donaufestungen, sah in dem mit der Türkei abgeschlossenen Handels-Vertrage eine förmliche

Allianz des Großherrn gegen Rußland, und machte Berechnungen, wie den heldenmüthigen Tscherkessen am besten und leichtesten zu helfen sei. Indeß alle diese politischen Reden, Aeußerungen, Vermuthungen und Ansichten blieben eben das, was sie waren, und nur bei der Gelegenheit, als der Vicekönig Mehmed Ali von Aegypten Miene machte, sich als unabhängigen Herrn zu erheben, brachten England und Frankreich den alten Herrn nicht nur auf andere Gedanken, sondern sie zwangen ihn auch gewissermaßen, dem Handelstraktat zwischen England und Frankreich auf der einen und der Pforte auf der anderen Seite beizutreten, wodurch freilich das Monopolsystem des Vicekönigs scheinbar vernichtet wurde, aber in der That immer noch besteht. Denn wer dasselbe nicht respektirt, dem läßt er die Bastonade geben, und kehrt sich dabei an seiner Unterschrift nicht im Geringsten.

Dies ist auch das Einzige, was von Seiten Englands in der sogenannten orientalischen Frage geschehen ist. Sonst aber hat es seinen Einfluß auf den Sultan wieder verloren, dagegen aber die Belagerung von Herat rückgängig gemacht. Die Bewegungen in Ostindien sind rein auf die Wiedereinsetzung eines vertriebenen Herrschers aus Afghanistan berechnet, und neueren Berichten zufolge, sollen auch diese kriegerischen Operationen eingestellt werden. Dabei ist jedoch nicht zu verkennen, daß zwischen Rußland und Großbritannien eine arge Spannung obwaltet, die leicht, wenn nicht diplomatische Niederschlagsmittel angewendet werden, zum Bruche führen kann. Auf die Ausrüstung seiner Flotte verwendet England eine anhaltende Thätigkeit, um im Nothfalle nicht überrascht zu werden.

Konnte indeß das britische Parlament, so lange es noch beisammen war, nichts in der orientalischen Sache wirken, und mußte es, nach seiner

Aufhebung, mit anſehen, wie die britiſchen Intereſſen in Konſtantinopel durch Herrn Ponſonby, einen Mann, der alles durchzuſetzen im Stande iſt, ſobald er keinen Widerſpruch findet, rein verpfuſcht wurden: ſo ſchritt es deſto kräftiger in Canada ein, und erklärte, durch den gewaltigen und oftmals fanatiſchen Brougham aufgeregt, Alles, was der edle und mäßige Graf Durham angeordnet und vollführt hatte, für null und nichtig. Durham hatte mehrere Rebellen zur Deportation verurtheilt, dies und der Umſtand, daß er einige Leute angeſtellt, die in England nicht beſonders gut angeſchrieben waren, regte die Oppoſition gegen ihn auf, und wiewohl die Miniſter Alles aufboten, den edlen Grafen zu halten: ſo vermochten ſie es doch nicht. Er fiel, der weiſe, milde und prachtliebende Durham, aber nicht auf den Kopf; er fiel nur von dem Generalgouverneurſitz herunter, d. h. vor Schreck, daß man in die Weisheit ſeiner Maaßregeln

Zweifel geſetzt und ſie für ganz gewöhnliche Dinge und Abſichten angeſehen hatte. Mit anderen Worten, als er die Nachricht von der Nichtigkeitserklärung ſeiner Handlungen vernahm, da wurde er blaß vor Zorn und Grimm, Thränen verletzten Stolzes rannen über ſein ſonſt wohlgebildetes Antlitz und er ſprach zu den verſammelten Männern von Canada: Seht her, Ihr Unterthanen einer ſchönen und liebenswürdigen Königin, ſo behandelt man einen Beamten, einen Generalgouverneur, der ſeine Pflicht erfüllt hat. Ich rufe Euch zu Schiedsrichtern zwiſchen mir und der engliſchen Regierung auf, und hiermit nehme ich meinen Abſchied und bedauere Euch, denn wenn ich mich entfernt haben werde, wird mit dem Wiederausbrechen der Revolution ſchweres Unglück über Euch kommen.

Solche Worte ſprach Durham zu den Männern von Canada und dieſe entbrannten vor Zorn und machten ein hölzernes Bildniß, gleich eines

Menſchen Sohn, dem thäten ſie Kleider an und führten es auf einem Wagen daher und riefen zu dem Volke: ſeht ihr Männer von Canada, dies iſt Brougham, der ſchlechte Menſch, der unſeren Staathalter verletzt hat; auf laßt uns ſein Bild verbrennen und die Aſche in die Winde ſtreuen. Und ſiehe, alſo thaten die Männer von Canada; Brougham aber war zu ſelbiger Zeit fröhlich und guter Dinge und verlachte den Grimm derer, die ſich fruchtloſe Geldausgaben gemacht.

In ſolcher Weiſe verfuhr man mit Durham, und wenn er in etwas Genugthuung finden konnte (und kann) für die ihm angethane Schmach, ſo iſt ihm dieſe vielleicht geworden in dem erneuerten Aufſtande, der bald nach ſeiner Abreiſe von Canada dort ausbrach. Indeß wie beim erſten Aufſtande, ſo vernimmt man auch bei dieſer Wiederholung nichts anderes als Siegesberichte, und da das Martialgeſetz wiederum proklamirt

ist und Alle, die mit den Waffen in der Hand zu Gefangenen gemacht werden, Hochverräther und dem Tode verfallen sind: so kann man sich leicht denken, daß es den Henkersknechten in Canada jetzt nicht an Beschäftigung fehlt. Und wirklich hat man drei Galgen bauen lassen, und seit dem 8. December haben die Exekutionen begonnen. Merkwürdig ist es, daß man fast in allen englischen und nordamerikanischen Blättern die Behauptung findet, die Canadier würden von russischen Agenten aufgehetzt. In Folge dieser Behauptungen soll sich denn auch unter den Gefangenen, die in den letzten Zeiten gemacht worden sind, ein russischer, nach Anderen ein polnischer Oberst von Schultz befinden, der an dem schon vorher genannten Tage gehängt worden ist.

Trotz der erfochtenen Siege verlangt Sir J. Colborn, gegenwärtig Gouverneur in Canada, **10,000** Mann Hülfstruppen, woraus zu schließen ist, daß entweder der Aufstand an sich einen

weit gefährlicheren Charakter hat, oder daß die häufigen Desertionen die englischen Regimenter dünn gemacht haben. Dem sei nun wie ihm wolle, so stellt sich doch als gewiß heraus, daß Ober- und Niedercanada in kürzerer oder längerer Zeit für England verloren gehen und ohne Zweifel den nordamerikanischen Freistaaten zufallen. Wie die Regierung oder vielmehr das englische Volk darüber denkt, werden wir in der Parlamentssitzung des Jahres 1839 erfahren.

Im Inneren Großbritanniens haben nach der Vertagung des Parlaments die seltsamsten Auftritte stattgefunden, und nie, seit die Reformbill den Hauptanstoß zu Volksversammlungen gegeben hat, waren sie so an der Tagesordnung. Dahin gehören besonders die Versammlungen der Arbeiter-Vereine, die der Ultraradikalen und die der Radikalen, die alle, diese in mäßiger, jene in fanatischer Weise nach einer durchgreifenden Reform der Verfassung streben, ein weit ausge-

dehntes Wahlrecht, jährliche Parlamente und vor allen Dingen Vernichtung der Korngesetze haben wollen. Der letzte Punkt scheint der bei weitem wichtigste, auf seine endliche Beseitigung ist jetzt die Hauptkraft aller hervorragenden Volksfreunde gerichtet, und es steht zu erwarten, daß in der nächsten Parlamentssession ein gewaltiger Sturm gegen die, die heillosen Korngesetze vertheidigenden Tories losbrechen wird. In Irland hat O'Connell die sogenannte Vorläufer-Vereine gebildet, deren Ziel kein anderes ist, als die katholische Kirche frei zu machen, in politischer Beziehung aber den Irländern gleiche Rechte mit den Engländern zu verschaffen. Gelingt dies nicht, so sollen die Vorläufer-Vereine auch dazu dienen, daß das Volk in Masse auf die Aufhebung der Vereinigung mit England dringt und für sich ein freies und unabhängiges Regiment fordert.

So ſehen wir alſo Großbritannien nach Innen und Außen großentheils mit ſich ſelbſt beſchäftigt und dies mag im Weſentlichen dazu beigetragen haben, daß man ſich der Belgier nicht ſonderlich annahm.

Hiermit ſchließen wir die, im Zuſammenhange gegebene Ueberſicht der Ereigniſſe des Jahres 1838, und führen unſeren Leſern die übrigen Staaten in einzelnen Bildern vor.

Die Schweiz.

Die Eidgenoſſenſchaft hat in dieſem Jahre zweimal Gelegenheit gehabt, einzuſehen, daß ihr zur Eintracht weiter nichts fehlt als eben die Eintracht oder die Harmonie. Denn außer dem ewigen kirchlichen und politiſchen Skandal unter einander, haben ſich die Partheien in Schwyz, die Horn- und Klauenmänner ſo geprügelt, daß bis dieſen Augenblick noch an keine Verſöhnung zu denken iſt; und dann hat der Streit mit Frankreich wegen des Prinzen Louis Napoleon offenbart, daß in der Schweiz die elendſten Philiſter, erbärmliche Geldſeelen zu Hauſe ſind. Dieſe lebendigen Solawechſel ſind beſonders in Baſel zu finden, während namentlich in Freiburg die Schüler Loyola's ihr Weſen treiben und mit ihren Trüffelnaſen nach allen Weltgegenden hin

riechen, ob ſich nicht irgendwo einiges Futter für Rom auffinden laſſe. Geldariſtokratismus, Deſpotismus, Jeſuitismus, Ultramontanismus, Liberalismus, Servilismus, mit einem Worte, alle dieſe Dinge und Anſichten ſind in der Schweiz zu Hauſe und ſtehen einander gegenüber; kein Wunder alſo, daß der Kampf anhaltend fortdauert. Die ſogenannte Schweizer Einfalt iſt auf die höchſten Gletſcher geflohen und dort feſtgefroren. Nur hier und da iſt ſie noch zu finden, aber in Dürftigkeit. Wäre die Schweiz immer arm geblieben, ſie wäre vielleicht noch unüberwindlich.

Spanien.

Die Ereigniſſe, welche ſich im verfloſſenen Jahre in Spanien zugetragen haben, ſind mit weniger Ausnahme nur eine Wiederholung der früheren. Das unglückliche Land ſcheint dazu

bestimmt zu sein, der Gegenwart ein düsteres Bild zu bieten, in welches die beiden politischen Hauptpartheien Europa's, die Liberalen und Absoluten, je nach ihren Ansichten die Schattenstriche hineinzeichnen. Die Absoluten schreiben alles Unglück Spaniens auf Rechnung der Liberalen und entlehnen von hier ihre Beispiele, wohin der Liberalismus führt. Die Liberalen machen es ebenso. Die zwischen beiden Partheien in der Mitte stehen, die sogenannten Gemäßigten, sind, um ein Jean-Paul'sches Gleichniß zu brauchen, dasselbe in der politischen Welt, was die Häringe unter den Fischen. Diese leben immer in salzigem Wasser und werden doch ungesalzen an's Land gezogen. Das klingt vielleicht komisch, indeß es ist doch so.

Um aber wieder auf das düstere Bild Spaniens zurückzukommen, so wollen wir uns dies, der besseren Uebersicht wegen, etwas zergliedern. Zur Linken stellen wir, da nach den Worten der

Schrift die Böcke immer zur Linken ſtehen, die Carliſten, geſchaart um das Banner des abſoluten Don Carlos, geführt von fanatiſchen Mönchen und grauſamen Feldherren. Ueber ſie hin ſchwebt der Segen des apoſtoliſchen Stuhls, und aus einer Wolke, die von Norden heranzieht, regnet es Manna, in der Geſtalt von Realen und anderen Münzſorten. — Zur Rechten erhebt ſich der konſtitutionnelle Thron der achtjährigen Iſabella II., geſtützt von ihrer Mutter, der Königin-Regentin Chriſtine, um welche ſich zahlloſe Miniſter und Volksvertreter reihen, die auch den Thron aufrecht halten wollen, aber nicht wiſſen, wo ſie zuerſt anfaſſen ſollen und ſich deshalb von Zeit zu Zeit zanken. Um dieſe Gruppe bemerkt man einige Feldherren, von denen der erſte, gekleidet in Schlafrock und Schlafmütze, unaufhörlich gähnt, während ſich die anderen mißtrauiſch anſehen. Darüber hin bewegt ſich ein leerer Kaſten, mit der Aufſchrift

„Staatsschatz," und diesem folgt eine Wolke, die wie eine Quadrupel-Allianz aussieht, und aus welcher sich mehrere Hände deklamatorisch bewegen und Sympathieen und zärtliche Gefühle herabstreuen. Zwischen beiden Partheien stürzt sich ein Blutstrom dahin, aus dessen brausenden Wellen Sterbegewimmer und Verwünschungen aufsteigen. —

Dies ist das Bild, welches Spanien zur diesjährigen Geschichts-Ausstellung Europa's geliefert hat.

Portugal.

Dieser Garten Europa's hat zwar an seiner Fruchtbarkeit wenig verloren, aber statt edler Südfrüchte trägt der Boden die giftigen Pilze der Partheisucht und Ungesetzlichkeit, der Revolution und Anarchie. Neben diesem Unkraute ist im verflossenen Jahre auch eine neue Konstitution

gepflanzt worden, aber ob ſie Wurzel gefaßt hat, ob ſie wachſen, blühen und Früchte tragen wird, das weiß die Gärtnerin, die Königin Maria ſelber nicht. Vielleicht wäre dem Gedeihen der Pflanze ein milder Wind günſtig, der aber direkt von Rom her wehen müßte. Mit anderen Worten, man arbeitet daran, ſich für die Zuſtände Portugals den Seegen der Kirche zu erbitten, und ſollte dieſer ertheilt werden, ſo würde vielleicht mit dieſem himmliſchen Gut ſich auch irdiſches einſtellen, wir meinen Geld! — Die Anhänger Don Miguels, die während des größten Theils des Jahres der rechtmäßigen und großentheils anerkannten Regierung auf der Naſe ſpielten, treiben jetzt nicht mehr ſo arg ihr Weſen, und dies dürfte vielleicht Folge der milderen Geſinnungen in Rom ſein. Die Cortes ſind zum erſten Male nach dem Erlaſſen der Conſtitution vom 4. April 1838 gegen Ende des Jahres verſammelt worden, haben aber bis jetzt nichts ge-

than. Sie wollen ſich beſonders mit den Finanzen des Landes beſchäftigen, eine Arbeit, welche die Herren Deputirten, wenn ſie dieſelbe vollbringen, zu Halbgöttern erheben wird. Von der Thätigkeit des Königs hört man wenig, aber ſo viel hat man erfahren, daß er jetzt der Landesſprache vollkommen mächtig iſt. Vielleicht befaßt er ſich jetzt mehr mit Regierungsgeſchäften; denn das ſieht wohl Jeder ein, daß man ein Volk, deſſen Sprache und Gewohnheiten man nicht kennt, auch nicht beherrſchen kann. Fürſten, die das Schickſal zu ſolchem verdrießlichen Geſchäft beruft, ſollten, ehe ſie die Hand nach der Krone ausſtrecken, vorher fleißig Grammatik und Länder- und Völkerkunde ſtudiren.

Dänemark.

Eine Menge Ständeverſammlungen brachten in die däniſche Welt in dieſem Jahre mehr öffentliches Leben als der, ſonſt humanen Regierung gut ſchien. Dänemark liegt immer mit Schleswig und Holſtein im Kampf, aber ohne dieſen Kampf hätte der Staat gar kein Intereſſe, und man würde ſich im übrigen Europa noch weniger darum bekümmern, als es jetzt geſchieht. Und dennoch ſorgt Dänemark dafür, daß man ſich über ſeine Straßenbauten unterhalten kann. Dieſe ſind ein Muſter der Mangelhaftigkeit. Die Handelswege ſind ſo ſchlecht, daß auch der kaltblütigſte Kaufmann darüber in Verzweiflung geräth.

Die Dänen ſelbſt haben für gute Straßen kein Intereſſe, dagegen halten ſie viel auf Finanzüberſicht und Preßfreiheit, Dinge, die freilich die Nachläſſigkeit gegen ein Hauptbeförderungsmittel

des Verkehrs etwas entschuldigen. Die Freiheit der Presse geht den Dänen über Alles, und wie unabhängig ihre Gerichte von der Regierung sind, geht daraus hervor, daß das Landes-Obergericht die Zeitung „Kjöbenhavnspost," gegen welche die Regierung dreimal aufgetreten war, dreimal freisprach und die Regierung zum Theil in die Kosten verurtheilte. Diese brachte nun sämmtliche Sentenzen an das Höchste-Gericht, und dies entschied zu Gunsten der Preßfreiheit. In Staaten, wo solche Gerichte bestehen, darf man erwarten, daß auch andere Uebelstände abgestellt werden. Im Uebrigen sind die Dänen gute Leute, und sollte sich ein Prinz ihres Regentenhauses mit der Königin von England vermählen, dann werden sie sich gewiß auch bemühen, das Bombardement von Kopenhagen (1807) zu vergessen. Von Zeit zu Zeit blicken sie sehnsüchtig nach Norwegen, mit dem sie von 1397 bis 1814 vereinigt waren.

Schweden.

Das Neujahrsfeſt fing in Stockholm, dem Mittelpunkte des ſchwediſchen Lebens, ſehr luſtig an, und es herrſchte von oben nach unten herab eine ſolche Popularität, daß auf dem Balle in der Börſenhalle Mitglieder der königlichen Familie mit Bürgertöchtern, und die Bürgertöchter oder Söhne mit Mitgliedern des königlichen Hauſes tanzten. Wenn ein Jahr ſo anfängt, ſo glaubt man in der Regel, daß es auch ſo enden werde. Jedoch darin irrte ſich das königliche Haus und das Volk, auch einige Beamten irrten ſich. Es waren nämlich ärgerliche Streitigkeiten wegen einiger Preßvergehungen ausgebrochen, und ein gewiſſer Aſſeſſor Cruſenſtolpe wurde wegen einer Schrift, in welcher er der Regierung eben keine Schmeicheleien geſagt hatte, zu langjähriger Feſtungsſtrafe verurtheilt. Das Volk ſah hierin eine Verletzung der Preßfreiheit, und es trat,

ohne sich durch die hohe Anwesenheit des Groß-fürsten Thronfolger von Rußland stören zu lassen gegen mehrere Staatsbeamte auf und revoltirte in einer Weise, daß die Glasermeister damit gar nicht unzufrieden waren. Es wurden viele Fenster eingeworfen, auch gegen Militairpersonen in einer Weise verfahren, die eben nicht friedlich erschien. Genug es fanden Auftritte in der Hauptstadt Statt, die man der Verurtheilung Crusenstolpe's, der Juden-Emancipations-Verordnung und dem Hinneigen an Rußland zuschreiben wollte. Die Sache dauerte einige Zeit, und dann hat man sich wieder beruhigt und eingesehen, daß Schwedens Verfassung der beste Schild gegen die Willkühr von oben her ist. Ueber Finnland seufzen zwar die meisten Schweden, aber eben diese Seufzer dürften das Herrscherhaus abhalten, sich zu Rußland hinzuneigen. Ueber die Verlobung des Herzogs Maximilian von

Leuchtenberg, der Schwager des Kronprinzen von Schweden, mit der Großfürstin Maria, haben sich die Schweden noch nicht ausgesprochen.

Griechenland.

Von Griechenland ein vollständiges Bild zu entwerfen, ist um so schwerer, da man in der That in arge Verlegenheit kommt, wo man Licht und Schatten anbringen soll. Am besten ist ein gewisses Halbdunkel, ein Licht, bei dem man nicht gut sehen kann, das aber doch so viel Helle verbreitet, um sich vor dem Fallen zu hüten. Griechenland ist ein Staat, dem zwar in Athen selbst nicht viel zur Kultur fehlt, aber in den näheren und weiteren Provinzen von der Hauptstadt würde man, einige Plätze ausgenommen, selbst mit einer Staarbrille keine Kultur entdecken. Das Innere von Griechenland ist ein fortlaufen-

der Räuberroman, dem in so fern alle Spannung fehlt, als es der Regierung an den nöthigen Soldaten mangelt, um eine gewisse Spannung herbeizuführen. Es besteht zwar ein Konscriptionsgesetz, allein die meisten Einwohner sehen die Nothwendigkeit nicht ein, sich konscribiren zu lassen. Dazu kommt, daß man von bayerischen Soldaten nichts wissen will und unaufhörlich darauf dringt, alle Fremden zu entfernen. Die Regierung, von dem jungen und thätigen Könige selbst geleitet, hat kein Geld, aber auch nicht sonderlich geschickte Minister, und trotz des Sparsystems befinden sich die Finanzen in der Kindheit, also ist es kein Wunder, wenn der ganze Staat noch in den Kinderschuhen steckt. Hieraus wollen Rußland und Frankreich helfen, aber England nicht eher, bevor nicht das griechische Volk eine Verfassung erhalten hat. Als nächste Folge hiervon muß man die beiden Partheien, die russische und englische ansehen, von denen die

erſtere, von Bayern und Frankreich unterſtützt, wahrſcheinlich die Oberhand behalten wird. Geſchieht dies, ſo dürfte ſchon im nächſten Jahre eine Eiſenbahn von Athen nach Petersburg projektirt werden. —

Türkei.

Sultan Mahmud, der große Reformator, der Vernichter der Janitſcharen und Freund der Civiliſation, befindet ſich in einer unangenehmen Lage. Er ſitzt in einem engliſchen Wagen, der von ruſſiſchen Pferden gezogen wird, und hinten auf dem Wagen ſteht ein franzöſiſcher Laquai, der ihn von Zeit zu Zeit darauf aufmerkſam macht, den Pferden nicht allen Willen zu laſſen. Denn, wohl zu merken, der Sultan fährt ſelbſt, oder bildet ſich ein, die Pferde ſelbſt zu lenken; dieſe aber ſpielen förmlich mit ihm und richten

mehr und mehr den Lauf nach den grasreichen Steppen, auf denen sie früher herumgetummelt. Der Wagen leidet durch den Muthwillen der Pferde am meisten, und ist schon bedeutend schadhaft geworden. Beschwerlich wird die Fahrt noch außerdem durch den brennenden Strahl der ägyptischen Sonne, gegen die sich der Sultan durch einen Schirm, der wie der Frieden von Konieh* aussieht, vergeblich zu schützen sucht.

Daß diese Fahrt endlich den Großherrn oder Herrscher aller Gläubigen ermüden muß, bedarf wohl keiner ausführlichen Erörterung, aber wie es mit ihm werden soll, wenn ihm die Zügel entfallen, das wissen nur Allah und sein großer Prophet. Mit einem Worte, das osmanische

* Der Friede von Konieh, eine Folge des gleichnamigen Sieges des Vicekönigs von Aegypten über den Sultan, wurde 1833 abgeschlossen und setzte den ersteren in den Besitz von Syrien, während sein Sohn Ibrahim Pascha die Provinz Adana in Pacht erhielt.

Reich hängt an einem seidenen Faden, und doch liegt es im Interesse des sogenannten europäischen Gleichgewichts, daß dasselbe fortbestehe.

Italien.

Eine schöne Musterkarte, die jedoch nur in dem größeren Theile des oberen Italiens in dem lombardisch-venetianischen Königreiche eine heitere, frische Lebensfarbe zeigt, beschienen von einer milden Gnadensonne und durchflossen von dem Strom der Vergessenheit dessen, was früher geschehen ist. Das Wasser dieses Stromes verwischt nicht Alles, es ist Fleckwasser, und man hofft, daß es nur allen Schmutz fortnehmen werde. —

In Sardinien war Alles still; man bekam dort neue Heiligen, betete für Don Carlos, und schien an das neunzehnte Jahrhundert nicht zu

denken. Dies schien so, aber doch ist die Sonne unserer Zeit aufgegangen, und ihr erster Strahl hat Gleichheit vor dem Gesetz hervorgerufen. Wenn das, was hierauf folgen soll, diesem ersten Akte gleicht, so sieht Sardinien einer schönen Zukunft entgegen.

In Toscana, weise und stille Thätigkeit, die sich nun mit aller Macht auf Eisenbahnen werfen wird.

Aus Modena haben wir nur ein strenges Bücherverbot vernommen und in letzter Zeit Amnestiegerüchte. Zwischen Amnestie und Modena liegt aber ein weiter, sehr weiter Raum, und selbst auf einer Eisenbahn würde man alt und grau werden, ehe man von einem Punkte zum anderen gelangte.

Rom, das ernste, heilige Rom mit seinen Ruinen und seinen Kunstschätzen, ist immer noch der Wallfahrtsort aller Kunstpilgrimme. Aber wie steht es mit dem Stuhle Petri? An ihm

wird gerüttelt von der neuen Zeit, und doch will er nicht wanken. Er ist ja auf einen Fels gegründet, der seit Jahrtausenden der Fluth trotzt. Der Fels soll auch bleiben, und wird bleiben, auch wenn es der Fluth gelingt, ihn ganz von der Hülle menschlicher Satzungen zu reinigen, die sich um ihn gelagert und ihn verunstaltet hat.

Der Kampf zwischen Rom und Preußen ist ein rein kirchlicher, und weil er dies ist, sieht man sich vergebens nach einem Ende desselben um. Er wäre vielleicht auf einer allgemeinen Kirchenversammlung auszugleichen, aber davon will man eben in Rom nichts wissen.

Roms politische Macht hat gar keine Bedeutung, und wenn auch das Schwert des heiligen Petrus im Mittelalter oft thätiger war als dessen Schlüssel: so hat sich in neuerer und neuester Zeit dasselbe doch als unbrauchbar erwiesen. Es ist so verrostet, daß man es nur noch seiner Form nach für ein Schwert halten kann.

Neapel. Dies Reich, eigentlich das Königreich beider Sicilien geheißen, hat ein großes Intereſſe wegen der verſchiedenen Völkercharaktere, die man darin antrifft. Die Hauptrolle unter dieſen Charakteren ſpielen ſowohl in den Thälern und Schluchten Neapels wie in denen der Inſel Sicilien die Räuber, und da ſich im Leben in der Regel die Extreme berühren, ſo ſtehen den Räubern, als eben ſo bedeutungsvolle Charaktere, die Polizeibeamten, Häſcher, Sbirren, Milizen und ähnliche moraliſche Körper gegenüber. Wenn man dieſe letzteren für moraliſche Körper anſieht, ſo ſind die Räuber, Spitzbuben und Wegelagerer unmoraliſche, und wenn beide an einander gerathen, ſo entſtehen dadurch Reibungen, die man Mord und Todſchlag nennt. — Dergleichen ereignet ſich im Königreich beider Sicilien ſo häufig, daß man gar nicht mehr darauf achtet. Uebrigens iſt der Regent des Landes ein ſehr humaner Mann, der ſich beim Karneval ſogar ſo weit

herabließ, bürgerliche Fensterscheiben einzuwerfen, auch einige Personen aus der niederen Klasse überzureiten und zu fahren. Auf der Insel Sicilien herrschte noch vor Kurzem Revolution über Revolution, nun aber der König sich dort längere Zeit verweilt hat, ist das Land, bis auf die gewöhnlichen Straßenräubereien, sehr ruhig. Indeß auf Sicilien liegt der alte Aetna, der, wie sein Kollege, der Herr Vesuv bei Neapel, oft sehr stürmische Launen hat. Diese Launen der feuerspeienden Berge gehen oft auf die Sicilianer und Neapolitaner über, so daß man eigentlich nie recht weiß, wie beide gestimmt sind. Sollten jedoch in der nächsten Zeit die Sicilianer unruhig werden, ohne daß der Aetna gespieen hat, so dürften die Einführung des Stempelpapiers und sonstige Bande, die sie eng an Neapel fesseln sollen, daran schuld sein. Sicilien, obgleich nicht durch den Glauben von Neapel getrennt, steht zu diesem in demselben Verhältnisse, wie

Irland zu England. Je enger man Sicilien mit Neapel verbinden will, deſto mehr trennt ſich die Inſel von dem Feſtlande. Seit Jahrhunderten wird an dieſer Vereinigung gearbeitet, aber ſie will nicht glücken. Man hat, wie es ſcheint, nie daran gedacht, daß das trügeriſche, unbeſtändige Meer beide Länder trennt. Was aber die Natur getrennt hat, zu vereinigen, wird menſchlichen Kräften ſchwer gelingen.

So wäre denn durch die Hauptländer Europa's die Runde gemacht, und es blieben nur noch Aegypten, Algier, Perſien, Oſtindien und die geſammten amerikaniſchen Staaten übrig, um ein ziemlich vollſtändiges Bild von dem Treiben des Jahres 1838 zu erhalten. Indeß, was wir von den genannten Ländern und Reichen im Laufe des Jahres erfah-

ren haben, war theils höchſt unerfreulich, theils ſo unvollkommen, auch abſichtlich verfälſcht, daß man ſich, trotz der großen und gelehrten Werke, die darüber geſchrieben ſind, immer noch in gewaltigen Irrthümern bewegt. So z. B. in Betreff Südamerika's und des daran gränzenden Mexicos; — wir wiſſen nur, daß hier eine Militärrevolution der anderen folgt, daß Empörungen förmlich an der Tagesordnung, die Menſchen faul und leicht erregbar ſind u. ſ. w., daß die Regierungsformen, zum Theil auch die Geſetze europäiſchen Vorbildern entlehnt worden, ohne daß man auf die Eigenthümlichkeit des Landes und ſeiner Bewohner geachtet hat. Die Republiken im ſüdlichen und Mittelamerika ſind emporgeſchoſſen wie die Pilze, aber ſie haben auch eben ſo ſchlechte Wurzeln und einen noch ſchlechteren Stamm. Der unbedeutendſte Stoß wirft ſie um, und wenn ſie auch eben ſo ſchnell von neuem wieder emporwachſen, ſo bleibt doch die alte

Schwäche vorherrschend. Und wo tritt diese Erscheinung am grellsten hervor? In allen süd- und mittelamerikanischen Staaten, die sonst zu Spanien und Portugal gehörten. Hier findet man dasselbe konstitutionnelle Wechselfieber wie in den ehemaligen Mutterstaaten. Vielleicht gestaltet sich die nächste Zukunft für diese Länder günstiger, um so mehr, da die Franzosen Alles aufbieten, um dorthin die Civilisation zu verpflanzen. In Merico haben sie in der jüngsten Zeit für solche humane Bestrebungen einen Haltpunkt in dem Fort San Juan de Ulloa gefunden, welches, wie die Engländer wissen wollen, von dem Admiral der großen Nation so lange mit Dublonen und Dollars beschossen worden ist, bis es sich auf ehrenvolle Bedingungen ergeben hat. In den nordamerikanischen Freistaaten ist die sogenannte Bankkrisis, die ganz eng mit dem Streite zwischen der Demokratie und Geldaristokratie zusammenhängt, noch nicht vorüber. Eben so wenig

darf man auf die Aussicht rechnen, daß die Sklaverei, dieser Schandfleck der sonst so freisinnigen Union, aufhören werde. Und doch strömen von Europa aus ganze Schaaren von Auswanderern nach den Freistaaten. Vielleicht will es die Vorsehung, daß einst von diesen die Fesseln der unglücklichen Sklaven zerbrochen werden.

Algier hat freilich viel Interesse, aber grossentheils für England, Frankreich und die Türkei. Das klingt sehr sonderbar, aber es ist, bei Lichte besehen, so und nicht anders. Frankreich sucht sich auf der Nordküste von Afrika immer mehr auszubreiten, einmal der Civilisation wegen, dann, weil es viele Gelehrte hat, die sich gern mit Nachgrabungen nach Alterthümern beschäftigen, und endlich, weil Afrika viel Platz für Leute bietet, für deren Ideen Frankreich zu eng ist. Eng-

land ſieht dieſem Treiben ruhig zu, und mag ſich in der Stille freuen, daß ſich die Franzoſen für das Intereſſe Englands ſo abmühen, denn über kurz oder lang werden die edlen Briten den Türken hülfreiche Hand leiſten, die große Nation aus Afrika zu verjagen und das cultivirte Algier ſich zum Lohn für ihre Bemühungen ausbitten. Bis jetzt haben wenigſtens die Engländer ſo gehandelt und ſind dabei nicht ſchlecht weggekommen. Man muß nämlich nur nicht glauben, daß der Sultan Mahmud ſeine Rechte auf Algier aufgegeben hat. Er hofft dies eben ſo gewiß einſt wieder zu beherrſchen, wie der König von Holland ſtets den Gedanken feſthält, einſt Herr von Belgien zu werden. Die Großen der Erde ſind auch nur ſchwache Menſen, und man kann es ihnen nicht übel nehmen, wenn ſie menſchliche Ideen haben.

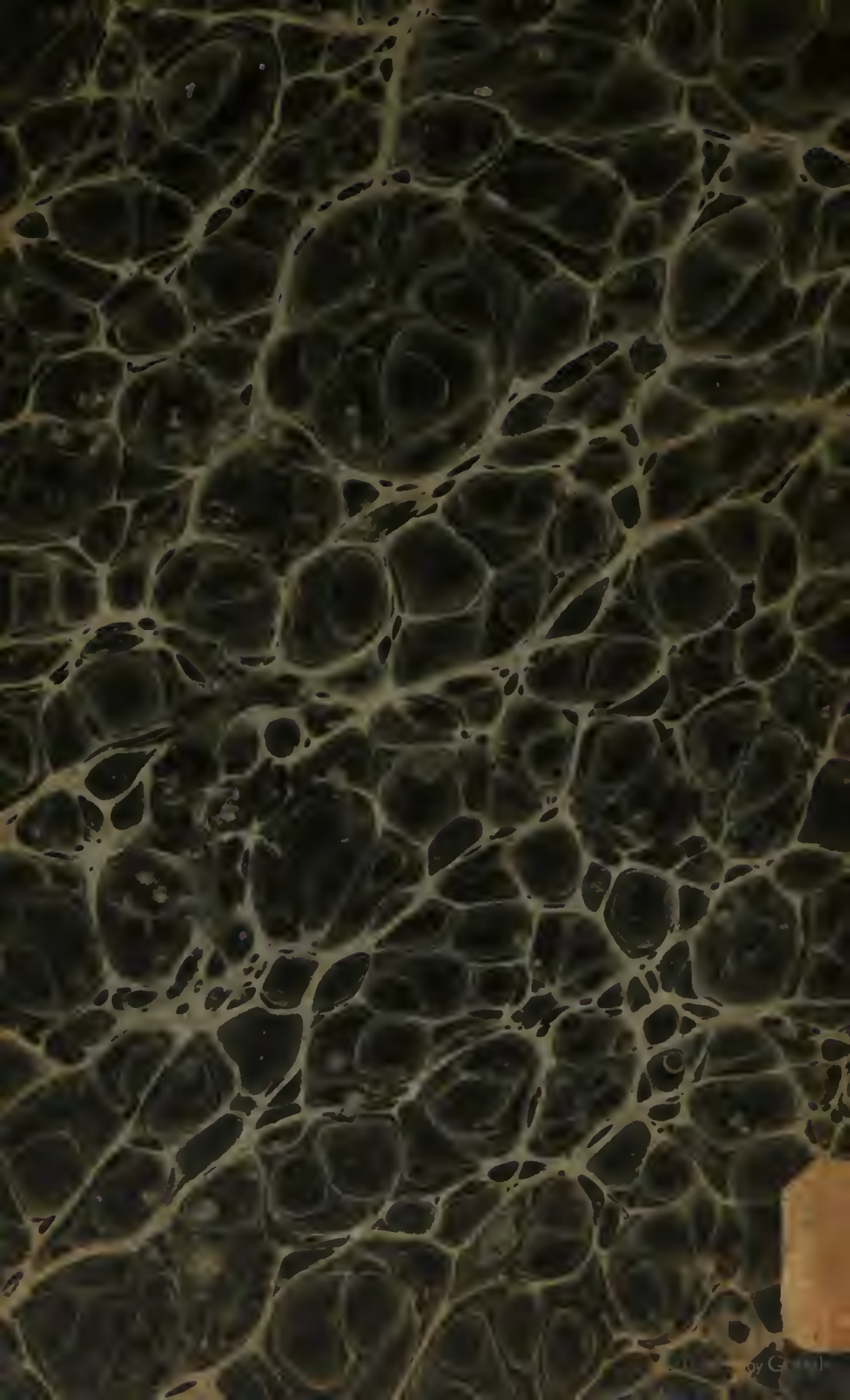
Indeß weit erbitterter als auf Algier iſt der Sultan auf Aegypten oder vielmehr auf den

alten Vicekönig Mehmed Ali, der eigentlich ein Vasall der hohen Pforte ist, ihr aber bei Konieh im Jahre 1832 bewies, daß er trotz dieser Vasallenschaft sich berufen fühlt, seinen Lehnsherrn zu demüthigen. Das Verhältniß zwischen dem Sultan und dem Vicekönig von Aegypten erinnert recht lebhaft an die Zeiten des alten deutschen Reichs, wo sich Kaiser und Reichsfürsten bekriegten, und die ersteren sehr oft den letzteren unterlagen, bis sich diese gänzlich frei machten. Dasselbe wollte übrigens der Vicekönig schon jetzt mit aller Macht durchführen, allein England und Frankreich haben ihn, Gott mag wissen, aus welchen Gründen, daran verhindert; Frankreich vielleicht deshalb, um dem Großherrn die Gedanken an Algier aus dem Kopfe zu bringen, und England deshalb, um zu zeigen, daß es nie daran denke, Aegypten zu entdecken und zu der Ehre einer britischen Kolonie zu erheben. Und doch haben sich die Engländer bereits hart am

Eingange aus dem rothen Meere in den persischen Golf festgesetzt und dem Vicekönige zu seinem größten Verdrusse den Handel mit Mokka-Kaffee abgeschnitten. Der alte Herr, den man zuletzt noch zum Beitritte des Handelsvertrages gezwungen, der ihm direkt das Monopolsystem verbietet, verbeißt seinen Aerger in langwierigen und beschwerlichen Reisen, um sich durch den Anblick der Goldminen in Sennaar für die Chikanen zu entschädigen, die man ihm gespielt hat. Außer diesem Zwecke will er sich noch umsehen, ob es hinter Sennaar Länder giebt, die seiner väterlichen Hülfe bedürfen. Von diesen will er Besitz nehmen und sie der Wohlthat theilhaftig werden lassen, von ihm regiert zu werden.

Ueber Persien und Ostindien wissen wir nur mitzutheilen, daß beide Weltreiche auf einem gespannten Fuße leben, und daß die Perser lieber Juchtenleder als indische Spezereien riechen.

Vielleicht werden ſie in der nächſten Zukunft gezwungen, ihre Liebhaberei zu ändern.

Hiermit wollen wir von unſeren Leſern für dies Jahr Abſchied nehmen, und wir thun dies mit einem beſonderen Wohlgefallen, weil wir ganz am Schluſſe melden können, daß wir uns in Betreff der politiſchen Gefangenen im Großherzogthum Heſſen im Irrthum befunden haben. Dieſelben ſind von dem Großherzoge begnadigt und ihren Familien wiedergegeben worden. Nur Einer, Karl Zeuner, hat dieſe Begnadigung mit der Auswanderung erkaufen müſſen; er geht nach Amerika, und wird ſich dort bemühen, durch nützliche Thätigkeit die Gedanken an die Heimath zu unterdrücken. Wir wünſchen ihm glückliche Reiſe, allen denen aber, die noch im Kerker ſchmachten, eine baldige Erlöſungsſtunde.

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN